11/2017

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

SICHERE GEMEINDE

Die vielen Aspekte der „Sicherheit“

Seite 38

WIRTSHAUSSTERBEN

Ein Vorarlberger Projekt zeigt auf

Seite 78

Die Pflege nach dem Regress

Nach dem Wegfall des Regresses steht die Zukunft der Pflege auf dem Spiel. Die große Frage ist, wer für das zu erwartende Finanzierungsloch aufkommt.

Seite 16

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

Österr. Kommunalverlag, 1010 Wien, Löwelstr. 6
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

ISSN: 1605-1440 DVR: 0390 432
Österreichische Post AG MZ 02Z032902 M

www.vw-nutzfahrzeuge.at

DER CRAFTER.

Für jeden Auftrag der richtige Antrieb.

Jetzt mit bis zu
€ 3.530,–[1)]
Unternehmerbonus

€ 1.500,–[2)]
bei Finanzierung über die Porsche Bank

Einziger seiner Klasse mit 8-Gang-Automatik für Front-, Heck- und Allradantrieb. **Der Crafter. Einer, der Großes leistet.**

Genau die Arbeitskraft, die Sie brauchen: Der Crafter verfügt über einen kraftvollen Heckantrieb, einen vielseitigen Allradantrieb 4MOTION und erstmals auf über Frontantrieb. Alle Antriebsarten lassen sich mit dem einzigartigen 8-Gang-Automatikgetriebe kombinieren – womit der Crafter die größte Antriebsvielfalt seiner Klasse hat. Zudem ist er sparsam und komfortabel wie nie zuvor. Erleben Sie den Besten seiner Klasse bei Ihrem Volkswagen Nutzfahrzeuge Partner.

Nutzfahrzeuge

1) Bei Kauf erhalten Sie bis zu EUR 3.530,– Unternehmerbonus (bei Crafter 35 Kasten L3H3 130 kW/177 PS) für Unternehmer mit gültiger UID-Nummer bei Kauf bis 29.12.2017 bzw. solange der Vorrat reicht. 2) Bonus bei Porsche Bank Finanzierung, Mindestlaufzeit 36 Monate, Mindest-Nettokredit 50 % vom Kaufpreis. Gültig für Unternehmerkunden bis 31.12.2017 (Datum Kaufvertrag und Finanzierungsantrag). Nicht gültig für Sonderkalkulationen für Flottenkunden. Boni sind inkl. MwSt. und NoVA und werden vom unverb. empf. Listenpreis abgezogen. Nähere Infos bei teilnehmenden VW Betrieben. Symbolfoto.

Verbrauch: 7,2 – 8,9 l/100 km, CO_2-Emission: 188 – 234 g/km (vorläufige Werte).

KOMMENTAR

ZEIT ZU **HANDELN**

Die Nationalratswahlen sind geschlagen, in den nächsten Wochen werden die Parteien über die Bildung einer neuen Bundesregierung verhandeln. Der Gemeindebund hat sich – als streng überparteiliche Organisation – sehr bewusst aus dem Wahlkampf herausgehalten. Es war mir wichtig, dass wir als Interessensvertretung auf politisch sachlicher Ebene argumentieren und wahrgenommen werden.

Jetzt ist die Zeit, um unsere Forderungen, unsere Sorgen und unsere Anliegen auf den Tisch zu legen. Egal, wie sich die Bundesregierung künftig zusammensetzt, die Gemeinden haben Themen, die besprochen und verhandelt werden müssen. Der Pflegeregress ist eines dieser Themen. Hier hat die Bundesebene einseitig die Abschaffung des Regresses beschlossen und den Ländern und Gemeinden einen Kostenersatz von 100 Millionen Euro jährlich zugesagt. Wie sich inzwischen herausstellt zeigen erste Schätzungen, dass die Abschaffung mit all ihren Folgewirkungen die Länder und Gemeinden zwischen 300 und 400 Millionen Euro jährlich kosten wird. Das sind Summen, die wir ohne Kostenersatz allein nicht stemmen können und wollen. Wir werden daher alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um einen vollen Kostenersatz zu erreichen, ansonsten sind unsere Budgetziele, unsere Haushaltsplanungen und unsere Verpflichtungen im Stabilitätspakt de facto nicht zu erreichen.

Sie als Bürgermeister/in bitten wir darum, im Gemeinderat eine Resolution zu beschließen, um unseren Protest und die Forderung nach Kostenersatz zu unterstützen. Es ist besonders wichtig, dass die Gemeinden hier geeint und möglichst vollständig ein starkes Signal an die Bundesebene senden. Wenn man die kommunale Ebene ernst nimmt, dann kann man nicht einseitig derartige Belastungen beschließen. Ich ersuche Sie also eindringlich darum, diese Resolution (einen Textvorschlag bekommen Sie vom Gemeindebund) in den nächsten Wochen zu beschließen.

Darüber hinaus haben wir natürlich weitere Themenfelder, die für den ländlichen Raum wichtig sind. Mehrere Finanzierungsvereinbarungen mit dem Bund laufen im nächsten Jahr aus und müssen verlängert oder adäquat ersetzt werden.

All das werden wir in den nächsten Wochen mit den Regierungs- und Parteienvertretern besprechen müssen. Und wir müssen uns endlich von der Devise verabschieden, dass alle Leistungen nach Möglichkeit gratis sein sollen. Wer Steuerbelastungen senken und den Faktor Arbeit entlasten will, der kann nicht jede Dienstleitung der öffentlichen Hand kostenfrei anbieten. Und wenn diesen Leistungen keine Einnahmen gegenüber stehen, dann können wir unsere Haushaltsziele nicht erreichen.

Die Kommunen haben in den letzten Jahren sehr ordentlich gewirtschaftet, zum Teil Überschüsse erzielt und österreichweit den Schuldenstand real reduziert. Diese gute Arbeit lassen wir uns nicht durch Wahlzuckerl oder unfinanzierbare Versprechungen gefährden.

MAG. ALFRED RIEDL
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
alfred.riedl@gemeindebund.gv.at

„SIE ALS BÜRGERMEISTER/IN BITTEN WIR DARUM, **IM GEMEINDERAT EINE RESOLUTION ZU BESCHLIESSEN**, UM UNSEREN PROTEST UND DIE FORDERUNG NACH KOSTENERSATZ ZU UNTERSTÜTZEN.“

INHALT

/16

Zukunft der Pflege oder Pflege der Zukunft

Nach dem Ende des Regresses sind viele Fragen offen. Die Gemeinden brauchen Antworten, vor allem, wer künftig zahlt.

/21

Resolutionen als Zeichen der Stärke

Nach jeder Nationalratswahl ist der Zeitpunkt, an dem die Gemeinden aufzeigen.

/70

Jüngster Bürgermeister

Fabio Halb ist 20 und neuer Ortschef von Mühlgraben

INHALT

/38

Die vielen Aspekte sicherer Gemeinden

Egal ob Poller gegen Terrorgefahren oder Firewalls gegen Hacker – Sicherheit stellt hohe Ansprüche

/75

Sicherheit im Schulumfeld

Konflikte und Gefahren auf dem Schulweg

FOTOS // KOMMUNAL // Cityfoto/Simlinger // privat // shutterstock/ Taina Sohlman // Coverbild: shutterstock.com/ Kiselev Andrey Valerevich

KOMMUNAL 11/2017

MEINUNG

„Die f(r)u(r)chtbare Zeit vor Nationalratswahlen“ 6
Gemeindebund-General Walter Leiss über die teuren Wahlzuckerl

„Gratismentalität bereitet Gemeinden Sorgen“ 9
Bernhard Haubenberger über die Frage, wie sozial der Sozialstaat sein darf

„Das B-Wort aus kommunaler Sicht“ 10
Die Auswirkungen des Brexit auf die kommunale Ebene. Von Daniela Fraiss

„Es braucht eine ‚proaktive‘ Herangehensweise“ 12
Helmut Reindl über die Sprachverirrungen heimischer Politker

POLITIK & RECHT

Gemeinden in der Pflicht 24
Die EU-Datenschutzverordnung

Kampf an vielen Fronten 26
Haftungsanzeigen gegen Bürgermeister nehmen zu – eine Enquete

Im Wunderland des digitalen Lebens 30
Gemeindebund Informations- und Schulungsreise nach Talinn

GESTALTEN & ARBEITEN

Sesam öffne dich 44
Worauf Gemeinden achten sollten, wenn sie Zugänge für Bürger öffnen

Cyberkriminalität 48
Wie Gemeinden ihre Daten vor der Internetkriminalität schützen können

Intelligente Straßenlampen für intelligente Gemeinden 56
Moderne Straßenbeleuchtung steht auch für mehr Sicherheit in Gemeinden

LAND & LEUTE

Der erste Durchgang der Wahlen im Burgenland 72
Keine großen Umstürze bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen

Bartle – üser Wirtshus 78
Reportage aus dem Ländle über den Kampf gegen das Wirtshaussterben

Die Zukunft ist besser als ihr Ruf 80
Eine inspirierende Film-Doku kommt in die Gemeinden

Aus den Bundesländern 84

Personalia, Termine und Impressum 88

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

Altstoff Recycling Austria AG	53
Bundesministerium für Finanzen	37
Bundesministerium für Inneres	36
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	34
FAAC GmbH	46
Familie & Beruf Management GmbH	76
Fonatsch GmbH	58
isgus GesmbH	50
Österreichische Post AG	67
ÖWD Security & Services	43
Philips Lighting GmbH	55
Stihl Gmbh	59
T-Mobile Austria GmbH	66
tobaccoland HandelsgmbH	53
Trescon Betriebsberatungsgesellschaft m.b.H.	65
VALUE DIMENSIONS Management Services GmbH	54
VTA Austria GmbH	42

KOMMENTAR ZUR NATIONALRATSWAHL 2017

DIE F(R)U(R)CHTBARE ZEIT VOR DEN WAHLEN

Ein kurzer, aber sehr intensiver Nationalratswahlkampf liegt hinter uns. Ein Wahlkampf ist immer eine Zeit intensiver Auseinandersetzung in den Medien. Sowohl in den Printmedien, als auch im Rundfunk – sowohl im öffentlichen als auch im privatrechtlichen. Ob 50 Fernsehkonfrontationen der Spitzenkandidaten nicht zu viel sind, bleibt der Beurteilung jedes Einzelnen überlassen. Eine besondere Stellung kam diesmal den sozialen Medien zu, die immer mehr an Bedeutung gewinnen. Ob die Entwicklung positiv oder negativ war, soll nicht bewertet werden. Viel bemerkenswerter sind die parlamentarischen Aktivitäten kurz vor der Nationalratswahl. Auch nach dem Beschluss über die Auflösung des Nationalrats und der Ausschreibung von Neuwahlen fanden Nationalratssitzungen statt. Allerdings fühlten sich die Parteien nicht mehr an Koalitionsvereinbarungen gebunden und nach dem Motto „des freien Spiels der Kräfte“ werden noch schnell Mehrheiten für Gesetzesvorhaben gesucht. Ähnliches hat es bereits 2008 vor der damaligen Nationalratswahl gegeben. Die damals beschlossenen Maßnahmen haben den Steuerzahler mehrere Milliarden pro Jahr gekostet. Zwar sollte es diesmal anders sein, gelungen ist das Vorhaben jedoch nicht.

Vier bis fünf Jahre war Zeit, sich inhaltlich mit Themen auseinanderzusetzen und neue Gesetze zu verabschieden. Es war genügend Zeit vorhanden unterschiedliche Bereiche sachlich aufzuarbeiten, verschiedene Standpunkte im Parlament zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen. Umso verwunderlicher war es daher, wenn in Fernsehkonfrontationen plötzlich ein Thema aufgeworfen wurde, in der Diskussion grundsätzliche Einigkeit darüber bestand und dieses gleich am nächsten Tag im Nationalrat umgesetzt werden sollte. Es sei dann schon die Frage erlaubt, wozu wir das Parlament noch brauchen.

> „Die vor der Nationalratswahl 2008 beschlossenen Maßnahmen **haben dem Steuerzahler mehrere Milliarden pro Jahr gekostet.“**

Bloß um abzusegnen was am Vorabend im TV vereinbart wurde, erscheint mir zu wenig.

Am Beispiel der Abschaffung des Pflegeregresses soll dies verdeutlicht werden. Zwar schon seit Längerem diskutiert, ging am Ende alles sehr schnell. Nur wenige Stunden nach der politischen Einigung wurde die Abschaffung des Pflegeregresses vom Nationalrat mit breiter Mehrheit beschlossen. Mit Anfang des kommenden Jahres ist es den Ländern untersagt, auf das Vermögen von Personen, die in stationären Pflegeeinrichtungen betreut werden, zurückzugreifen. Gleiches gilt für das Vermögen von Angehörigen und Erben. Im Gegenzug erhalten die Länder jährlich 100 Millionen Euro zusätzlich über den Pflegefonds. Wegen des Eingriffes in die Länderkompetenz wurde das gleich mit einer Verfassungsbestimmung abgesichert, so die Parlamentskorrespondenz. Erst nach und nach wurde in Besprechungen klar, dass dieses ohne Begutachtung beschlossene Gesetz mehr Fragen aufwirft, als es beantwortet. Zwar hat man festgelegt, dass das Gesetz ab 1. 1. 2018 gilt. De facto kommt dem Gesetz jedoch eine rückwirkende Wirkung zu, zumal auch anhängige Verfahren ab dem 1. 1. 2018 nicht mehr weiter geführt werden können. Auch Exekutionsverfahren, die nicht bis zum 1. 1. 2018 abgeschlossen sind, müssen daher eingestellt werden. Nicht von ungefähr haben bereits viele Notare die Löschung der grundbücherlichen Sicherstellung verlangt, da sie wissen, dass derartige Verfahren bis Jahresende nicht mehr rechtskräftig abgeschlossen werden können. Unklar ist auch, was unter stationären Pflegeeinrichtungen zu verstehen ist. Fallen auch Einrichtungen wie betreutes Wohnen mit nächtlicher Rufbereitschaft darunter? Was passiert mit Behinderten, die in Behinderteneinrichtungen betreut werden? Auch hier ist eine Regressmöglichkeit vorgesehen. Wer wird in Zukunft noch als sogenannter Selbstzahler auftreten, wenn er weiß, dass auf sein Vermögen

DIE FINANZIELLEN FOLGEN DES SCHNELLSCHUSSES DES PARLAMENTS HABEN DIESMAL DIE LÄNDER UND GEMEINDEN ZU TRAGEN."

nicht mehr zurückgegriffen werden kann? Und völlig übersehen wurde, dass durch den Wegfall des Regresses für viele Angehörige der Anreiz wegfällt, ihre Angehörigen zu Hause zu betreuen. Ein verstärkter Andrang in Pflegeeinrichtungen ist jetzt schon zu bemerken. Dies erfordert eine Menge an Investitionen und erhöht die laufenden Kosten, die natürlich nicht durch die 100 Millionen Euro mehr abgedeckt werden können. Zu Recht fordern daher Länder und Gemeinden, dass ihnen die vollen Kosten dieser Maßnahme ersetzt werden. Vor kurzem hat man im Finanzausgleich einen Kostendämpfungspfad vereinbart, der durch diese Regelung ad absurdum geführt wird.

Ein Schnellschuss des Parlaments mit ungeahnten Folgen. Die finanziellen Folgen haben aber diesmal die Länder und Gemeinden zu tragen. Gemeinden sind entweder selbst Träger derartiger Einrichtungen oder aber müssen über Umlagen bis zu 50 Prozent der Kosten tragen. Das hat enorme Sprengkraft für die Budgets der Gemeinden.

Auch weitere Gesetze wurden noch vor dem Wahlgang schnell beschlossen. Mit den Auswirkungen wird die zukünftige Regierung noch lange zu kämpfen haben. Um derartige Schnellschüsse in Zukunft zu vermeiden, sollte in der kommenden Legislaturperiode eine gesetzliche Regelung gefunden werden, die es – mit Ausnahme von Gefahr im Verzug – verhindert, dass nach einem Beschluss über die Auflösung des Nationalrats und der Ausschreibung von Nationalratswahlen Gesetzesbeschlüsse mit finanziellen Auswirkungen gefasst werden.

HOFRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeinebundes
walter.leiss @gemeindebund.gv.at

LESER STIMMEN

„Gemeinsam lernen – Gemeinschaft stärken" (KOMMUNAL 10/2017, Seite 27)

Warum sind wohl die umfangreichen Betreuungsangebote nur an Sonderschulen zu finden? – Weil es eben die kostengünstigste Variante ist.
Beispiel: Eine Sonderschule mit 12 Kindern, 3 ausgebildeten Sonderpädagoginnen, die zusammen auf 66 Wochenstunden kommen. Schließt man die Sonderschule und teilt die Kinder auf 10 VS/NMS-Klassen auf, so hat jedes Kinder nur mehr 6-7 Stunden Betreuung durch einen Sonderschullehrer. Die restlichen über 20 Wochenstunden ist die jeweilige Klassenlehrerin allein für dieses Kind und die bis zu 24 Mitschüler verantwortlich. Die pädagogische Situation hat sich also für jedes vormalige Sonderschulkind verschlechtert, ohne dass ein einziges bereits in Inklusion befindliches Kind einen Vorteil hätte. Dafür müsste man den ehem. Sonderschülern einige Sonderschullehrerstunden wegnehmen. In dieser Sonderschule gibt es für 12 Kinder EINEN gut ausgestatteten Therapieraum, EINE behindertengerechte Toilettanlage (Dusche, Wickeltisch…), EINEN Lift, EIN Set an Förder- und Therapiematerial, EINE Schullizenz pro Lernsoftware. Nach einer Auflösung der Sonderschule braucht es diese Dinge in mehrfacher Ausführung. Genauso steigt die Anzahl der notwendigen Assistenzstunden, da manche Kinder eine sehr persönliche Betreuung brauchen, die in großen Klassen anders nicht möglich ist. Und in manchen Fällen wird es notwendig sein, zusätzliche Klassenteilungen durchzuführen. Ein schwerstbehindertes Kinder in einer Klasse mit 24 Mitschülern kann wohl nicht als geglückte Inklusion bezeichnet werden.
Die Behauptung, eine Auflösung der Sonderschulen würde genügend Ressourcen für eine gelungene Inklusion bereitstellen, ist meiner Meinung nach ein Irrglaube, zumal anscheinend niemand Zahlen vorlegen kann, die diese Behauptung belegen. Ebenso wenig begründet ist die Behautung, das Parallelsystem sei zu teuer und nicht finanzierbar
Es gibt auch nicht wenige Eltern, die die Erfahrung gemacht haben, dass es ihrem Kind in der Sonderschule besser gegangen ist, als in der Inklusion. Daher ist es durchaus sinnvoll, die Wahlmöglichkeit für die Eltern weiter zu erhalten.
Anonym, via Website www.kommunal.at

„Inklusion funktioniert" (KOMMUNAL 10/2017, Seite 28)

Bei diesen Forschungsergebnssen ist allerdings zu bedenken, dass in der Inklusion üblicherweise die „leichteren" Fälle zu finden sind und in Sonderschulen eher der die „schwierigeren" Fälle. Naturgemäß haben dann die Inklusionsschüler bessere Ausgangschancen fürs Leben. Man müsste zu so einen Vergleich Menschen mit gleicher Behinderung heranziehen, um die Unterschiede von Inlusion und Sonderschule wirklich bewerten zu können.
Anonym, via Website www.kommunal.at

ANGESAGT

DAS WORT HAT ....

EUROPA

Erstmals hielt mit **Karl-Heinz Lambertz** (Bild) ein Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) eine Rede zur Lage der Union aus lokaler und regionaler Sicht. Dabei lag der Schwerpunkt auf Gemeinden und den Herausforderungen der kommenden Jahre.

„Ein Minus von 15 Prozent ist dauerhaft nicht tragbar. **Die öffentliche Hand muss wieder investieren können.“**

„Lassen Sie uns niemals vergessen, dass **Europa auf dem Versprechen sozialen Fortschritts gegründet** ist.“

„So wie die europäische Ebene die lokale und regionale Ebene beeinflusst, **so muss jetzt die lokale und regionale Ebene in vollem Umfang auf die europäische Ebene Einfluss nehmen können.“**

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Londoner **Algorithmus erkennt Suizidgedanken** im Gesicht

Künstliche Intelligenz (KI) soll Selbstmorde bei öffentlichen Verkehrsmitteln prophezeien. Das Londoner Unternehmen Human hat hierzu einen KI-Algorithmus entwickelt, der Emotionen im Gesicht abliest.

Um extreme Gefühle festzustellen, fokussiert sich die Software auf Gesichtsbewegungen, die im Millisekundenbereich erfolgen. Das Programm lässt sich mittels mobilen Gadgets, Internet, API oder Überwachungskamerasystemen anwenden.

Kein verlässlicher Indikator. „Die Mimik und Körpersprache eines Menschen geben uns zwar verlässliche Hinweise darauf, wie sich ein Mensch gerade fühlt. Sie verraten aber nicht, warum die Person gerade eine bestimmte Emotion erlebt. Zieht jemand beispielsweise die Augenbrauen hoch und zusammen, so ist dies ein relativ zuverlässiger Hinweis darauf, dass die Person gerade Sorge, also eine leichte Angst spürt“, bezieht Dirk Eilert, Leiter der Eilert-Akademie für emotionale Intelligenz, gegenüber der Plattform pressetext kritisch Stellung. Nur weil jemand deutliche Signale von Sorge in seiner Mimik zeige, heiße dies noch lange nicht, dass eine Selbstmordabsicht vorliegen müsse. Dafür gebe es viele andere mögliche Gründe.

https://www.pressetext.com/news/20170925013
https://wearehuman.io
http://eilert-akademie.de

Our Cities – Our Future

Im Rahmen eines von der EU-Kommission geförderten Projekts fand in der äthiopischen Stadt Gondar die von der Donau-Universität Krems gemeinsam mit lokalen PartnerInnen organisierte Konferenz „Our Cities – Our Future“ zur Auseinandersetzung mit dem Thema des leistbaren Wohnraums statt. In Äthiopien sind Millionen einkommensschwache StadtbewohnerInnen auf informellen Wohnraum angewiesen.

www.donau-uni.ac.at/de/aktuell/presse/archiv/25989/index.php
https://moodle.donau-uni.ac.at/ses/

FOTOS // shutterstock/pisaphotography // © European Union/Laurie Dieffembacq

KOMMENTAR

GRATISMENTALITÄT BEREITET GEMEINDEN SORGEN

Gratiskindergarten, beitragsfreie Tagesbetreuung, kostenloses Mittagessen, Abschaffung des Pflegeregresses: Die Liste der bereits getroffenen Maßnahmen und der seit einiger Zeit kursierenden Vorschläge ließe sich noch lange fortsetzen. Dass all diese Aufgaben überwiegend von Gemeinden besorgt werden, wird dabei nicht selten verschwiegen.

Bei all den Maßnahmen, die in der Vergangenheit getroffen wurden, so zuletzt die Abschaffung des Pflegeregresses, stellt sich die Frage, wie sozial ein Sozialstaat überhaupt sein darf. Auch stellt sich die Frage, ob es sozial oder doch unverantwortlich ist, wenn der Staat all seinen Bürgern von der Wiege bis zur Bahre alles kostenfrei anbietet. Die Geldquelle scheint schier unerschöpflich zu sein. Dass die Geldquelle der Steuerzahler selbst und damit derjenige ist, der im Wesentlichen „Nutznießer" der Geldgeschenke ist, wird dabei ebenso oft verkannt wie die Tatsache und noch viel mehr die Notwendigkeit, dass eingenommen werden muss, was ausgegeben wird.

Entgegen diesem grundsätzlichen Prinzip werden immer wieder neue Ideen und Vorschläge präsentiert, wie man Bürger, so vor allem Familien, entlasten kann. So soll es zumindest ein zweites kostenloses Kindergartenjahr geben, an ganztägigen Schulen sollen die Eltern für die Betreuung keinen Beitrag mehr leisten, ja sogar kostenloses Mittagessen war schon in Diskussion. So erstrebenswert es ist, vor allem Familien zu entlasten – so bedauerlich ist es, wenn Maßnahmen beschlossen werden, die weder treffsicher noch – mangels Gegenfinanzierung – nachhaltig sind.

Dass eine Umkehr des einmal beschlossenen kostenlosen Angebots geradezu unmöglich erscheint, sollte jedem klar sein. Auch sollte einem bewusst werden, dass sich nach und nach eine Gratismentalität und damit eine Selbstverständlichkeit entwickelt, dass der Staat jedem Bürger ein kostenloses Rundum-Sorglos-Paket anzubieten hat – vom Kindergarten bis zum Pflegeheim.

> **„Es stellt sich die Frage, ob es sozial oder doch unverantwortlich ist**, wenn der Staat all seinen Bürgern von der Wiege bis zur Bahre alles kostenfrei anbietet."

Gerade Gemeinden als Schul- und Kindergartenerhalter bekommen diese ausufernde Gratismentalität doppelt zu spüren: Einerseits sollen sie im großen Stil das Betreuungsangebot zeitlich, qualitativ und räumlich ausbauen, andererseits wird ihnen aber verwehrt, Beiträge einzuheben, um den Ausbau, den Erhalt und die Qualität zu sichern.

Dabei gibt es gerade im Bereich der Betreuung, gleich ob im Kindergarten oder in der Schule, andere Wege einer Entlastung der Familien, die treffsicher und nachhaltig wären – so etwa soziale Staffelungen der Betreuungsbeiträge, steuerliche Absetzbarkeit der Betreuungskosten oder Steuerboni für Familien mit Kindern. Anstatt öffentliche Dienstiestungen kostenlos anzubieten, gelte es, diese Möglichkeiten zu schaffen bzw. zu erweitern.

MAG. BERNHARD HAUBENBERGER
ist Jurist beim Österreichischen Gemeindebund
bernhard.haubenberger@gemeindebund.gv.at

KOMMENTAR

DAS B-WORT, **AUS LOKALER PERSPEKTIVE BETRACHTET**

Nicht die Neuordnung der Abfallwirtschaft, nicht die Umsetzung der EU-Regionalpolitik und schon gar nicht die Zukunft Europas sind die Themen, auf die ich in Österreich angesprochen werde. Nein, alle wollen News vom Brexit!

Zugegeben, ein sehr spannendes Thema, weil der Brexit die EU in eine völlig neue, noch nie dagewesene Lage versetzt. Bis dato ging es immer um Beitritte. Jetzt geht es um den Austritt. Und was so einfach aus dem Bauch heraus entschieden wurde, ist in der Realität doch recht komplex und kompliziert in der Umsetzung.

Mittlerweile ist klar, dass sich die britische Regierung vor dem Referendum mit den Folgen eines möglichen EU-Austritts tatsächlich nicht auseinandergesetzt hat. Dies ist umso erstaunlicher, wenn man sich die Europaberichterstattung der britischen Regenbogenpresse in Erinnerung ruft. Anscheinend stellte sich niemand die Frage, wie sich jahrzehntelange Negativberichterstattung in einem Volksentscheid auswirken kann.

Die britische Regierung kämpft auch Monate nach dem Referendum mit dem Aufbau von Expertise, von internen Streitigkeiten einmal ganz abgesehen. Mittlerweile muss sie sogar mehrere Szenarien parallel entwickeln, nämlich für einen ungeregelten Austritt mit 29. März 2019, ein zweijähriges Übergangsregime und den rechtzeitigen Abschluss der Verhandlungen bis Anfang 2019. Nicht nur die medial im Zentrum stehenden Fragen der Bürgerrechte oder des Rechnungsabschlusses sind dabei zu beachten, es geht auch um Flugverkehrssicherheit, EURATOM und Fischereirechte.

> „Die europäischen Strukturfondsgelder für Großbritannien sind **Geld, das in den Regionen und Gemeinden dort dringend gebraucht wird.“**

Doch während die britische Regierung langsam in die Gänge kommt, positionieren sich diverse Interessensvertreter bereits als Experten. So auch der englische Kommunalverband LGA (Local Government Association), der mit einem detaillierten Positionspapier zur Zukunft der Regionalpolitik wichtige Impulse lieferte, wie ein nationales Nachfolgeprogramm der EU-Kohäsionspolitik aufgestellt sein muss. Immerhin fließen in der Förderperiode 2014 bis 2020 über zehn Milliarden Euro an Strukturfondsgeldern nach Großbritannien. Geld, das in Regionen und Gemeinden dringend gebraucht wird, denn die unter Premier Cameron initiierten Kürzungen der Zuweisungen wirken noch immer nach und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit liegt – wie auch der kürzlich veröffentlichte 7. Kohäsionsbericht zeigt – in weiten Teilen Großbritanniens bei zehn bis fünfzehn Prozent.

Man wird sehen, ob es nach dem Brexit gelingt, Briten verstärkt in Sektoren wie Gastrono-

mie, Landwirtschaft oder Pflege zu vermitteln, die aktuell auf Arbeitskräfte aus dem EU-Ausland angewiesen sind. Laut einer Erhebung des LGA stammen etwa sieben Prozent der Pflegekräfte aus EU-Ländern.

Um die Auswirkungen des Brexit auf die verbliebenen Dienste der Daseinsvorsorge und auf die kommunale Finanzsituation besser einschätzen zu können, sammelt LGA Daten der Councils, die man in die weitere Debatte einspeisen will. Englische Gemeinden werden nach ihrer Einschätzung zu den Auswirkungen des Brexit auf die lokale Wirtschaftsentwicklung, auf die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen oder auf die Regionalentwicklung gefragt. Vor allem bei den ersten beiden Fragen spielen etwa die Arbeitskräftemobilität, Umbrüche am Arbeitsmarkt, geänderte Nachfrageentwicklungen, Neuregelung der staatlichen Beihilfen und das (EU-)Vergaberecht eine große Rolle.

Man sieht: Allein auf lokaler Ebene gibt es unzählige Bereiche, die von EU-Recht geprägt sind und von EU-Förderungen profitieren. Im Falle Großbritanniens fällt dies einer breiteren Masse erst jetzt auf; die anderen Mitgliedstaaten haben noch Gelegenheit, sich mit der Zukunft Europas auseinanderzusetzen und ihre Bürger wieder mehr ins Boot zu holen.

Eine Irrfahrt im Ärmelkanal ist nämlich niemandem zu wünschen.

LINKS ZUM THEMA

www.local.gov.uk/about/news/e-bulletins

An den lokalen Auswirkungen des Brexit Interessierte können sich über diesen Link zum Brexit E-Bulletin des LGA anmelden und erhalten E-Mail-Updates über Kampagnen und Forderungen der lokalen Ebene.

MAG. DANIELA FRAISS ist Leiterin des Brüsseler Büros des Österreichischen Gemeindebundes
oegemeindebund@skynet.be

EUROPA FÄNGT IN DER GEMEINDE AN

Viele Entscheidungen der EU reichen weit in die österreichischen Gemeinden hinein. Mit der Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an" wollen das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres und die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen als Europa-Beauftragte gewinnen und ihnen Europawissen, Erfahrung und Kontakte vermitteln – damit die EU auch in den österreichischen Gemeinden (be)greifbarer wird.

Servicepaket für Europa-GemeinderätInnen

- EU-Helpline im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
- E-Mail-Newsletter mit kompakten Informationen und Fakten zu aktuellen EU-Fragen
- dreitägige Bildungs- und Informationsreisen zu den EU-Institutionen nach Brüssel
- maßgeschneiderte Aus- und Weiterbildung
- Netzwerktreffen der Europa-GemeinderätInnen

Nehmen Sie diese Serviceleistungen in Anspruch und beteiligen Sie sich an dieser Initiative!

KONTAKT: Tel.: +43 (0)50 11 50–3320 | E-Mail: abti3@bmeia.gv.at
www.bmeia.gv.at/europagemeinderaete

Europäische Kommission

EUROPA INTEGRATION ÄUSSERES
BUNDESMINISTERIUM REPUBLIK ÖSTERREICH

KOMMENTAR

ES BRAUCHT EINE PROAKTIVE **HERANGEHENSWEISE**

Es braucht …“ Wie oft wurde diese Phrase im Wahlkampf von den Spitzenkandidaten der Parteien verwendet? Wer dieses „ES“ ist, blieb aber immer unbeantwortet. Stephen Kings Gruselclown vielleicht?

Früher sagte man „Man braucht …“ oder die geschlechtsneutralere und persönlichere Formulierung „Wir brauchen“. „Es braucht“ hat sich erst in den letzten Jahren eingebürgert und ist seither in Politikerreden fast unverzichtbar.

Gerne verwendet wird neuerdings auch „skalieren“. Und zwar in den verschiedensten Zusammenhängen. Früher verwendeten den Begriff hauptsächlich Grafiker, wenn sie etwa die Größe von Fotos oder Schriften veränderten. Jetzt skalieren auch Unternehmen – wobei meist nichts anderes gemeint ist, als dass sie größer werden.

Schon länger eingebürgert hat sich die Phrase „Es macht Sinn“ statt des guten alten „Es hat Sinn“ oder des noch besseren „Es ist sinnvoll“. Dabei sollte man gerade als Österreicher seit den psychologischen Forschungen Viktor Frankls wissen, dass man Sinn nicht „machen“, sondern bestenfalls „finden“ kann.

Der deutsche Sprachexperte Bastian Sick führt den Siegeszug von „Sinn machen“ auf die wörtliche Übersetzung des englischen „That makes sense“ zurück. Die Phrase klinge modern und hemdsärmelig-zupackend zugleich: „‚Das macht Sinn‘ ist prima geeignet, um über ein mangelndes Profil oder fehlende Sachkompetenz hinwegzutäuschen und von politischen Missständen abzulenken. Da wird von ‚machen‘ gesprochen und gleichzeitig Sinn gestiftet! Das ist der Stoff, aus dem große politische Reden geschrieben werden“, meint Sick.

Wenn die hohe Politik meint, sich derart profilieren zu müssen, dann soll sie es tun, aber als Gemeindemandatar sollte man überlegen, ob man sich die Sprachverirrungen der Spitzenpolitiker zum Vorbild nehmen muss.

> „Als Gemeindemandatar sollte man überlegen, ob man sich **die Sprachverirrungen der Spitzenpolitiker zum Vorbild nehmen muss.“**

In Mode ist derzeit auch die Phrase „… muss liefern“. Gemeint sind damit nicht nur Briefträger und Pizzaboten, sondern auch Sportler, die Erfolgen hinterherlaufen, und Politiker, die neu im Amt sind.

Schon beinahe unverzichtbar sind „Tools“ – interessanterweise aber gerade nicht dort, wo der Begriff am besten passen würde, nämlich am gemeindeeigenen Bauhof. Oder haben Sie schon einmal einen Arbeiter sagen hören „Gib mir doch bitte das Tool zum Nägeleinschlagen“?

In Büros und Amtsstuben geht es dagegen immer cooler zu. Da gibt es Kick-Off-Meetings, Daily Stand-ups und Jour fixes, man scrumt und evaluiert auf Teufel komm raus. Wichtig ist eine „prozess- und wirkungsorientierte“ Herangehensweise – idealerweise „proaktiv“. Gibt es eigentlich auch eine „contraaktive“ oder eine „propassive“ Herangehensweise?

Die ohnehin schon unselige Umschreibung ASAP – „as soon as possible“ – hat einen großen Bruder bekommen: „asapst“. Die Steigerung eines Superlativs – das muss einem erst einmal jemand nachmachen!

Besonders erfinderisch in der Kreation neuer Begriffe sind – wer auch sonst? – Marketing-Fachleute. Da werden PitchBooks erstellt, Key Visuals entworfen und Sales Funnel aufgebaut. Wer nicht weiß, was das ist, dem gibt eine Website Auskunft: „Marketing im Sales Trichter hat die Aufgabe, viele Visits zu erreichen und mit einer hohen Conversion Rate viele Leads mit guter Qualität zu generieren.“ Alles klar?

MAG. HELMUT REINDL
ist Redakteur bei KOMMUNAL
helmut.reindl@kommunal.at

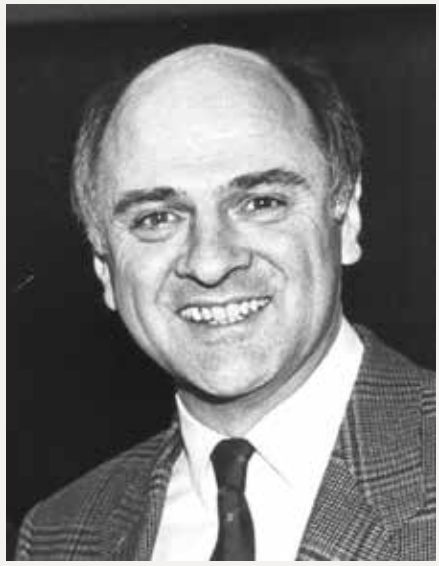
KOMMUNAL VOR 25 JAHREN

AUS UNSEREM ARCHIV

Niederösterreich hat einen neuen Landeshauptmann!

Nein, keine Angst. Sie haben neben der Nationalratswahl 2017 nichts verpasst. Diese Schlagzeile fand sich in der Ausgabe 17 des „kommunal-journals“ aus dem Jahr 1992. Neben einem Bericht über den „kometenhaften politischen Werdegang“ Erwin Prölls unterstrich der Beitrag unseres Autors Franz Oswald damals die Nähe des Radlbrunners Pröll zu den Gemeinden.

Vor allem in zwei Punkten sagte der neue Landeshauptmann den Gemeinden seine volle Unterstützung zu. Zum einen war sich „Pröll bewusst, dass die Gemenden immer mehr Aufgaben besonders auch im Bereich des Umweltschutzes übernehmen müssten.



Und soweit es am Land liegt“ sagte er Unterstützung zu.

Das andere „spezielle Anliegen war Erwin Pröll die Eindämmung der insbesondere auch für Gemeinden unübersichtlich gewordenen Gesetzesflut“. Er habe mit Nachdruck den Kampf gegen Bürokratie und gegen unnötige Gesetze aufgenommen und will damit den Gemeinden auch von dieser Seite Unterstützung geben.

Soweit Erwin Pröll 1992. Wie wir heute wissen, war besonders dieser letzte Punkt auch nicht im Einflussbereich des sonst so mächtigen niederösterreichischen Landeschefs. Die Gesetzesflut hält nicht nur bis heute an, sie hat neue Höchststände erreicht. ⓚ

Dr. Christian Koch, Abteilungsleiter öffentliche Finanzierungen

BESTE FINANZIELLE LÖSUNGEN FÜR IHRE GEMEINDE:
ICH BIN FÜR SIE DA.

HYPO NOE
Mit Sicherheit unsere Bank.

Diese Marketingmitteilung wurde von der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, Hypogasse 1, 3100 St. Pölten, erstellt und dient ausschließlich der unverbindlichen Information. Irrtum und Druckfehler vorbehalten. Stand 10/2017

70 JAHRE ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

„DIESE 70 JAHRE SIND ES WERT, **DASS MAN SIE EHRT“**

Am 16. November 1947 wurde im Palais Todesco in der Wiener Kärntner Straße der „Österreichische Landgemeindenbund“ aus der Taufe gehoben. Aber diese eher trockene Feststellung wird einer der erstaunlichsten Erfolgsgeschichten der Zweiten Republik nicht ganz gerecht.

TEXT / Hans Braun

1947 ist Österreich ein vierfach besetztes Land, vor allem in der sowjetischen Zone lastet der Druck der Besatzungsmacht schwer auf der Bevölkerung. In vielen Bereichen herrschen noch Mangel und Not, so müssen die ÖBB im Jänner vorübergehend wegen Kohlenmangel den Verkehr einstellen. Die verheerenden Kriegsschäden sind noch lange nicht beseitigt, auch die Ernährungssituation ist in vielen Gebieten noch prekär.

Es waren in der ersten Zeit nach dem Krieg vor allem die Gemeinden, die das Überleben der Menschen ermöglicht haben, vielfach ganz auf sich allein gestellt. Gerade die kleinen und mittleren Gemeinden haben in dieser schweren Zeit Großartiges geleistet.

Aber diese Gemeinden verfügen über keine gemeinsame Stimme, über keine Interessenvertretung. Wie notwendig sie wäre, das zeigen die laufenden Verhandlungen über den ersten Finanzausgleich nach dem Krieg. Während der Österreichische Städtebund seit 1946 wieder „mitmischt“, können die kleinen und mittleren Gemeinden ihre Anliegen nicht einbringen.

Das soll nun anders werden. Seit April laufen Gespräche über die Gründung einer österreichweiten Interessenvertretung der Landgemeinden. Treibender Motor ist Minister a. D. Florian Födermayr aus Kronstorf bei Linz, der bereits 1936 den Oberösterreichischen Landgemeindebund gegründet hatte (über die Landesgrenze hinaus gehende Intentionen fanden mit dem „Anschluss“ 1938 ein Ende).

Die Geburtsstunde des Gemeindebundes schlägt am 16. November. Im Palais Todesco in der Wiener Kärntner Straße kommen Delegierte bereits bestehender bzw. in Vorbereitung befindlicher kommunaler Landesverbände, Gemeindereferenten mehrerer Bundesländer und Vertreter des Kommunalpolitischen Referates der ÖVP-Bundesparteileitung zusammen. Nach einer längeren Diskussion, ob zuerst alle Landesverbände aufgebaut oder gleich eine Dachorganisation gegründet werden soll, wird der Antrag angenommen, sofort den „Österreichischen Landgemeindenbund“ zu konstituieren. Personelle Entscheidungen werden vorerst zurückgestellt.

Zu diesem Zeitpunkt arbeiten bereits überparteiliche Landes-Gemeindeverbände in Oberösterreich (Obmann Minister a. D. Födermayr), in Tirol (Obmann Bürgermeister Franz Kröll aus Mayrhofen) und Salzburg (geführt von einem Proponentenkomitee mit Bürgermeister NRAbg. Isidor Grießner aus Fusch an der Glocknerstraße an der Spitze).

In Niederösterreich haben sich Gemeindevertreterverbände der ÖVP (Obmann LAbg. Johann Waltner, Bürgermeister von Altenwörth a. d. Donau) und der SPÖ (Obmann Rudolf Wehrl, Bürgermeister von Wiener Neustadt) konstituiert. Ausschlaggebend für diese Gründungen zweier Verbände waren, wie später im Burgenland, die besonderen Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone.

Mit Jahresbeginn 1948 tritt der erste Finanzausgleich der Zweiten Republik in Kraft. Mit dem „Geburtsfehler“ des abgestuften Bevölkerungsschlüssels werden die kleinen und mittleren Gemeinden auch heute noch krass

> „Seit 100 Jahren haben die Gemeinden noch nie **so viel für ihre Existenz erreicht wie im Jahr 1962.“**
>
> **Ferdinand Reiter,** Gemeindebund-Präsident 1962 zur Verankerung der Gemeindeverfassungsnovelle.

QUELLE // Chronik eines Erfolgs, Herbert Waldhauser, 1997

benachteiligt. Umso wichtiger war es, rasch eine wirkungsvolle Interessenvertretung der Landgemeinden zu schaffen.

Im Jänner 1948 beschloss ein Aktionskomitee den Namen „Österreichischer Gemeindebund“ anstelle des sperrigen Titels „Landgemeindenbund“ und legte fest, dass der Standort des Vereins am Sitz der Bundesregierung zu sein hat, in Wien. Im März 1948 wurde ein provisorischer Vorstand gewählt. An der Spitze standen der steirische Landesrat und spätere Landeshauptmann Josef Krainer, zu dieser Zeit auch Bürgermeister von Gasselsdorf im Bezirk Deutschlandsberg, seine Stellvertreter waren Johann Waltner (Niederösterreich) und Franz Kröll (Tirol). Zum Geschäftsführer wurde Regierungsrat Alfred Sponner gewählt. Auch ein eigenes Büro im 1. Wiener Gemeindebezirk, Wollzeile 9, wurde bezogen. In den Ländern ging derweilen der Aufbau der Gemeindeverbands-Organisationen ebenfalls rasch voran. Sehr bald entwickelten sich alle diese kommunalen Interessensvertretungen zu effektiven Oranisationen, die die Gemeinden gegenüber den Ländern vertraten und das auch heute noch tun.

Seitdem hat sich viel verändert. Von einer kleinen Interessensvertretung hat sich der Österreichische Gemeindebund zu einer immer noch nicht großen, dafür aber umso gewichtigeren Organisation gewandelt, die die Interessen der Gemeinden gegenüber dem Staat mit Erfolg wahrnimmt.

Und so klein der Verband auch war, diese Erfolge können sich wirklich sehen lassen. 1962 erreichte der Gemeindebund mit der „Gemeindegesetznovelle“, mit der die kommunale Selbstverwaltung verfassungsmässig verankert wurde, eine seiner größten Sternstunden. Mit Fug und Recht konnte Gemeindebund-Präsident Grundemann-Falkenberg feststellen: „Seit 100 Jahren haben die Gemeinden noch nie so viel für ihre Existenz erreicht wie im Jahr 1962“.

Das Erkämpfen des Konsultationsmechnismus ist auch so eine Leistung, um die die österreichischen Gemeinden praktisch in ganz Europa beneidet werden. Er soll sicherstellen, dass die Gemeinden durch Entscheidungen einer anderen Gebietskörperschaft nicht übervorteilt werden und wurde 1998 von Nationalrat und den Landtagen beschlossen.

Fortsetzung folgt.

FOTOS // Österreichischer Gemeindebund

Das Dreigestirn der ersten Stunde: Josef Krainer sen., Johann Waltner und Franz Kröll

Florian Födermayer, Ernst Grundemann-Falkenberg

Ferdinand Reiter, Franz Romeder

Helmut Mödlhammer und Alfred Riedl (von oben nach unten) – sechs Gemeindebund-Präsidenten in 70 Jahren.

5

MEILENSTEINE DES GEMEINDEBUNDES DER ANFANGSJAHRE

1948 Nicht einmal ein Jahr nach seiner Gründung fand der 1. Österreichische Gemeindetag statt. Er ging am 2. und 3. Oktober in Salzburg über die Bühne. Auftakt war die einstimmige Wahl Florian Födermayrs zum Bundesobmann

1949 Bei einer der ersten Diskussionen über die Kleinstgemeinden wird einhellig festgestellt, dass an ihrem Bestand nur im Einvernehmen mit ihren Vertretern gerüttelt werden darf

1950 fanden erstmals in der Zweiten Republik in ganz Österreich Gemeinderatswahlen statt. Bis dahin haben ernannte Bürgermeister amtiert

1952 Obwohl er zu den Gründern des Jahres 1951 gehört, tritt der Österreichische Gemeindebund erst 1952 dem Rat der Gemeinden Europas bei, vermutlich eine Folge der besonderen Verhältnisse in einem besetzten Land

1953 Stark vertreten ist der Gemeindebund im Oktober beim 1. Europäischen Gemeindetag in Paris-Versailles, bei dem einstimmig die „Europäische Charta der Gemeindefreiheiten“ beschlossen wird.

POLITIK & RECHT

RESOLUTIONEN
Gemeinsames Zeichen der Stärke
Seite 21

EU-DATENSCHUTZ
Gemeinden in der Pflicht
Seite 24

HAFTUNGSFRAGEN
Ein Kampf an vielen Fronten
Seite 26

FOTO //shutterstock/Lighthunter

DIE GEMEINDEN UND DAS ENDE DES REGRESSES

PFLEGE DER ZUKUNFT ODER **ZUKUNFT DER PFLEGE**

Dem Thema Pflege kommt – auch in Hinblick auf das beschlossene Ende des Regresses – in mehrfacher Hinsicht große Brisanz zu. Zum einen weiß niemand, wie es auf der Kostenseite weitergehen soll: Vor allem die Gemeinden haben Grund zur Sorge, dass sie wieder zum Handkuss kommen. Zum anderen gibt es nicht viele Alternativen.

TEXT / Hans Braun

Wenn man das Thema „Zukunft der Pflege“ kurz Revue passieren lässt, zeichnete sich im Grunde spätestens seit der parlamentarischen Enquete im April 2017[1] ab, dass die Sache „aus dem Ruder laufen wird“. Für die einen war damals der „Regress ein Problem für die Gerechtigkeit, weil er für viele Menschen de facto eine Erbschaftssteuer wäre“. Ein komplett neues Finanzierungsmodell wurde ebenso angedacht wie eine künftige jährliche Erhöhung des Pflegegeldes (dieses beträgt jährlich rund 2,5 Milliarden Euro, Anm.).

Die Enquete wurde auch dazu genutzt, die Verbesserung der Situation der Pflegekräfte, eine bundesweit einheitliche Personalbedarfsberechnung oder präventive Menschenrechtskontrollen auch im Rahmen der 24-Stunden-Betreuung zu Hause zu diskutieren.

Finanzminister Schelling widmete sich damals vor allem der Finanzierbarkeit des Systems. Angesichts der demografischen Entwicklung werde „dieses Thema in Zukunft immer herausfordernder“. Er ging davon aus, dass das Pflegewesen bis etwa 2021 (bis dahin ist der Pflegefonds zur Unterstützung der Länder und Gemeinden verlängert) finanziert sei, bis spätestens 2020 müsse man aber über die weitere Finanzierung eine Entscheidung fällen. Aus diesem Grund plädierte er für „kreative Lösungen, die langfristig halten“. Man müsse sich dabei nicht auf eine bestimmte Möglichkeit festlegen, sondern es könnte auch ein „Mischsystem“ geben. Die Breite der Lösungen gehe von einer Steuerfinanzierung über eine Versicherungslösung bis zu einer Versicherungspflicht.

Ende Juni wurde dann trotz aller warnenden Stimmen die Abschaffung des Pflegeregresses beschlossen.

Die Gemeinden, die in fast allen Bundesländern die Pflege mitfinanzieren, wurden nicht gefragt.

Berechnungen des Fiskalrates haben unmittelbar nach Bekanntgabe der Entscheidung ergeben, dass „ohne Gegenmaßnahmen die Pflegekosten im Jahr 2021 um 685 Millionen Euro höher liegen würden als bislang budgetiert wurde“. Das würde, so der Fiskalrat, auch den sogenannten „Kostendämpfungspfad“, zu dem Länder und Gemeinden im Finanzausgleich verpflichtet wurden, deutlich überfordern. Dieser Pfad erlaubt Steigerungen der Bruttoausgaben für Pflege in diesem Zeitraum von 3,6 auf 4,5 Milliarden Euro. Mit den prognostizierten Steigerungen steigen diese Kosten aber auf 5,2 Milliarden Euro.[2]“

„Wer anschafft, zahlt, und wer zahlt, schafft an.“

Alfred Riedl,
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Und was denkt die praktische Seite? Was die Gemeinden, die bei dem Thema ungefragt zum Handkuss kommen, darüber denken, brauchen wir hier nicht extra zu beleuchten. Es genügt, Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl zu zitieren, der in der August-Ausgabe von KOMMUNAL[3] zum wiederholten Mal auf das Prinzip „Wer anschafft, zahlt, und wer zahlt, schafft an“ verwiesen hat.

Aber was sagt die Pflege-Seite?

Cornel Binder-Krieglstein, geschäftsführender Gesellschafter des Pflegespezialisten „Foqus“ (www.foqus.at), meint auf Anfrage, dass in der

1 https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/VER-BR/VER-BR_00036/index.shtml

2 siehe KOMMUNAL 7&8/2017, Seite 12 ff

3 ebenda, Seite 15

Branche „niemand eine Ahnung hat, wie groß der Ansturm auf die Betten“ sein wird. „Aber wir stellen uns schon die Frage, wie der Bund das finanziell ausgleichen will.“

Er stellt eine einfache Rechnung auf: Bei einem Haus mit 60 Betten habe er 40, für die Gemeinde oder Land aufkommen würden, der Rest ist von Privaten belegt, eventuell mit einem kleinen Leerstand. Diese Auslastungslücke kommt im Übrigen hauptsächlich durch den verstärkten Ausbau der mobilen Pflege zustande. Fallen nun die 20 Betten der Privatzahler weg, ist ein Haus mit 40 Betten nicht lebensfähig. „Den Wegfall der Plätze für die Privatzahler muss man auffangen“, so Binder-Krieglstein.

Die zu erwartende verstärkte Nachfrage nach Pflegebetten macht ihm keine Sorgen, solange nicht jemand auf die Idee kommt, einen Anspruch auf einen Pflegeplatz zu verbriefen. „Dann würden wir wie vor rund zehn Jahren schnell wieder zu längeren Wartezeiten kommen.“ Rein rechtlich tritt das Aus für den Regress am 1. Jänner 2018 in Kraft, aber de facto „ist der Regress mit Bekanntwerden der Nachricht Ende Juni tot“, wie aus dem Gemeindebund zu erfahren ist. Seit der Bekanntgabe würde es keine Eintragung mehr in Grundbücher geben und Selbstzahlervereinbarungen auch nicht mehr. Gegen bestehende würden Anwälte Einspruch erheben.

Bei der Pflege der Zukunft ist es aus heutiger Sicht undenkbar, dass eine Maschine quasi selbst Hand anlegt, und sei es nur bei der Körperpflege.

Die Zukunft der Pflege ist also – zumindest aus finanzieller Sicht – derzeit mehr als offen. Aber wie sieht es mit der Pflege der Zukunft aus?

Pflegeroboter nicht in Sicht. Die vielzitierten Pflegeroboter wie das österreichische Vorreitermodell „Hobbit“, eine Entwicklung der TU Wien, wird es in Österreich wohl nicht so schnell geben, wie Binder-Krieglstein meint. „Solange sich an Aussehen und Struktur der Roboter oder computergestützten Pflegehilfen nicht Gravierendes ändert, wird das nicht kommen. Diese Entwicklungen können zwar für kleine Handreichungen wie ein Glas Wasser holen oder eine Fernbedienung auffinden oder auch für die Herstellung von Kommunikation, falls das eine Person wünscht, eingesetzt werden, aber das war es auch schon.“ Es handelt sich dabei um die Ausführung „niederschwelliger, taktiler oder akustischer Möglichkeiten zur Kontaktpflege oder einfachste Hol- und Bringdienste“, wie es der Fachmann formuliert. Aus heutiger Sicht ist es aber zumindest undenkbar, dass eine Maschine quasi selbst Hand anlegt, und sei es nur bei der Körperpflege.

Dazu kommt, dass unser Kulturkreis ganz im Gegensatz zur fernöstlichen – sprich japanischen – Kultur bei Weitem nicht so technikbegeistert ist.

Es gibt zwar auch in Österreich mechanische Pflegeunterstützung, aber in überschaubarem Maß. „Wir setzen beispielsweise von Zeit zu Zeit mechanische Kuscheltiere ein, Katzen, die schnurren, wenn sie auf dem Schoß liegen und gestreichelt werden, oder eine Therapie-Robbe, die eine Interaktion mit Lebewesen simuliert“, berichtet Binder-Krieglstein.

Andere anerkannte und bereits umgesetzte alternative Pflegemodelle wie Senioren-WGs oder Kindergärten in Altersheimen sind auch eher mit Vorsicht zu genießen. Binder-Krieglstein: „Bei den WGs stellt sich wieder die Frage nach dem erhöhten Betreuungsaufwand und bei den Kindergärten in den Heimen muss auch immer eine Aufsicht anwesend sein. Aus unserer Erfahrung gestaltet sich das so, dass die Senioren eher Ruhe wollen – was bei Kindergärten nicht »

FOTOS // Gemeindebund/J.Christandl // shutterstock/maimu

immer gegeben ist. Und wenn Senioren in die Kindergärten gehen, muss man immer aufpassen, dass nicht einer über ein Kind stolpert oder einem auf die Finger steigt."

Aus seiner Sicht führt an den klassischen Altersheimen kein Weg vorbei, denn nirgendwo sonst – auch nicht bei der mobilen Betreuung – ist dieser Umfang an multiprofessioneller, hochqualitativer Versorgung gegeben.

„Wer macht denn die Biografie-Arbeit (darunter versteht man die die Frage nach den Bedürfnisse der zu Pflegenden, welcher Arbeit sind sie früher nachgegangen, was könnte sie im Ruhestand interessieren usw.) und wo ist denn mehrmals pro Woche ein Apothekerdienst, ein Ärztedienst verfügbar? Oder eine Diätassistenz, eine Wundliegeprophylaxe, ein Neurologe, ein psychiatrischer Dienst, eine Überwachung des Flüssigkeitshaushalts?" Das gibt es eben nur im Pflegeheim, so Binder-Krieglstein. „Es sind schon mehr Leute in der privaten Pflege zu Hause an so elementaren Dingen wie Wundliegen gestorben, als uns bewusst ist", weist er auf ein gerne vernachlässigtes Problem hin. „In der privaten Pflege zu Hause sind meist weder die Fachleute noch die Möglichkeiten vorhanden, an diese Dinge zu denken."

Auch die immer wieder diskutierte Einsatzmöglichkeit für fachlich gering qualifiziertes Personal (de facto Langzeitarbeitslose) hält Binder-Krieglstein für „enden wollend". „Das können allenfalls jüngere Ältere sein, die sich im Sinne kleiner Handreichungen wie Einkaufen oder Bingo spielen um die Älteren kümmern. Arbeitslose im Erwerbsalter sind wahrscheinlich kaum in großer Anzahl an dieser Tätigkeit interessiert – und die werden für diese Anforderungen in den seltensten Fällen ausgebildet sein – auch wenn sie das selbst wollen würden.

Auf den Punkt gebracht. Die Zukunft der Pflege ist vor allem von der finanziellen Seite ein großes Fragezeichen. Weder ist der zu erwartende Ansturm auf die stationären Kapazitäten in Zahlen zu fassen, noch die Kosten für das benötigte Personal. Wer für diese Kosten aufkommen wird, steht in den Sternen.

Die von vielen ach so gepriesene Pflege der Zukunft mit Robotern wird auch keine Abhilfe schaffen. Es sind weder die Grundlagen vorhanden, noch sind sie in Sicht.

Drastische Erhöhung der Sozialhilfeumlagen durch die Regress-Abschaffung droht: Durch die kürzlich beschlossene Verfassungsbestimmung in § 330a ASVG können die Länder de facto seit 29. Juli 2017 nicht mehr auf das Vermögen von stationär aufgenommenen Personen (beziehungsweise deren Erben und Geschenknehmer) zugreifen. Unter völlig falschen Grundannahmen (wie das Weiterzahlen der bisherigen Selbstzahler oder keine Nachfragesteigerung bei Pflegeheimplätzen) ging der Bundesgesetzgeber dabei von – den Ländern und Gemeinden abzugeltenden – Mehrausgaben in Höhe von lediglich 100 Millionen Euro pro Jahr aus.

Nach verschiedenen Berichten von Länderseite ist ohne abfedernde Maßnahmen eher mit jährlich einer halben Milliarde Euro an Mehrausgaben zu rechnen. Falls hier nicht in den nächsten Wochen eine politische Einigung zustande kommt und der Bund die tatsächlichen Mehrausgaben trägt, droht 2018 nicht nur eine höchstgerichtliche Auseinandersetzung (Bruch des Paktums zum Finanzausgleich und Verstoß gegen die Konsultationsvereinbarung), sondern auch ein drastisches Ansteigen der Sozialhilfeumlagen bzw. -beiträge der Gemeinden im zweistelligen Prozentbereich.

„IN DER PRIVATEN PFLEGE ZU HAUSE SIND MEIST WEDER DIE FACHLEUTE NOCH DIE MÖGLICHKEITEN VORHANDEN, AN DINGE WIE PFLEGE-BIOGRAFIEN ODER EINE DIÄTASSISTENZ ZU DENKEN."

PhDr. Dr. Cornel Binder-Krieglstein,
geschäftsführender Gesellschafter des Pflegespezialisten „Foqus"

MAG. HANS BRAUN IST
CHEFREDAKTEUR VON KOMMUNAL
hans.braun@kommunal.at

Eine Staatsreform und auch deren Vorarbeiten darf nicht ohne die Gemeinden umgesetzt werden.

FOTO //shutterstock/Lisa S.

KOMMUNALE FORDERUNGEN NACH DER WAHL

RESOLUTIONEN: GEMEINSAMES **ZEICHEN DER STÄRKE**

Kurz nach einer Bundeswahl ist der Zeitpunkt da, an dem die Gemeinden aufzeigen müssen. Sie haben eine unverzichtbare Position in unserem Staat, sind Garanten für das Funktionieren demokratischer Instrumente und Prozesse, indem sie eine geordnete Wahl im Sinne unserer Bundesverfassung ermöglichen und abwickeln.

TEXT / Nicolaus Drimmel

Die Gemeinden wenden dabei die Gesetze an und sind jener Ort, welcher den Bürgern bei der politischen Gestaltung ihres Lebensraumes am nächsten sind. So haben sich bei dieser Wahl wieder tausende Menschen freiwillig für den Dienst an der Allgemeinheit als Wahlhelfer/innen zur Verfügung gestellt.
Diese Tatsache kann nicht hoch genug eingeschätzt werden; sie ist eine Lebensader unserer demokratischen Werte. Hier wird der Staat, unser Gemeinwesen erfahrbar. Ohne die Gemeinden und die engagierten Mitbürgerinnen und Mitbürger ist kein Staat zu machen.
Die Gemeinden machen allerdings keine Gesetze, ihre Organe sind allerdings daran gebunden. Eine Interessensvertretung der Kommune ist selbstredend daran interessiert, dass Gesetze auf kommunaler Ebene in bester Weise eingehalten werden. Aber sie müssen auch abgeklopft werden auf ihre Praxistauglichkeit.

> **„Ohne Gemeinden** und die engagierten Mitbürgerinnen und Mitbürger **ist kein Staat zu machen.“**

Seit Jahrzehnten wird der Österreichische Gemeindebund daher schon in den Vorbereitungen der Gesetze, in die so genannten Begutachtungsverfahren, eingebunden. Auch der Konsultationsmechanismus ist eine europaweit vorbildliche Errungenschaft eines Gemeinwesens, das sich gerne auch kooperativer Bundesstaat nennt. Auch hier müsste ja gelten, dass ohne die Gemeinden kein Staat zu machen ist.
Doch leider gibt es immer wieder Hintertüren, die diese Kooperation verhindern, die zu weltfremden Gesetzen führen und Gemeinden einseitig finanziell belasten, weil etwa ein Begutachtungsverfahren oder eine Befassung im Sinne des Konsultationsmechanismus umgangen werden können.
Die Gemeinden müssen daher nach den Erfahrungen der letzten Legislaturperiode, aber »

auch der letzten Plenartagungen im Parlament aufzeigen und ihre Forderungen einbringen. Das Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes hat daher ein Forderungspapier erarbeitet, das Rahmenbedingungen einfordert, nach denen es den Gemeinden möglich ist, ihre eigenen und ihnen übertragenen Aufgaben in wirtschaftlich sinnvoller Weise zu erfüllen und die kommunale Selbstverwaltung weiter zu entwickeln. „Österreich braucht ein Bekenntnis zum Schutz und Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung, zur Schaffung von gleichwertigen und modernen Lebensverhältnissen in Stadt und Land und zu einer klaren Aufgabenzuordnung“, so der Tenor der Forderungen.

Das umfangreiche Papier enthält eine Fülle an Forderungen, die sich wie ein Spiegel der Erfahrungen der Gemeinden in der letzten Gesetzgebungsperiode lesen.
Kurz gefasst seien sechs Schwerpunkte hervorgehoben:

Punkt 1: Bundesverfassung und kommunale Selbstverwaltung. Die kommunalen Spitzenverbände sind in der durch das FAG-Paktum eingerichteten Arbeitsgruppe zur Bundesstaatsreform aktiv einzubinden; eine Staatsreform und auch deren Vorarbeiten dürfen nicht ohne die Gemeinden umgesetzt werden.

Punkt 2: Bürgernähe und moderne Verwaltung. Die Gemeinden haben großes Interesse an einer effizienten, einfachen und modernen Verwaltung. Zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sind Modernisierungsschritte auf deren Effizienz und leichte Handhabbarkeit zu prüfen. Die Gemeinden sind bereit, Aufgaben in effizienten Strukturen wahrzunehmen, wenn ihnen die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Punkt 3: Finanzen. Der Österreichische Gemeindebund fordert einen Belastungsstopp und eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Gemeinden. Durch die Zuweisung neuer oder die Verlagerung bestehender Aufgaben ohne ausreichende und langfristige finanzielle Abgeltung entstehen den Gemeinden immer höhere Ausgaben. Auch Minderungen der Steuereinnahmen der Gemeinden durch bundesgesetzliche Maßnahmen oder Untätigkeit sind hier relevant. Der Österreichische Gemeindebund fordert vor allem

Die Gemeinden sind bereit, Aufgaben in effizienten Strukturen wahrzunehmen, wenn ihnen die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Der Österreichische Gemeindebund fordert einen Belastungsstopp und eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Gemeinden.

Der Österreichische Gemeindebund fordert im Hinblick auf die Art. 15a-Vereinbarungen im Bereich der Kindergärten und ganztägiger Schulformen endlich längerfristige Planungssicherheit und eine nachhaltige Finanzierung.

- Den vollständigen Kostenersatz der durch die Abschaffung des Pflegeregresses entstehenden Mehrausgaben;
- Maßnahmen zur Kostendämpfung in der Mindestsicherung auch auf Ebene des Bundes als Grundsatzgesetzgeber;
- vollständige Sicherung des Kostendämpfungspfades in Gesundheits- und Pflegeversorgung;
- die grundlegende Reform der gemeindeeigenen Grundsteuer, wie bereits im FAG-Paktum vereinbart.

Punkt 4: Soziales und Gesundheit. Der Österreichische Gemeindebund fordert vom Bund als einer der drei zentralen Akteure der Gesundheitsreform ein klares Bekenntnis zur weitestgehenden Versorgung des ländlichen Raums mit primären Gesundheitsleistungen durch Hausärzte. Ergebnis muss ein Gesamtpaket sein, damit der Hausarztberuf für junge Menschen wieder attraktiv wird, was vor allem auch den Menschen im ländlichen Raum eine gute Versorgung garantiert.

Punkt 5: Kinderbetreuung und Schule. Im Bereich der Kinderbetreuung zeichnet sich die Bundesebene nicht nur durch teure Ankündigungen betreffend das zukünftige Angebot der Kinderbetreuung aus, sondern ist auch bei der Erhaltung wesentlicher finanzieller Fundamente der Kinderbetreuung sowie der schulischen Nachmittagsbetreuung säumig.
Der Österreichische Gemeindebund fordert im Hinblick auf die Art. 15a-Vereinbarungen im Bereich der Kindergärten und ganztägiger Schulformen endlich längerfristige Planungssicherheit und eine nachhaltige Finanzierung.

Punkt 6: Lebensqualität und wirtschaftliche Perspektiven für den ländlichen Raum.
Die Breitbandinfrastruktur ist eine Schlüsseltechnologie für die Standortpolitik im ländlichen Raum. Da ein zukunftstaugliches Breitbandnetz auch die Funktion der Daseinsvorsorge erfüllt, fordert der Österreichische Gemeindebund eine effektive und vereinfachte Förderung der Breitbandinfrastruktur durch Glasfaser im ländlichen Raum.

Der Österreichische Gemeindebund richtet diese Forderungen an die Verhandlungsteams der neu in den Nationalrat gewählten Parteien, damit bei aller Verhandlungsintensität gerade jene Kooperation nicht vergessen wird, auf der unsere Demokratie aufbaut.

> „Eine vom Oberösterreichischen Gemeindebund initiierte **Aktion zur Verabschiedung von Gemeinde-Resolutionen soll auf das ganze Bundesgebiet ausgedehnt werden.“**

In einem wichtigen Bereich werden überdies alle Gemeinden dazu ermuntert, diese Arbeit zu unterstützen. Eine vom Oberösterreichischen Gemeindebund initiierte Aktion zur Verabschiedung von Gemeinde-Resolutionen soll auf das ganze Bundesgebiet ausgedehnt werden. Damit soll die Forderung nach einem vollständigen Kostenersatz der durch die Abschaffung des Pflegeregresses ausgelösten Mehrausgaben unterstützt werden.

Diese Maßnahme des Bundesgesetzgebers war nicht mit der Gemeindeebene abgestimmt, sie erfolgte ohne parlamentarisches Begutachtungsverfahren und wurde im Verfassungsrang beschlossen. Überdies hat der Bund dadurch einen klaren Bruch des Paktums zum Finanzausgleich begangen, weil man einseitig vom vereinbarten Kostendämpfungspfad in der Pflege abgewichen ist.

Die Resolutionen der Gemeinden sollen auch verdeutlichen, dass neben den unmittelbaren finanziellen Ausfällen aus der Abschaffung des Regresses auch die freiwilligen Selbstzahler wegfallen, was noch viel mehr ins Gewicht fällt. Dazu kommt noch der rechnerische Zuwachs aus der 24-Stunden-Pflege. Ergänzend zu den dadurch nachgewiesenen Mehrkosten (allein in Oberösterreich rund 71 Millionen Euro jährlich, auf Bundesebene daher wohl mehrere hundert Millionen) ist der Nachfrageeffekt auf zusätzliche teure Heimplätze und die damit einhergehende Verteuerung noch überhaupt nicht berücksichtigt.

Es muss daher von kommunaler Seite dringend aufgezeigt werden, dass es gerade auch im Pflegebereich einer nachhaltigen solidarischen Finanzierung bedarf.

Für diese kommunalen Forderungen gilt daher, dass alle Gemeinden in Form einer Resolution aufzeigen und ein gemeinsames Zeichen der Stärke setzen. Musterresolutionen wurden mit einem Bürgermeisterbrief an die Gemeinden verschickt. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an **office@gemeindebund.gv.at**.

HOFRAT MAG. NICOLAUS DRIMMEL IST LEITER DER ABTEILUNG RECHT & INTERNATIONALES DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
nicolaus.drimmel@gemeindebund.gv.at

FOTO //shutterstock/Sharomka, Marian Weyo, Stokkete

EU-DATENSCHUTZ

GEMEINDEN **IN DER PFLICHT**

Ab dem 25. Mai 2018 gilt die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Diese bringt gravierende Änderungen für Datenanwender und damit auch für Gemeinden.

TEXT / Bernhard Haubenberger

Die DSGVO bringt eine Fülle an neuen Vorgaben, die auch von Gemeinden umzusetzen und zu berücksichtigen sind. Problematisch ist, dass die Verordnung zahlreiche unbestimmte Rechtsbegriffe verwendet, die zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit führen.

Grundsätzlich bedarf die DSGVO, die unmittelbar anzuwenden ist, keiner Umsetzung in nationales Recht, dennoch musste das Datenschutzgesetz gründlich überarbeitet werden, da dieses der DSGVO in vielerlei Hinsicht widersprochen hätte.

DVR ist bald Geschichte. Bis zur Geltung der DSGVO wird das allgemein bekannte Datenverarbeitungsregister (DVR) weitergeführt, in das alle Datenverarbeitungen gemeldet werden müssen, so sie nicht einer Standard- oder Musteranwendung entsprechen. Ab 25. Mai 2018 ist damit Schluss, die Meldepflicht an das zentrale DVR fällt weg. Was auf den ersten Blick als Erleichterung anzusehen ist, entpuppt sich aber tatsächlich als eine bürokratische Schikane. Denn statt der bisherigen Meldung an das zentrale DVR muss jeder Datenverarbeiter bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen dezentral ein sogenanntes „Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten“ führen.

Außerkrafttreten wird auch die Standard- und Musterverordnung, da diese im Widerspruch zur DSGVO stehen würde. Die Standard- und Musterverordnung brachte bislang wesentliche Erleichterungen für Datenverarbeiter, da für bestimmte Standard- und Musteranwendungen (etwa Abgabenverwaltung der Gemeinden, Personalverwaltung der Gemeinden, Personenstandsregister) etwa keine Meldepflicht an das DVR bestand.

BEST-PRACTICE-KATALOG MIT HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN IN ARBEIT

Im Leitfaden der Datenschutzbehörde finden Sie weitere Informationen zur DSGVO. Um den Gemeinden noch eine weitere Hilfestellung bei der Umsetzung der Anforderung der Datenschutzgrundverordnung zu geben, wird voraussichtlich bis Ende des Jahres 2017 gemeinsam mit der FH Hagenberg ein Best-Practice-Katalog mit Handlungsempfehlungen erarbeitet.
Wir informieren Sie, sobald dieses Tool fertig ist.

Keine Strafen für Behörden und öffentliche Stellen. Die DSGVO sieht drakonische Strafen (Geldbußen) von bis zu 20 Millionen Euro bei Verstößen gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen vor. Ob Strafen gegen Behörden und öffentliche Stellen verhängt werden, überlässt die DSGVO den jeweiligen Mitgliedstaaten. Österreich hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht und explizit Behörden und öffentliche Stellen von der Verhängung von Geldbußen ausgenommen.

Zu bedenken ist jedoch, dass jede Person, der wegen eines Verstoßes gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen ein Schaden entstanden ist, so wie bisher einen Anspruch auf Schadenersatz hat.

Neue Begrifflichkeiten. Mit der DSGVO werden bisherige Bezeichnungen geändert. So wird der bisherige datenschutzrechtliche Auftraggeber (derjenige, der die Entscheidung über den Zweck und die Mittel der Datenverarbeitung trifft) zukünftig Verantwortlicher und der bisherige datenschutzrechtliche Dienstleister Auftragsverarbeiter bezeichnet. Bedient sich die Gemeinde daher im Bereich der Verwaltung von Daten eines IT-Dienstleisters, so ist die Gemeinde Verantwortliche und der IT-Dienstleister Auftragsverarbeiter.

Benennung eines Datenschutzbeauftragten. Für große Verunsicherung sorgt die Pflicht zur Benennung eines Datenschutzbeauftragten. Gemäß DSGVO muss ausnahmslos jede Behörde und jede öffentliche Stelle einen Datenschutzbeauftragten benennen. Dessen Aufgabe ist es unter anderem, den Verantwortlichen, den Auftragsverarbeiter und die Beschäftigten zu beraten, die Einhaltung der Datenschutzvorschriften zu überwachen und als Anlaufstelle für die

FOTO //shutterstock/Bartolomiej Pietrzyk

Datenschutzbehörde zu fungieren. Als öffentliche Stellen gelten dabei Einrichtungen, die in Formen des öffentlichen Rechts eingerichtet sind oder in Vollziehung der Gesetze tätig werden.

Der Datenschutzbeauftragte kann Beschäftigter des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters sein oder aber seine Aufgaben auf Grund eines Dienstleistungsvertrags erfüllen. Von Bedeutung ist die Bestimmung, wonach öffentliche Einrichtungen einen gemeinsamen Datenschutzbeauftragten benennen können.

Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten. Jeder Verantwortliche und jeder Auftragsverarbeiter muss, gleich ob er privatrechtlicher Unternehmer, Behörde oder öffentliche Stelle ist, ein Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten führen, sofern er zumindest 250 Bedienstete hat. Ein derartiges Verzeichnis ist aber auch unabhängig von der Anzahl der Bediensteten zu führen, wenn die Verarbeitung ein „Risiko für die Rechte und Freiheiten betroffener Personen" birgt, wenn die Verarbeitung nicht nur „gelegentlich" erfolgt oder wenn sensible Daten (ethnische Herkunft, Gesundheitsdaten, genetische Daten, Daten zum Sexualleben etc.) verarbeitet werden.

In diesem Verzeichnis sind – analog zum Datenverarbeitungsregister (DVR) – unter anderem die Zwecke der Verarbeitung, die Kategorien betroffener Personen, die Kategorien personenbezogener Daten, die Kategorien von Empfängern, Fristen für die Löschung, aber auch etwa Kontaktdaten des etwaigen Datenschutzbeauftragten anzuführen.

Datenschutzfolgenabschätzung. Hat eine Form der Verarbeitung, insbesondere bei Verwendung neuer Technologien, aufgrund der Art, des Umfangs, der Umstände und der Zwecke der Verarbeitung voraussichtlich ein „hohes Risiko" für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge, so hat der Verantwortliche vorab eine Abschätzung der Folgen der vorgesehenen Verarbeitungsvorgänge für den Schutz personenbezogener Daten durchzuführen. Damit soll insbesondere die Ursache, Art, Besonderheit und Schwere dieses Risikos evaluiert und Maßnahmen ergriffen werden, die das Risiko minimieren.

Eine Datenschutzfolgenabschätzung ist vor allem dann erforderlich, wenn sensible Daten umfangreich verarbeitet werden, aber auch wenn öffentlich zugängliche Bereiche systematisch und umfangreich überwacht werden. Dabei ist vor allem an Videoüberwachungen an öffentlich zugänglichen Bereichen zu denken.

Betroffenenrechte. Im Wesentlichen sind zwar die Rechte jener, in deren Datenschutz eingegriffen wird, unverändert geblieben, dennoch gibt es Verschärfungen, so etwa im Zusammenhang mit dem Umfang der Auskunftspflicht und der Frist zur Auskunft, ob und welche Daten von der betroffenen Person verarbeitet werden. Neu sind auch umfangreiche Informationspflichten bereits bei der Erhebung von personenbezogenen Daten.

Best-Practice-Katalog mit Handlungsempfehlungen in Arbeit. Um den Gemeinden eine Hilfestellung bei der Umsetzung der Anforderung der Datenschutz-Grundverordnung zu geben, wird voraussichtlich bis Ende des Jahres 2017 ein Best-Practice-Katalog mit Handlungsempfehlungen erarbeitet, der den Gemeinden zur Verfügung gestellt wird.

MAG. BERNHARD HAUBENBERGER IST JURIST BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND
bernhard.haubenberger@gemeindebund.gv.at

HAFTUNG & ANZEIGEN

EIN KAMPF **AN VIELEN FRONTEN**

Die Anzeigen gegen Bürgermeister und Mandatare nehmen zu, die Haftungsfälle ebenso. Gemeindebund und Justiz diskutierten im Zuge einer Enquete die vielen Gesichter des Problems.

Ein funktionierender Rechtsstaat ist ein wesentliches Element einer modernen Demokratie. Nimmt die Regelungswut jedoch zu, wird dem einzelnen Bürger jegliche Eigenverantwortung abgesprochen und rechtliche Verfahren nehmen überhand. Urteile, bei denen aus Sicht der Gemeinden den Bürgern die Anwendung des Hausverstandes abgesprochen wird, gibt es in den letzten Jahren genügend. Statt Meinungsverschiedenheiten auszutragen, wird immer öfter auf Anzeigen oder andere Rechtsmittel zurückgegriffen.

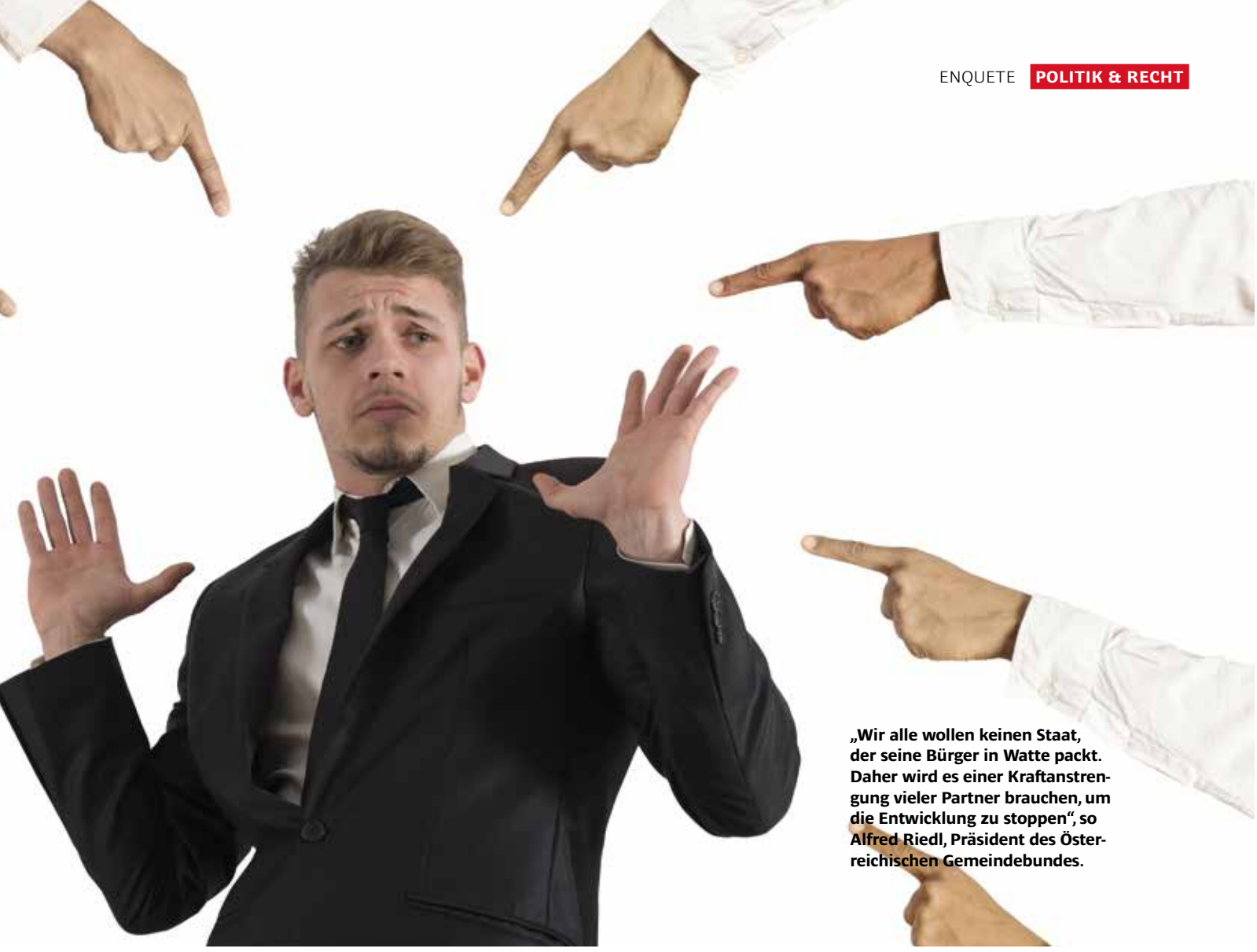
Für Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl ist das eine besorgniserregende Entwicklung: „Bürgermeister sind besonders stark betroffen, da sie am bürgernächsten Entscheidungen treffen müssen. Anzeigen gehören mittlerweile fast zum Alltag. Wir setzen uns dafür ein, dass das Amt auch für künftige Generationen attraktiv bleibt.“ Riedl sprach dieses Thema auch bei einem Treffen mit Justizminister Wolfgang Brandstetter an, der dafür, da er das Problem aus seinem früheren Beruf als Anwalt kennt, viel Verständnis zeigte. Als Folge dieses Gesprächs organisierten Gemeindebund und Justizministerium am 3. Oktober 2017 eine Enquete, bei der betroffene Gemeindevertreter sowie Staatsanwälte und Richter das Problem gemeinsam diskutierten. „Ich bin dankbar, dass wir diesen Gedankenaustausch zusammengebracht haben“, so Riedl.

Mehr Schutz gegen digitale Beschimpfungen gefordert. Christian Pilnacek, Sektionschef für Strafrecht im Justizministerium, betonte, dass nicht nur Bürgermeister mit mehr Anzeigen konfrontiert sind, sondern auch die Mitarbeiter in der Justiz: „Diffamierungen über die sozialen Medien nehmen allgemein zu.“ Für den Bereich der Justiz berichtete er über Anstrengungen, den Mitarbeitern einen höheren Schutz zukommen zu lassen. Aus Sicht der Gemeinden müsste dieses Problem generell in den Griff bekommen werden. „Persönliche Angriffe in Facebook und Co muss nicht nur der Betroffene, sondern die ganze Familie aushalten“, erzählte Riedl aus seiner eigenen Erfahrung.

> „Erlangt der Bürgermeister Kenntnis von Fehlern in der Verwaltung, **muss er handeln.“**
>
> **Christian Pilnacek,** Sektionschef für Strafrecht im Justizministerium

In seinem Vortrag zur strafrechtlichten Verantwortung machte Pilnacek deutlich, dass nicht jedes pflichtwidrige Verhalten per se ein strafrechtlich relevanter Missbrauch der Amtsgewalt ist. Für den Tatbestand des Amtsmissbrauchs muss der Missbrauch der Befugnis wissentlich passieren. Das umfasst allerdings auch die gezielte Untätigkeit und die Vorerledigung einer Rechtshandlung. „Erlangt der Bürgermeister Kenntnis von Fehlern in der Verwaltung, muss er handeln“, so Pilnacek. Er stellte aber auch klar, dass die Staatsanwälte nur gravierendes Fehlverhalten verfolgen und mit Augenmaß vorgegangen wird. „Die Staatsanwaltschaft ist

FOTOS // Gemeindebunde / Shutterstock/Jan Mika



„Wir alle wollen keinen Staat, der seine Bürger in Watte packt. Daher wird es einer Kraftanstrengung vieler Partner brauchen, um die Entwicklung zu stoppen", so Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.

nicht der Feind, sondern es ist unsere Aufgabe, zu untersuchen und aufzuklären."

Zivilrechtliche Haftung richtet sich meist gegen die Gemeinde. Während sich im Strafrecht die Person verantworten muss, steht im Zivilrecht oft die Gemeinde im Mittelpunkt der gerichtlichen Verfahren. Die Haftung teilt sich hier in die Amtshaftung bei Schäden, die einem anderen durch ein Organ in Vollziehung der Gesetze (z. B.: Bau-, Raumordnungs- oder Gebührensachen) rechtswidrig und schuldhaft zugefügt werden, und jene Haftung, die die Gemeinde in ihrer privatwirtschaftlichen Tätigkeit trägt. „Die Haftung in der Privatwirtschaftsverwaltung ist so umfangreich wie die privatwirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinde selbst. Darunter fallen beispielsweise die Wegehalterhaftung, die Haftung für Bäume oder die Verletzung von Schutz- und Sorgfaltspflichten", so Georg Kathrein, Sektionschef für Zivilrecht im Justizministerium.

Er räumte in seinem Vortrag ein, dass gerade die höchstgerichtlichen Entscheidungen auf die Größe der Gemeinden Rücksicht nehmen. Kathrein war sich aber auch der Schwierigkeiten bewusst: „Ich weiß aber, dass es für die Gemeinden oft in der Praxis schwierig ist, weil es keine Faustregeln gibt." Er empfahl, dass sich Gemeinden bei kniffligen Fragen rechtlichen Rat einholen und entsprechende Versicherungen abschließen.

Große Regelungswut erschwert den Bürgermeister-Alltag. Salzburgs Landesgeschäftsführer Martin Huber zeigte in seinem Vortrag die mannigfaltigen Anforderungen auf: „Bürgermeister haben eine gewisse Autonomie, aber auch eine große Verantwortung. Sie sind für alles, was den Bürger in seiner unmittelbaren Lebenswelt betrifft, zuständig. Das reicht von Baubewilligungsansuchen über Trinkwasserbefunde oder das Verbot von Laubbläsern bis hin zur Bewilligung von Plakatständern." Die steigende Gesetzesflut, die fehlende juristische Eindeutigkeit, die bei der Vollziehung aber essentiell wäre, und die höhere Bereitschaft, die Verantwortlichen bei vagen oder sogar haltlosen Verdachtsmomenten vor allem bei der Aufsichtsbehörde anzuzeigen, machen es immer schwieriger, das Amt auszuüben. »

Die einzelne Situation ist maßgeblich

Wie weit muss die Aufsichtspflicht in Kindergärten gehen? Diese Frage stellen sich nun viele Kindergartenpädagoginnen nach der Entscheidung des Oberstens Gerichtshofs. Dr. Martin Huber hat sich den Fall auf der Web-Plattform Kommunalnet.at näher angeschaut.

Kaum eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs (OGH) hat in diesem Herbst für so großes mediales Echo gesorgt wie die Bestätigung der Berufungsentscheidung des Oberlandesgerichts Graz im Fall jener Fünfjährigen, die sich beim Sturz von einer Langbank verletzt hat. Der Oberste Gerichtshof folgte damit der Auffassung des Berufungsgerichts, welches eine Verletzung der Aufsichtspflicht durch die betreuende Kindergartenpädagogin festgestellt hat. Die Kinder rutschten paarweise auf einer in der Sprossenwand in der Höhe von 1,20 Metern eingehängten Langbank, die Pädagogin war selbst anderweitig im Raum beschäftigt und stand daher nicht neben der Rutschkonstruktion.

Aufsichtpflicht richtet sich nach Situation. In seiner Begründung führte das Höchstgericht aus, dass sich das Maß der Aufsichtspflicht danach bestimme, was angesichts des Alters, der Eigenschaft und der Entwicklung des Kindes von der Aufsichtsperson vernünftigerweise verlangt werden könne. Jedenfalls sind konkret vorhersehbare Gefahren zu vermeiden. Die Beantwortung der Frage, ob eine Verletzung der Aufsichtspflicht vorliegt, hängt damit stets von den Umständen des Einzelfalls ab.

Spielen auf gefährlichen Geräten hätte untersagt werden müssen. In einer Entscheidung aus dem Jahr 1997 (10 Ob 2441/96k) wurde vom Höchstgericht klargestellt, dass die Aufsichtspersonen grundsätzlich dafür Vorsorge treffen müssen, dass die an verschiedenen Spielgeräten in einem Hof oder Garten spielenden Kindergruppen ihrer Aufsicht nicht entgleiten. Gerade in dieser Entscheidung (konkret behandelte die Entscheidung aus dem Jahre 1997 den Sturz eines Kindes von einer Wippschaukel) aber warf der Gerichtshof den Kindergartenpädagoginnen keine Verletzung der Aufsichtspflicht vor. Vielmehr hielt er fest, dass die Benützung von Kinderspielplätzen und den dort aufgestellten Spielgeräten immer ein gewisses Risiko in sich birgt, das auch durch sorgfältigste Beaufsichtigung nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann.

OGH hätte nur krasse Fehlentscheidung aufheben können. Die Entscheidung des Höchstgerichts zu dem Unfall in dem kleinen Gemeindekindergarten in der Nähe von Graz ist juristisch nicht in Zweifel zu ziehen: Nur eine krasse Fehlbeurteilung des Berufungsgerichts hätte dem OGH die Möglichkeit geboten, die Entscheidung aufzuheben.

Dass die Entscheidung sowohl bei den Rechtsträgern der institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen in Österreich als auch den dort tätigen Pädagoginnen und anderen Aufsichtspersonen dennoch für große Verunsicherung sorgt, ist nur verständlich. Diese Verunsicherung wird noch lange spürbar bleiben: Bei der täglichen Bewegungseinheit im Kindergarten, bei jeder Turnstunde, bei jedem Wandertag, jedem Eislauftag und jedem Schikurs. Da hilft auch der Verweis auf den Einzelfall wenig.

Mehr Infos auf Kommunalnat.at unter **goo.gl/qSWNsN**

Dr. Martin Huber (Sbg. Gemeindeverband), Sektionschef Georg Kathrein (Zivilrecht), Gemeindebund-Chef Alfred Riedl und Sektionchef Christian Pilnacek (Strafrecht) zeigten eine sehr unterschiedliche Herangehensweisen auf.

Eine immer größere Herausforderung wird auch der Umgang mit Wutbürgern. „Unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind durch die örtliche Nähe für ihre Bürger nicht nur greifbar im positiven Sinne, sondern auch besonders angreifbar“, führte Huber aus.

Handeln auf vielen Ebenen notwendig. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass das bestehende Problem von vielen Seiten angegangen werden muss. Vor allem wird es Veränderungen in den Gesetzen brauchen. Das umfasst zum einen den besseren Schutz vor Diffamierungen, aber auch eine bessere Anwendbarkeit der Gesetze, mit denen die Gemeinden täglich arbeiten müssen. Zudem braucht es auf landesgesetzlicher Ebene eine größere Sensibilität dafür, dass Gesetze in der Praxis ausführbar bleiben und den Gemeinden eine größere Freiheit für praxisnahes Handeln eingeräumt wird. Unbestritten bleibt: Dort wo es gravierendes Fehlverhalten gibt, muss die Justiz eingreifen.

Es braucht gleichzeitig wirksame Schritte, um die Regelungswut in den Griff zu bekommen. Ein wichtiger Ansatz dabei ist, dass die Normierung, die ohne Einbeziehung der Praktiker aus den Gemeinden entsteht, eingedämmt werden muss. Die Normen sind erstens schwer zugänglich und mittlerweile so umfangreich, dass selbst Experten den Überblick verlieren.

Der Gemeindebund-Präsident resümiert: „Wir alle wollen keinen Staat, der seine Bürger in Watte packt. Daher wird es eine Kraftanstrengung vieler Partner brauchen, um die Entwicklung zu stoppen. Diese Enquete war der Startschuss dazu.“

VERSICHERUNGEN IM ÖFFENTLICHEN SEKTOR

(BÜRGER)MEISTERLICH VERSICHERT

Nach wie vor bieten nur wenige Gesellschaften das Versichern der persönliche Haftung von Bürgermeistern an. Andere kommunale Teilbereiche sind hingegen im Kommen.

Für den Bürgermeister kann die Beschaffenheit von Gemeindestraßen im Winter zum ernsten Problem einer persönlichen Haftung werden.

Es ist ein Jammer mit der persönlichen Haftung der Bürgermeister. Als Individuum für etwas verantwortlich gemacht werden zu können, auf das man relaistischerweise gar keinen ausreichenden Einfluß haben kann, lässt viele davon Abstand nehmen, sich für das Amt zur Verfügung zu stellen.

KOMMUNAL ermittelt das Angebot der österreichischen Versicherungsgesellschaften diese Haftungen abzusichern. Die bisher letzte Erhebung in der Ausgabe 4/2016 zeigte ein ernüchterndes Ergebnis. Zur Erinnerung: Die meisten Gesellschaften hatten gar kein entsprechendes Angebot, einige wenige boten eines im Zuge eines (Gemeinde-)Gesamtpaketes an, und einige andere offerieren Individuallösungen je nach spezifischem Fall. So war der Stand vor einenhalb Jahren.

Zeit für ein Update. KOMMUNAL fragte daher neuerlich an, diesmal mit besonderem Fokus auf die gegenwärtigen Trends und auf die Veränderungen die es in den vergangenen einenhalb Jahren auf diesem Gebiet gab.
Wie bedeutend dieses Teilgebiet für manche zu sein scheint, zeigt die Reaktion einer Versicherung, die die exakt wortidenten Antworten der vergangenen Umfrage lieferte, und die somit weder aktuell waren, noch zu den diesmal gestellten Fragen passten.
Doch es gab auch sehr aufschlussreiche, ernstzunehmende Auskünfte, jener Gesellschaften, die speziell für Bürgermeister Versicherungen anbieten. So hat die Uniqa im Frühjahr 2017 ihr Produktangebot neu aufgestellt, Deckungserweiterungen vorgenommen und neue Zusatzbausteine, wie etwa eine Vermögensschadenhaftpflicht für Gemeindeorgane geschaffen. Seit Beginn des Jahres 2017 bietet die Wiener Städtische die Möglichkeit zur Absicherung der finanziellen Folgen durch Cyber-Kriminalität. Interessante Angebote haben auch die Niederösterreichische Versicherung AG sowie die Allianz im Portfolio.

> **„Sämtliche Gemeindeorgane** können für von ihnen im Rahmen ihrer Gemeindetätigkeit zu verantwortende reine Vermögensschäden versichert werden."
>
> **Niederösterreichische Versicherung AG**

Während im Fall von größeren Gemeinden ein ausreichender Versicherungsschutz schon immer Thema war, ist gerade auch bei kleinen Gemeinden nunmehr ein verstärkter Trend zur umfassenden „All-in"-Absicherung beobachtbar, um nicht durch fehlende Deckungen in Haftungsprobleme zu kommen. Auch eine Tendenz zu höheren Versicherungssummen in der Haftpflicht ist bemerkbar. Seit der letzten Erhebung ist das Bewusstsein im Bezug auf Schadensersatzansprüche und eine dahingehende Absicherung signifikant gestiegen.

Aufholbedarf besteht laut den Gesellschaften aktuell vor allem bei der Abfertigungsvorsorge, und - ebenso häufig genannt - bei der Rechtsschutzversicherung. All diese Versicherungslösungen kosten natürlich Geld, und oftmals ist aufgrund der Gemeindebudgets nicht alles finanzierbar. Daher ist eine individuelle Risikoprüfung für die Gemeinde ratsam, um einen optimalen Versicherungsschutz zu finden.

FOTO //shutterstock/Fineart1

FACH- UND BILDUNGSREISE NACH ESTLAND

IM WUNDERLAND **DES DIGITALEN LEBENS**

Ins Musterland des E-Government machte sich eine Delegation heimischer Bürgermeister auf, um von den Esten zu lernen, was man alles online erledigen kann.

TEXT / Daniel Kosak

Es gibt bei uns nur drei Dinge, die mit Behörden zu tun haben, die man nicht online erledigen kann", erklärt Henri Pook, estnischer IT-Experte, den Besuchern aus Österreich: „Heiraten, sich scheiden lassen oder ein Grundstück kaufen. Für diese drei Dinge muss man persönlich erscheinen, alles andere können die Menschen in Estland online erledigen." Seit Jahren schon gilt der kleine baltische Staat als Vorreiter beim E-Government. E-Voting, also die elektronische Stimmabgabe, ist hier eine Selbstverständlichkeit. Bei den jüngsten Kommunalwahlen haben 20 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme auf diesem Weg abgegeben. Die Wahlbeteiligung erhöhe sich dadurch messbar bzw. sinke weniger schnell, sagen die estnischen Experten. „Interessanterweise sind wir mit diesem Modell in zwei Bevölkerungsgruppen besonders erfolgreich: Bei den jungen Leuten und vor allem auch bei älteren Menschen, für die der Weg ins Wahllokal beschwerlich ist", berichtet Pook weiter.

Die Sicherheitsbedenken von IT-Experten nehme man ernst. „Wir wissen, dass das System nie perfekt sein kann. Wenn wir eine Sicherheitslücke schließen, dann taucht eine andere theoretische Möglichkeit auf. Es ist also ein permanenter Prozess, der nie zu Ende ist. Man muss immer dahinter sein, die Gefahren kennen und sie proaktiv bekämpfen." Dennoch sei es bisher zu keinen nennenswerten Problemen gekommen. „Wir haben das weitgehend im Griff, ich persönlich glaube, dass bei anderen Wahlformen, wie etwa der Briefwahl, die Gefahren größer und vielfältiger sind."

Die vielfältigen Online-Angebote estnischer Behörden seien, sagen die Experten, auch ein wesentlicher Grund dafür, dass die Verwaltung des baltischen Staates deutlich weniger personalintensiv als vergleichbare Verwaltungen in Europa sei. Die OECD-Zahlen bestätigen diese These eher nicht. In deren Vergleich zwischen OECD-Staaten wird Estland ein „Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst" ausgewiesen, der deutlich über dem Durchschnitt liegt. Rund 20 Prozent der estnischen Arbeitnehmer sind im öffentlichen Dienst angestellt. Der OECD-Schnitt liegt einige Prozentpunkte darunter. In Österreich arbeiten übrigens rund 16 Prozent aller Arbeitnehmer für den öffentlichen Dienst (inkl. Kammern, Sozialversicherungen und staatliche Betriebe), das ist spürbar unter dem OECD-Durchschnitt.

„Die Digitalisierung ist ein permanenter Prozess, der nie zu Ende ist. Man muss immer dahinter sein, die Gefahren kennen und sie proaktiv bekämpfen"

Henri Pook, estnischer IT-Experte

Online Anwendungen oder der Ausbau von E-Government sind freilich nicht der einzige Bereich, in dem Estland seine Verwaltung weiter reformieren und letztlich auch reduzieren will. Derzeit ist eine große Verwaltungs- und Gemeindereform im Gange, die mit Jahresbeginn 2018 in Kraft treten wird. 213 Gemeinden gab es bisher, in wenigen Monaten sollen es nur noch 79 sein. Um das mit Österreich vergleichen zu können, muss man das in ein sichtbares Verhältnis setzen. Estland ist flächenmäßig ungefähr halb so groß wie Österreich und hat nur 1,3 Millionen Einwohner, davon leben mehr als 400.000 in der Hauptstadt Tallinn. „Der ländliche Raum ist hier also deutlich dünner besiedelt

Oben; Die österreichische Delegation mit dem Dankmal von Gustav Ernesaks, des Organisators der estnischen Sängerfeste zu Zeiten der sowjetischen Besatzung Estlands, in der Mitte.

Kleines Bild links: Delegationsleiter Alfred Riedl, Präsident des Gemeindebundes, und Anders Laisk, Bürgermeister der Gemeinde Saue Vald.

als in Österreich", merkt Gemeindebund-Chef Alfred Riedl an. Er stand an der Spitze der rund 40 österreichischen Bürgermeister, die im Rahmen einer Bildungsreise Estland besuchten. „Wir machen diese Reisen in andere europäische Länder jedes Jahr zwei Mal, um uns einen Eindruck zu verschaffen, wie kommunale Strukturen und Verwaltungen in anderen Ländern sind", erklärt Riedl. „Dieser Blick über den Tellerrand hat uns schon oft die Augen geöffnet und viele Male gezeigt, dass die österreichischen kommunalen Strukturen eigentlich gut funktionieren und eine stabile Grundlage sind, die sehr nah am Bürger arbeitet."

Unumstritten ist die Gemeindereform auch in Estland nicht. „Man erwartet sich natürlich auch bei uns durch die ‚Vergrößerung' der Gemeinden leistungsfähigere und bessere Dienstleistungen", sagt Sirje Ludvig, leitende Mitarbeiterin des estnischen Gemeindebundes (EMOVL). „Es ist schwer vorherzusagen, ob dieser Effekt auch tatsächlich eintreten wird. Der Bürgermeister der neu entstandenen Gemeinde Saue Vald, Anders Laisk, ist ein Befürworter der Reform. „Das Ziel sind Gemeinden mit Einwohnerzahlen zwischen 15.000 und 20.000 Menschen. Unsere Gemeinde hat sich sehr früh auf den Weg gemacht, um diese Fusion vorzubereiten. Wir haben das zu einem Zeitpunkt begonnen, an dem es noch keine detaillierten Pläne der Zentralregierung gab. Dadurch hatten wir einen großen Vorteil, viele Fragen untereinander haben wir zeitgerecht besprechen und verhandeln können."

Die Regierung selbst hatte die Verwaltungsreform unmittelbar nach einer Wahl im Jahr 2015 beschlossen und auf den Weg gebracht. Mit einem sehr ambitionierten Zeitplan. In nur zwei Jahren sollten die Fusionen durchgezogen werden, um mit 1 Jänner 2018 in Kraft treten zu können. Innerhalb des ersten Jahres konnten die Gemeinden freiwillige Fusionen in die Wege leiten und vorbereiten. Gemeinden, die nicht selbst aktiv wurden, mussten mit Zwangsfusionen rechnen. „In rund 20 Fällen gibt es noch höchstgerichtliche Verfahren", berichtet Sirje Ludvig weiter. „In diesen Fällen ist natürlich völlig unklar, ob die Zwangsfusion hält und tatsächlich in wenigen Monaten vollzogen werden kann." Für freiwillige Zusammenschlüsse gab es hohe staatliche Prämien. »

Alfred Riedl, Botschafterin Doris Danler, Bgm.a.D. Rudi Pfneisl und Rupert Dworak, Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes.

Das Ziel der Reform soll naturgemäß kein Selbstzweck sein. „Im Zuge dieses Prozesses wurden auch die Leistungen, die Gemeinden erbringen sollen, vereinheitlicht", so Bürgermeister Anders Laisk. „Das ist sehr wichtig, weil damit klarer wird, was Pflichtaufgaben und was zusätzliche Angebote sind, die man nur erbringen kann, wenn das Geld dafür übrig bleibt." Die Bemühungen machen vor nahezu keinem Bereich halt. Medizinische Versorgung, Schulstandorte, Kinderbetreuung, alles steht auf dem Prüfstand. Die Kinderbetreuung ist auch in Estland Aufgabe der Gemeinden. „Wir haben gelernt, dass es hier überall Elternbeiträge für die Betreuung gibt", so Gemeindebund-Chef Alfred Riedl. „Diese Beiträge liegen bei 70 bis 90 Euro pro Monat, haben also ein ähnliches Niveau wie bei uns in Österreich, nur sind hier die Einkommen deutlich niedriger. Das ist deshalb interessant, weil es bei uns ja eher immer die Diskussion gibt, was alles kostenlos angeboten werden soll." Im Gegensatz zu Österreich stehen auch die Schulen in direkter Zuständigkeit der Kommunen. „Die Standorte sind bei uns vermutlich durchwegs größer, schon allein deshalb, weil wir die gemeinsame Schule der sechs- bis fünfzehnjährigen Kinder haben", sagt der Bürgermeister als die Delegation seine Schule besucht. 900 Kinder werden hier unterrichtet. Sie sind – wie 95 Prozent der estnischen Schulen – im E-Schoolbook-Programm. Das heißt: Tablets ab der ersten Schulstufe, Laptops ab der fünften Schulstufe. Schulbücher gibt es kaum noch, alles läuft digital. Auch der Kontakt zu den Eltern kann vollständig online abgewickelt werden. Hausübungen, Fehlstunden, Schulnachrichten, alles ist digital möglich.

In Fall von Saue Vald scheint die Fusion erfolgreich gewesen zu sein. Vor wenigen Wochen wurden die Gemeindevertretungen der nunmehr neuen Gemeinden gewählt, Anders Laisk hat mit seiner Liste 49 Prozent und damit eine deutliche Wiederwahl erreicht. „Der entscheidende Punkt ist sicher, dass man die Menschen in so einen Prozess einbeziehen muss", so Laisk. „Wir hatten unzählige Bürger/innenversammlungen, Meetings, Informationsveranstaltungen. Das ist aufwändig, hat aber dazu geführt, dass unsere Verwaltung sich hoffentlich verbessern wird.

In der Finanzierung der Kommunen gibt es Parallelen zu Österreich. „Der zentralstaatliche Finanzierungsanteil ist jedoch deutlich höher", berichtet Riedl. Mehr als 80 Prozent der kommunalen Mittel kommen über Zuweisungen des Zentralstaates. „In Österreich heben wir zwei Drittel unserer Einnahmen über Steuern und Gebühren selbst ein, das ist schon ein Unterschied." In der Ausgabenstruktur müssen die estnischen Gemeinden fast 50 Prozent der Einnahmen für den Bereich Kinderbetreuung und Bildung aufwenden, rund zehn Prozent für Sozialleistungen, weitere zehn Prozent für Verwaltung. Das Gehalt der Bürgermeister/innen ist für estnische Verhältnisse hoch. Mit rund 3.000 Euro brutto kann der Chef einer 20.000 Einwohner-Gemeinde rechnen, das ist fast das Dreifache des Durchschnittseinkommens im Land. „In der Privatwirtschaft würde ich jedoch mit diesen Anforderungen wahrscheinlich mehr verdienen", sagt Laisk.

Mit vielen neuen Erkenntnissen kehren die österreichischen Ortschefs nach Hause zurück. „Wir haben ganz sicher einen großen Handlungsbedarf im E-Government", weiß Alfred Riedl. „Da waren wir Anfang des Jahrtausends im europäischen Vergleich weit vorne, diesen Vorsprung haben wir eingebüßt. Online-Behördenwege müssen für die Menschen einfach, aber trotzdem sicher sein. In Estland sagt man: alles, was mehr als drei Klicks braucht, ist den Bürger/innen oft schon zu viel. Daher sind viele Formulare schon durchs Einloggen der Bürger vorab ausgefüllt. Wir werden diese Erkenntnisse in unsere Arbeit mitnehmen und intensiv darüber nachdenken, was davon wir übernehmen können."

Die nächste Fach- und Bildungsreise des Österreichischen Gemeindebundes findet vom 16. bis 19. Mai statt und führt in die bulgarische Hauptstadt Sofia. Wenn Sie Informationen zur Teilnahme erhalten wollen, wenden Sie sich bitte an **service@gemeindebund.gv.at**

„Man erwartet sich natürlich auch bei uns durch die ‚Vergrößerung' der Gemeinden **leistungsfähigere und bessere Dienstleistungen."**

Sirje Ludvig, leitende Mitarbeiterin des estnischen Gemeindebundes (EMOVL)

DANIEL KOSAK IST LEITER DER ABTEILUNG PRESSE UND KOMMUNIKATION DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
daniel.kosak@gemeindebund.gv.at

FOTOS /Gemeindebund

ERTRAGSANTEILE DER GEMEINDEN 2018

GUTE ZUWÄCHSE MIT **GROSSEM ABER**

Sollte sich die konjunkturelle Lage ähnlich weiterentwickeln wie in den vergangenen Monaten, so werden die Ertragsanteile der Gemeinden im Jahr 2018 gute Zuwächse verzeichnen.

Nebenstehende Tabelle zeigt eine Einschätzung der länderweisen Entwicklung der Gemeindeertragsanteile 2018 durch das BMF aus dem Juli 2017. Eine offizielle Aktualisierung dieser Prognose wird es wohl erst mit Amtsantritt des neuen/alten Finanzministers geben, das BMF geht jedoch aktuell davon aus, dass die hier präsentierten Zahlen für 2017 ziemlich genau eintreten werden. Die 2018er-Zahlen für die kassenmäßigen Ertragsanteile (sozusagen die Summe der Vorschüsse, die im Kalenderjahr vereinnahmt werden) dürften noch geringfügig – um bis zu 0,5 Prozentpunkte – höher ausfallen als in der Tabelle dargestellt.

GEMEINDEERTRAGSANTEILE KASSENMÄSSIG

(in Mio. EUR)	2017	2018	+/– in %
Burgenland	248,2	260,7	5,04%
Kärnten	599,3	619,2	4,26%
NÖ	1596,4	1676,3	5,00%
OÖ	1512,3	1588,0	5,01%
Salzburg	670,8	701,3	4,55%
Steiermark	1227,4	1276,8	4,03%
Tirol	869,9	902,9	3,92%
Vorarlberg	462,1	488,8	5,77%
Wien	2604,9	2758,9	5,91%
Gesamt	**9785,0**	**10273,0**	**4,99%**

DATENQUELLE: BMF II/3 Juli 2017

Die länderweisen Unterschiede bei den Zuwachsraten resultieren vor allem aus der Entwicklung der Volkszahl und damit auch des abgestuften Bevölkerungsschlüssel (aBS), der die Bürger von Städten über 50.000 Einwohner um rund 45 Prozent höher gewichtet als jene der Gemeinden bis 10.000 Einwohner (Grundlage ist der Bevölkerungszuwachs vom Stichtag 31. 10. 2015 auf 31. 10. 2016). Dass diese Höher-gewichtung zu hinterfragen ist, zeigte sich zuletzt auch in den Verhandlungen zur Aufgabenorientierung, wonach nicht einmal ein leistungsangebotsbezogener Schlüssel zur Kinderbetreuung der Null- bis Sechsjährigen annähernd an die noch immer bestehende ungleiche Mittelzuteilung nach aBS heranreicht.

Das BMF will Auf(s)gabenorientierung durchpeitschen: Trotz massiver Bedenken von Landes- und Gemeindeseite (Datenqualität, drohende Fehlanreize und finanzielle Folgen sowie die fehlende Aufgabendiskussion und -reform) will das Finanzministerium dennoch die im Paktum zum FAG verankerte Aufgabenorientierung bereits zum 1. Jänner 2018 per Verordnung einführen. Verlierer eines Schlüssels nach Leistungsangebot in der Kinderbetreuung wären vor allem die Gemeinden unter 3000-4000 Einwohner mit geringem oder nur durchschnittlichem Leistungsangebot sowie die Städte über 50.000 Einwohner, wo, wie bereits angeführt, der aBS nicht annähernd durch diese sogenannte Aufgabenorientierung kompensiert werden könnte. Wie viele Gemeinden dann um Teile ihrer jährlichen Zuwächse der Pro-Kopf-Ertragsanteile umfallen würden, hängt vom Volumen der Neuverteilung anstelle der bisherigen aBS-Ertragsanteile ab. Das BMF hat diesbezüglich vor einiger Zeit noch eine Milliarde Euro gefordert. Bei den länderweisen Gemeindeertragsanteilen würden sich demgegenüber auch auf längere Sicht nur marginale Änderungen ergeben, da die Umstellung auf ein solches neues Verteilungsregime landesweise ergebnisneutral durchgeführt werden würde.

Ein zweites Aber zur an sich guten Ertragsanteile-Prognose für 2018 stellen die zu erwartenden enormen Umlagensteigerungen im Sozialbereich dar, die durch die mit Nationalratsbeschluss vom 29. 7. 2017 erfolgte Abschaffung des Vermögensregresses in der Pflege massiv befeuert werden, so der Bund nicht noch rasch die vollen finanziellen Auswirkungen seiner ASVG-Änderung ersetzt, wie dies die Konsultationsvereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vorsieht.

KONRAD GSCHWANDTNER
Bakk. BA, ist Fachreferent in der Abteilung Recht und Internationales des Österreichischen Gemeindebundes
konrad.gschwandtner@gemeindebund.gv.at

SICHERE GEMEINDEN

LEBEN MIT NATURGEFAHREN

Hochwasser, Muren, Steinschlag und Lawinen: Der Alpenraum ist von den Folgen des Klimawandels besonders stark betroffen. Österreich meistert diese Herausforderung mit viel Erfahrung, umfassenden Schutzkonzepten und einem reichen Waldbestand.

In den Alpen ist rund ein Fünftel des Lebensraums von Naturgefahren bedroht. Österreich hat in den vergangenen Jahrzehnten gut vorgesorgt. 200 Mio. Euro stellt das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) pro Jahr für neue Schutzmaßnahmen bereit. Doch besonders wichtig ist es, selbst vorauszuplanen: Gefahrenzonenpläne informieren die Gemeinden über vorherrschende Gefahren und Risiken. Die Webseiten naturgefahren.at und hochwasserrisiko.at klären auf, welche Gebiete gefährdet sind und in welchen Zonen keine Gebäude errichtet werden sollen.

Schutzleistungen für Österreich. Heftige Unwetter, starker Regen und Hagel stellten die Schutzbauwerke der Bundeswasserbauverwaltung sowie der Wildbach- und Lawinenverbauung Anfang August auf eine harte Probe. Ohne entsprechende Schutzmaßnahmen hätten die Naturgewalten zahlreiche Häuser zerstört, Straßen unpassierbar gemacht und das Leben vieler Menschen gefährdet. Aktive Schutzmaßnahmen wie beispielsweise Rückhaltebecken, Gewässeraufweitungen, Altarmanbindungen, Murbrecher, Dämme, Steinschlagnetze oder Lawinenverbauungen sorgen für direkten Schutz der Siedlungsräume. Darüber hinaus unternimmt das BMLFUW große Anstrengungen, natürliche Hochwasserretentionsflächen, naturbelassene Fließgewässer sowie einen klimafitten Schutzwald zu erhalten. Wenn die natürliche Schutzwirkung nicht ausreicht, erhöhen Warnsysteme für Hochwasser und Lawinen die Sicherheit der Bevölkerung. Funktionsfähige Schutzinfrastruktur hilft den österreichischen Gemeinden, noch viel größere Schäden zu verhindern.

Entscheidend ist auch, dass diese Schutzleistungen regelmäßig instand gehalten und überwacht werden. Die große Herausforderung der Zukunft besteht darin, leistungsfähige und ausfallsichere Schutzsysteme zu entwickeln, um die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten zu können. Die Wildbach- und Lawinenverbauung (WLV) sowie die Bundeswasserbauverwaltung (BWV) setzen mit ihren Projekten Meilensteine für den Schutz vor Naturgefahren.

Regionale Kooperationen. Die Schutzinfrastruktur umzusetzen sowie zu erhalten ist mit einem hohen wirtschaftlichen und organisatorischen Aufwand verbunden. Diesen können einzelne Bürgerinnen und Bürger oder die Gemeinden kaum alleine bewältigen. Umso wichtiger sind regionale Kooperationen: Wasserverbände, Wassergenossenschaften oder lokale Netzwerke finanzieren und tragen die Schutzleistungen gemeinsam. Nur wenn alle an einem Strang ziehen und gemeinsam vorsorgen, ist ein nachhaltiger Schutz gesichert. Als Vorzeigebeispiele gelten die Arbeitsgemeinschaft Hochwasserschutz bzw. die Wildbachgenossenschaften in Salzburg.

TIPP: Die Broschüre „Leben mit Naturgefahren – Ratgeber für die Eigenvorsorge bei Hochwasser, Muren, Lawinen, Steinschlag und Rutschungen“ kann kostenlos unter: **broschuerenservice-wasser@bmlfuw.gv.at** bestellt werden. Weitere Infos: **bmlfuw.gv.at/schwerpunkte/Vorsorge-Naturgefahren**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLFUW

KLIMAAKTIV

Abfallwirtschaftspreis „PHÖNIX 2018“ ausgeschrieben

Zum 15. Mal wird der Abfallwirtschaftspreis „PHÖNIX – Einfall statt Abfall“ ausgeschrieben. Gesucht werden kreative Lösungen und Konzepte, die zu einer nachhaltigen Entwicklung der Abfallwirtschaft beitragen – z. B. aus den Gebieten der Technik, der Wissenschaft, der abfallwirtschaftlichen Praxis, aber auch der Öffentlichkeitsarbeit. Zentrale Beurteilungskriterien sind Praxistauglichkeit, Nachhaltigkeit und abfallwirtschaftliche Relevanz. Einreichschluss ist der 16. Februar 2018.

Das Preisgeld für den Hauptpreis beträgt insgesamt 8000 Euro, zusätzlich werden die Sonderpreise „Abfallvermeidung“ und „Zukunft denken – junge Ideen für die Abfallwirtschaft“ (Altersgrenze 35 Jahre) vergeben.

FOTO // ÖWAV

Der PHÖNIX ist eine Initiative des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) und des Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverbands (ÖWAV). Die Teilnahme steht österreichweit allen frei. Besonders angesprochen sind Unternehmen aus Gewerbe, Industrie, Handel und Abfallwirtschaft, Verbände, Vereine, Körperschaften, Gemeinden, Gestalterinnen und Gestalter von Kampagnen und Events (beispielsweise Agenturen), Universitätsinstitute sowie Universitäten und Fachhochschulen, aber auch Schulklassen mit Projektarbeiten und Privatpersonen.

Die Preisverleihung findet am 17. April 2018 im Rahmen der Abfallwirtschaftstagung in Salzburg statt.

Die Einreich-Unterlagen stehen unter **www.oewav.at/phoenix2018** zum Download zur Verfügung.
Sie können auch beim ÖWAV, Tel. 01 / 535 57 20, **randl@oewav.at** angefordert werden.

FOTO // Karl Strauch, Air Media

HEIMAT. LAND. LEBENSWERT.

Friederike Pirringer macht das Burgenland lebenswert. Die Präsidentin des Roten Kreuzes Burgenland stellt die flächendeckende medizinische Versorgung ihrer Region sicher – für mehr Gesundheit am Land, für eine lebenswerte Heimat, gegen Abwanderung. Machen auch Sie Ihre Region lebenswerter. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft einen Masterplan entwickelt, um den ländlichen Raum zukunftsfit zu machen.

Schon heute fördert das BMLFUW – im Rahmen des Programms LE 2020 – soziale Dienstleistungen am Land mit rund 235 Mio. Euro. Nähere Informationen zu diesen und weiteren über 250.000 bereits realisierten Projekten des BMLFUW finden Sie auf **heimat-land-lebenswert.at**

MINISTERIUM
FÜR EIN
LEBENSWERTES
ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT,
UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT

EINSATZLEIT- UND KOMMUNIKATIONSSYSTEM

POLIZEI **AM PULS DER ZEIT**

Das Innenministerium führt ein neues Einsatzleit- und Kommunikationssystem (ELKOS) ein. Die derzeit neun Landesleitzentralen und 90 Bezirks- und Stadtleitstellen werden bis Anfang 2019 zu neun Landesleitzentralen zusammengeführt.

Die Generaldirektorin für die öffentliche Sicherheit, Dr. Michaela Kardeis, erklärte die Vorteile anhand eines Beispiels.

FOTO // BM.I/Gerd Pachauer

Im Bundesministerium für Inneres wird ein bundesweit einheitliches Einsatzleit- und Kommunikationssystem (ELKOS) eingeführt. Jede Landespolizeidirektion bekommt eine zentrale Leitstelle, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Notrufe im jeweiligen Bundesland entgegennehmen und Polizistinnen und Polizisten an die Einsatzorte entsenden. Mit ELKOS wird die Einsatzsteuerung erleichtert und so die Effizienz der Notrufbearbeitung gesteigert. Die Polizei wird künftig noch schneller beim Bürger sein.

Eine Landesleitzentrale pro Bundesland. In den Bundesländern werden polizeiliche Einsätze derzeit von neun Landesleitzentralen und 90 Bezirks- und Stadtleitstellen bearbeitet. Es gibt kein bundesweit einheitliches Einsatzleitsystem (ELS). In Wien und Vorarlberg gibt es jeweils ein lokales Einsatzleitsystem. Mit dem einheitlichen Einsatzleit- und Kommunikationssystem „ELKOS“ sollen die Leitzentralen und Leitstellen in je einer Landesleitzentrale pro Bundesland gebündelt werden.

Polizei künftig noch schneller beim Bürger. Mit dem ELKOS soll österreichweit eine Schnittstelle der Polizei mit anderen Einsatzorganisationen eingerichtet werden. Die Bürger sollen künftig ihre Daten beim Notruf nur einmal bekannt geben müssen. Auch wenn sie später an einen anderen zuständigen Notruf weiterverbunden werden, etwa den Notruf der Rettung (144) oder der Feuerwehr (122), werden die Daten automatisiert weitergegeben. Die Polizei ist somit noch schneller bei den Menschen und hilft mit, dass die Wege zu anderen Einsatzorganisationen verkürzt werden.
Das System der neuen Leitzentralen trägt auch dazu bei, die Hilfeleistungskette zu beschleunigen. Vom System werden automatisch Einsatzfahrzeuge angezeigt, die sich dem Einsatzort am nächsten befinden. Was früher auf Bezirke beschränkt war, funktioniert in Zukunft bezirks- und länderübergreifend. In Not geratene Menschen bekommen so noch schneller Hilfe.

Niederösterreich als Vorreiter. In Kooperation mit dem Land Niederösterreich erfolgte die gemeinsame Ausschreibung des Einsatzleit- und Kommunikationssystems, welches in einer individuellen Entwicklung in der Landeswarnzentrale sowie den niederösterreichischen Feuerwehrleitstellen zum Einsatz kommen wird. Größtmögliche Synergie wird – neben Nutzung der gleichen technologischen Plattform – vor allem durch den gemeinsamen Betrieb in zentralen Rechenzentren des Innenministeriums und der nahtlosen wechselseitigen Informationsweitergabe im Bedarfsfall erzielt. Die Notrufstruktur und die Leitstellen außerhalb der Polizei bleiben unverändert (Feuerwehr:122, Rettung:144).

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR INNERES

www.bmf.gv.at/aanv

BMF
BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

Neu: Steuergutschrift kommt automatisch

BMF/Colourbox

Antragslose Arbeitnehmerveranlagung: Ersparen Sie sich den Weg zum Finanzamt und profitieren Sie von einem neuen Service. Ihre Steuergutschrift für 2016 erhalten Sie in der zweiten Jahreshälfte 2017 einfach automatisch.

Wann bekommen Sie die automatische Gutschrift?

Unter diesen Voraussetzungen zahlt Ihr Finanzamt zu viel einbehaltene Lohnsteuer ohne einen Antrag automatisch zurück:

- Sie haben bis Ende Juni 2017 keine Arbeitnehmerveranlagung für 2016 beantragt.
- Sie haben 2016 nur lohnsteuerpflichtige Einkünfte bezogen.
- Sie haben 2015 und 2016 weder Werbungskosten noch Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen oder etwa den Alleinverdiener- oder Alleinerzieherabsetzbetrag geltend gemacht.

Das soll gewährleisten, dass eine nachträgliche Änderung nicht mehr erforderlich ist.

Warum ab Juli 2017?

Bis dahin wurden die meisten Arbeitnehmerveranlagungserklärungen zur Berücksichtigung von steuerlichen Abzugsposten abgegeben. Wer das nicht gemacht hat, profitiert von der automatischen Arbeitnehmerveranlagung und bekommt seine Gutschrift überwiesen.

Gute Nachrichten vom Finanzamt

Wenn Sie für die Antragslose Arbeitnehmerveranlagung in Frage kommen, erhalten Sie in der zweiten Jahreshälfte 2017 ein Informationsschreiben. Das Finanzamt bittet Sie darin, Ihre Kontodaten bekannt zu geben oder zu überprüfen und mögliche Änderungen zu melden. Stimmen die Kontodaten, müssen Sie nichts weiter tun. Sie erhalten einen Bescheid und die Steuergutschrift wird rund 5 bis 6 Wochen nach Erhalt des Informationsschreibens auf das Konto ausbezahlt.

FACT-BOX

Wussten Sie, dass...

... pro Jahr rund 3,5 Millionen Arbeitnehmerveranlagungen im Finanzamt eingehen?
... 200 Millionen Euro an Steuergutschriften nie abgeholt werden?
... Sie Ihre Steuerangelegenheiten 24 Stunden am Tag und ortsunabhängig online erledigen können? FinanzOnline macht es möglich: www.finanzonline.at.

Mehr über die Antragslose Arbeitnehmerveranlagung finden Sie auf: **www.bmf.gv.at/aanv**

Entgeltliche Einschaltung des Bundesministeriums für Finanzen

GESTALTEN & ARBEITEN

ZUTRITTSKONTROLLE
„Sesam öffne dich“ für Müllplatz und Co.
Seite 44

CYBERKRIMINALITÄT
Schutz der Daten im digitalen Zeitalter
Seite 48

STRASSENLATERNEN
Intelligente Lampen bringen mehr Sicherheit
Seite 56

Gleich zur Beruhigung: Eine so massive antike Schiffs-Sperrkette wie auf unserem Bild wird anders als zu Denkmalzwecken kaum in Sinne auch nur einer Gemeinde sein. Aber sie kennzeichnet wohl die immer mehr angeheizte allgemeine Stimmung durch die ständigen Rufe nach „mehr Sicherheit“. Gerade in Österreich gibt es derzeit keinen besonderen Grund, besorgt zu sein. Panikmache hört man allenfalls bei polemischen Reden und durchsichtigen politischen Forderungen.

FOTO // shutterstock/Kenny1

HOCHSICHERHEITSZONE ODER ÖFFENTLICHER RAUM

DIE VIELEN ASPEKTE DER SICHEREN GEMEINDE

Früher einmal war „Sichere Gemeinde“ mehr oder weniger klar definiert: Je kleiner die Gemeinde, je geringer die Bevölkerung, desto sicherer. Auf Naturgefahren musste aufgepasst werden, schon klar. Heutzutage hat sich das Szenario merklich verändert: Gegen Einbrüche ist mehr und besseres Licht gefordert, Kameras werden überall angeschlossen, bei Dorffesten wachsen plötzlich Poller aus dem Boden und Zugänge sowie alle Computer müssen wie Fort Knox gesichert sein. Ein Überblick ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

TEXT / Hans Braun

Der Spagat zwischen Terror und Partylaune“ Das ist nur eine der Schlagzeilen, die in Zeitungen in ganz Europa lange nach den Anschlägen in Städten wie Nizza, Berlin, Paris oder London für Aufmerksamkeit sorgten. Auch kleinere Kommunen waren schon von terroristisch motivierten Anschlägen mit Fahrzeugen betroffen. Die Rufe nach Schutzmaßnahmen sind seither nicht verstummt. Und wenngleich Österreich derzeit nicht im Zentrum der Gefahr steht, ist eine Verunsicherung nicht von der Hand zu weisen. Oft schüren Boulevardzeitungen oder bestimmte Gruppen von Politikern, die mit reißerischen Schlagzeilen arbeiten und gerade die Verunsicherung und Ängste der Bervölkerung schüren wollen. In den allermeisten Fällen ist wenig bis nichts dran.

Gesetzt den Fall, dass sich die Bedrohungslage in Europa außerhalb besonders gefährdeter Metropolen stark ins Negative verändert, wird auch die öffentlichen Hand reagieren müssen. Eine Kooperation mit den Sicherheitsbehörden sollte selbstverständlich sein. Gepäckkontrollen oder gar Rucksackverbote sind bei Feierlichkeiten und Veranstaltungen, wie etwa Konzerten, mittlerweile obligatorisch; oft beginnen die Kontrollen schon vor den eigentlichen Gefahrenzonen. In Israel sind beispielsweise erste Checkpoints schon weit vor Flughäfen üblich, aber die Bedrohungslage dort ist auch eine wesentlich größere.

Was sich in Österreich anbietet, ist die dauerhafte Absicherung historischer Zentren mit Pollern oder anderen massiven Hindernisse. Poller bieten sich sowohl aus optischen wie auch aus praktischen Gründen an. So können Zufahrten für Rettungs- oder Sicherheitsdienste gewährleistet werden, auch die Reinigungsfahrzeuge der Kommune können problemlos durchfahren. Da solche Lösungen aber relativ kostenintensiv sind, sollten sie gut überlegt sein. Konzepte mit Experten, an welchen Stellen welche Art von Pollern – versenkbar oder fix – sollten einer Bestellung jedenfalls vorangehen. Und vermutlich sollten schon im Vorfeld auch die Anrainer und die örtliche Wirtschaft mit ins Boot geholt werden.

In historischen Ortskernen oder in sogenannten Begegnungszonen bieten sich Poller zur Begrenzung des Verkehrs ebenfalls an. Das ist aber auch nur dort möglich, wo der Verkehr über andere Routen geführt werden kann. Für diese Fälle wird es vernünftig sein, schon im Vorfeld mit Verkehrsplanern zu reden.

Massive Betonblöcke sind deutlich kostengünstiger, helfen aber eher nur bei kurzfristigen Einsätzen wie bei eintägigen lokalen Straßen- oder Marktplatzfesten. Sie werden mit Kranwägen abgestellt und nach dem Fest wieder abgeholt und fertig – Arbeiten, die möglicherweise auch der eigene Bauhof erledigen kann.

Festumzüge durch gewisse Teile einer Gemeinde wie zu Ostern oder im Fasching sind etwas komplizierter zu sperren. In gewissen Umfängen könnte es genügen, schwere Fahrzeuge – beispielsweise Feuerwehr-Lkw – so an den Zufahrten zu positionieren, dass die weitere Zufahrt nicht so ohne weiteres möglich ist. Auf dem Markt erhältlich sind auch jede Menge anderer mobiler Sperren, die ihre Zwecke sicher erfüllen. In all diesen Beispielen ist natürlich auch zu bedenken, dass eine hundertprozentige Sicherheit nicht möglich ist. Restrisiken sind nie auszuschließen.

Was auf alle Fälle sicher eine erhebliche Erleichterung für Gemeinden bringt, ist das Lernen aus Erfahrungen anderer Gemeinden. Diese Netzwerke bestehen bereits (Stichwort Gemeindekooperationen) oder sind für den speziellen Fall „Sicherheit“ gerade im Aufbau begriffen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Ansatz der

LINKS ZUM THEMA

goo.gl/fb2CyL

Der Aktionsplan der EU als PDF (auf Englisch)

https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-security/20171018_action_plan_to_improve_the_protection_of_public_spaces_en.pdf

Die bekannten Betonblöcke bieten auch Sicherheit, sind aber alles andere als ein Blickfang. Dennoch können sie ihren Zweck erfüllen.

Großes Bild oben: Fixe und versenkbare Poller sind das Maß aller Dinge, aber aufgrund der Kosten nicht leicht umsetzbar.

Darunter: Mobile Sperren sind schnell auf- und abgebaut, halten aber vermutlich nicht alle Fahrzeuge auf.

Links Mitte: Massive Stahlsperren wie dieses Beispiel aus Jordanien blocken zwar vermutlich alles ab, wirken für Europa aber doch ein wenig übertrieben.

Links unten: Informationsmöglichkeiten wie eine Aufklärung über die IP-Codes (das Kürzel steht für International Protectio) und die verschiedensten Poller und Schließsysteme gibt es auf Plattformen wie www.kommunalbedarf.at

Europäischen Union, den Gemeinden (in erster Linie sind hier größere Kommunen, sprich Städte gemeint, die eher „in der Schusslinie“ stehen), so eine Plattform zu bieten. Anders als die von Boulevardzeitungen kolportierten Meldungen, dass die EU den Gemeinden Sicherheitsmaßnahmen aufzwingen will oder gar in die örtliche Raumplanung eingreift, ist dabei an „ein Lernen von den anderen gedacht“.

Der Aktionsplan für einen besseren Schutz des öffentlichen Raums zielt vielmehr darauf ab, den Best-Practice-Austausch zu fördern und voneinander zu lernen. Viele Maßnahmen werden derzeit punktuell von Städten, Mitgliedstaaten oder der Privatwirtschaft umgesetzt. Der Aktionsplan will durch die Einrichtung bzw. Unterstützung von Expertengruppen und Netzwerken dabei helfen, vorhandenes Wissen zu bündeln und definierten Zielgruppen zugänglich zu machen.

Noch in diesem Jahr werden 18,5 Millionen Euro aus dem Sicherheitsfonds für transnationale Projekte zum Schutz des öffentlichen Raums reserviert, in einem Jahr ist mit einer Ausschreibung über 100 Millionen Euro aus dem Programm innovative Stadtentwicklung (Urban Innovative Actions) zu rechnen, die sich primär dem Thema Sicherheit widmen wird. Hier darf aber der Hinweis nicht fehlen, dass sich daran nur Städte bzw. interkommunale Kooperationen beteiligen können, die mindestens 50.000 Einwohner umfassen.

FOTO //shutterstock/Bespaly, Vladj55,Quality Stock Arts, Stig Alenas

VTA-GRUPPE – VERFAHRENSTECHNOLOGISCHE ABWASSERAUFBEREITUNG

INNOVATION, DIE SICH RECHNET

Österreichs größte Weinbaugemeinde setzt bei der Abwasserreinigung auf innovative Lösungen von VTA. Der Erfolg ist beeindruckend, auch zu den belastungsstärksten Spitzenzeiten.

Eine Kläranlage im Top-Zustand dank erfolgreicher Zusammenarbeit: (v. l.) Dieter Horvath (Gemeindeamt Gols), Klärwärter Thomas Hafner, Bernhard Scheuringer (VTA), Bürgermeister Dir. Hans Schrammel, Vizebürgermeister Hans Hackstock.

Die Weinlese ist für Kläranlagen in Weinbauregionen alljährlich eine enorme Herausforderung: Große Abwassermengen, Trester, Hefe und andere Inhaltsstoffe bringen vor allem die Biologie der Anlagen oft an ihre Grenzen. Dieses Problem kennt man auch in Österreichs größtem Weinbauort Gols und der Nachbargemeinde Mönchhof. Die Kläranlage, die von den beiden Gemeinden im Bezirk Neusiedl gemeinsam betrieben wird, muss während der Lese im Herbst mit Belastungen bis zu 100.000 Einwohnerwerten (EW) pro Tag fertig werden – dem Zweieinhalbfachen der Ausbaugröße von 40.000 EW.

Doch auch in diesen belastungsintensiven Wochen präsentiert sich die Anlage – die achtgrößte im Burgenland – wie aus dem Lehrbuch: Das Nachklärbecken zeigt eine spiegelglatte Oberfläche, ohne jede Spur von Schwimmschlamm und mit einer Sichttiefe, die Fachleute begeistert.

Seit in Gols-Mönchhof VTA Nanofloc® eingesetzt wird, ist Schwimmschlamm dort auch unter Höchstbelastung kein Thema mehr. Außerhalb der Weinlese-Kampagne wird die – ohnehin geringe – Nanofloc-Dosierung weiter zurückgenommen und durch VTA VinoPur ergänzt. VTA Vinopur wurde nach eingehenden biologischen Analysen und Labor-Analysen speziell für die Abwasserreinigung in Weinbaugebieten entwickelt und nun erstmals in Gols-Mönchhof eingesetzt. Dieses Produkt sorgt für eine hervorragende Phosphor-Fällung und enthält einen Vitaminkomplex, der den Mikroorganismen im Belebtschlamm das ganze Jahr über jene Nährstoffe liefert, die sie für eine perfekte Arbeit brauchen.

Mehr Sicherheit, weniger Kosten. Die hochwertigen VTA-Produkte bieten aber nicht nur Betriebssicherheit selbst unter extremen Belastungen, sondern rechnen sich auch. Denn sie verbessern den Sauerstoffeintrag, wodurch weit weniger Energie für die Belüftung verbraucht wird. Und sie sorgen dafür, dass sich Klärschlamm beim Pressen besser entwässern lässt – das spart Entsorgungskosten. Die Bürgermeister Hans Schrammel (Gols) und Josef Kolby (Mönchhof) bestätigen den Erfolg der Zusammenarbeit mit VTA.

REVOLUTIONÄRE NANOTECHNOLOGIE

Mit VTA Nanofloc® hat die VTA-Gruppe aus Rottenbach (Oberösterreich) ein High-Tech-Produkt auf Nanotechnologie-Basis entwickelt, das längst weltweit erfolgreich verwendet wird. Durch Nano-Partikel in einer speziellen Nano-Matrix erhöht VTA Nanofloc® den Sauerstoffübertrag und die Flockendichte in der biologischen Reinigungsstufe. Die Flocken werden stabiler, dadurch verbessert sich das Absetzverhalten nachweislich und konkurrenzlos.

we clean water

MEHR INFORMATIONEN
VTA Austria GmbH
Umweltpark 1
4681 Rottenbach
- Tel.: +43 7732 4133-0
- E-Mail: vta@vta.cc
- Web: **www.vta.cc**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ÖWD IST VIELFÄLTIGER DIENSTLEISTER FÜR GEMEINDEN

INDIVIDUELLER SERVICE STATT STANDARDLÖSUNG

Wenn man ÖWD hört, denkt man an Sicherheitsdienst – dabei ist das Salzburger Familienunternehmen mit seinen 5 Tochterfirmen auch einer der größten österreichischen Full-Service-Anbieter. Dank langjähriger Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Kommunen kann ÖWD SECURITY & SERVICES individuelle Lösungen für die vielfältigen Ansprüche Ihrer Gemeinde bieten.

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis, das einen Großteil unserer Lebensqualität ausmacht. Und Sicherheit beginnt bei den Dienstleistungen des ÖWD bereits im Kleinen, z. B. bei der Schulwegsicherung. Diese kommt speziell an gefährlichen Straßenüberquerungen oder bei hohem Verkehrsaufkommen zum Einsatz. Eine weitere oft genutzte Leistung ist der mobile Streifendienst, bei dem Parks, Spielplätze oder soziale Zentren regelmäßig kontrolliert werden, um Verunreinigungen oder Sachbeschädigungen vorzubeugen. Außerdem wird überprüft, ob Gemeindeverordnungen, wie z. B. Hundeleinenzwang, Alkoholverbote oder Sperrstunden, eingehalten werden.

Ein sicheres Umfeld

Klassische Sicherheitsdienstleistungen, wie die Absicherung von Veranstaltungen, aber auch Geschwindigkeitsmessungen oder die Parkraumüberwachung durch vereidigte Straßenaufsichtsorgane, tragen ebenso zur allgemeinen Sicherheit bei. Ideal ergänzt wird der personelle Bereich durch modernste Sicherheitstechnik. Diese reicht von Videoüberwachungssystemen und Alarmanlagen bis hin zu Zutrittssystemen, welche erkennen, ob eine Person Befugnis zum Betreten eines Raumes hat.

Hygienische Reinigung

Die mehr als 2800 Mitarbeiter des ÖWD sorgen aber nicht nur für ein sicheres, sondern auch für ein sauberes Umfeld. Dies reicht von der Reinigung öffentlicher Gebäude, wie Schulen oder Gemeindeämtern, bis hin zu Grünanlagenpflege und Winterdienst. Ein weitreichendes Filialnetz garantiert den schnellen und ortsnahen Einsatz.
Zudem achtet der ÖWD stets auf eine gründliche und ökologische Vorgehensweise im Bereich der Gebäudereinigung. Aus diesem Grund verfügt das Unternehmen auch über Zertifikate im Arbeitsschutz-, Qualitäts- und Umweltmanagement.

Beratung ist immer die Basis

Damit ein passendes Konzept für die individuellen Ansprüche Ihrer Kommune erstellt werden kann, sind zunächst einmal umfassende Gespräche nötig. Anhand dieser und unter Berücksichtigung des Kundenwunsches wird schließlich ein optimales Lösungskonzept entwickelt. Die Qualität der Leistung steht dabei stets im Vordergrund - für den Schutz von Menschen und deren Werte.

ÖWD
SECURITY & SERVICES

MEHR INFORMATIONEN
unter
www.owd.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ZUTRITTSKONTROLLEN FÜR GEMEINDEN

SESAM, **ÖFFNE DICH**

Elektronisch geregelte Zutritte sind nicht nur für Häuser wie Gemeindeämter State of the Art, auch der Zugang zu Müllsammelzentren beispielsweise kann so geregelt werden. Die Frage ist nur, wie.

Grundsätzlich sind elektronisch geregelte Zutritte keine neue Erfindung. In vielen Gemeinden wird zum Beispiel den Bürgern die Möglichkeit geboten, auch außerhalb der Dienstzeiten Müll zu Sammelzentren zu bringen. Denkbar ist auch, die Info-Points in den Vorräumen des Gemeindeamtes so zu öffnen. Besucher – auch externe – hätten so die Möglichkeit, via Folder oder speziellen Computerterminals Infomaterial zu Hotels, Gaststätten oder Ausflugsmöglichkeiten zu erhalten.

Allerdings gibt es ein paar Kleinigkeiten zu bedenken. Sichergestellt muss sein, dass die Zutritte nur erlaubte Bereiche betreffen und heikle Räume, wo beispielsweise Akten oder Unterlagen der Meldeämter liegen, verschlossen bleiben. Das ist im Wesentlichen keine große Sache mehr heutzutage. Wie die Zugänge technisch geregelt werden, bleibt der Gemeinde überlassen. Lösungen gibt es in Hülle und Fülle.

Wichtig ist, dass es in diesen Bereichen elektronische Überwachungen geben sollte. Das ist zum Schutz vor Vandalismus oder aus Haftungsfragen unerlässlich. Eine gute Quelle der Informationen dazu bietet die Website der österreichischen Datenschutzkommission.

LINKS ZUR DATENSCHUTZ-KOMMISSION

Fragen und Antworten
www.dsb.gv.at/fragen-und-antworten
oder
Videoüberwachung im privaten Bereich:
http://archiv.dsb.gv.at/site/6301/

Die Frage der Meldepflicht für Videoüberwachungen ist eine weitere, mit der sich die Gemeinden befassen sollten. Hier scheint es aber Klarheit zu geben: „Verschlüsselte Videoüberwachung … zu einem ausschließlich vom öffentlichen Rechtsträger … genutzten Verwaltungsgebäude … zum Zweck des Eigentumsschutzes und des Verantwortungsschutzes, der Verhinderung, Eindämmung und Aufklärung strafrechtlich relevanten Verhaltens, soweit hievon der Aufgabenbereich des Auftraggebers betroffen ist, mit ausschließlicher Auswertung in dem durch den Zweck definierten Anlassfall, wobei sich die Zulässigkeit der Videoüberwachung nach § 50a DSG 2000 richtet."

Im Grunde genommen bedeutet diese Bestimmung nichts anderes, als dass die Gemeinde zum Eigentumsschutz und zum Verantwortungsschutz Videoüberwachung durchführen darf. Und zwar ohne eine vorherige Meldung bei einer übergeordneten Stelle. Der Bereich der Überwachung muss nur klar ausgeschildert sein. Es darf über das Wochenende, über Nacht aufgezeichnet werden, die Aufnahmen müssen aber sofort nach Durchsicht gelöscht werden (Quelle: KOMMUNAL 1/2013 & 12/2012).

FOTO /shutterstock/ Paul Velgos

DIE APP „KATWARN“ SCHICKT INFORMATIONEN DIREKT AUFS HANDY

Schnelle Warnung bei Gefahren und Katastrophenfällen

Seit Sommer ist die Warndienst-App „KATWARN Österreich/Austria“ im Probebetrieb. Seither wurden 60.000 Downloads verzeichnet. Die App ermöglicht es den Behörden, Warninformationen direkt an Mobiltelefone betroffener Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu senden.

Die Funktionsweise der App wird derzeit erprobt. Länder und Gemeinden sollen eingebunden werden. „Wir können KATWARN bereits für Warnungen der Polizei nutzen, etwa bei Terroranschlägen oder Amokläufen“, berichtet Robert Stocker, Leiter der Abteilung Krisen- und Katastrophenschutzmanagement im Innenministerium. Die App speichert keine personenbezogenen Daten und kann kein Bewegungsprofil der Nutzer erstellen.

Bisher wurde einmal ein Alarm über die KATWARN-App ausgelöst. Beim Fund einer Fliegerbombe in Niederösterreich konnten Anrainer direkt informiert werden. KATWARN liefert auch Verhaltensempfehlungen für die jeweilige Gefahrensituation. Als nächsten Schritt arbeitet man derzeit gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium und der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik an der Erstellung von Kategorien für Hitze-, Kälte- und Sturmwarnungen. Diese sollen dann Gemeinden auf ihrer Verantwortungsebene nutzen können. „Das kann auch für den Tourismus wichtig sein, wenn man etwa Gästen sagen kann, dass ein Schilift wegen Windgefahr nicht bis zur Bergstation fährt“, meint Robert Stocker.

KATWARN liefert auch Verhaltensempfehlungen für die jeweilige Gefahrensituation.

Wir schützen Werte und halten Ordnung

www.owd.at

ÖWD SECURITY & SERVICES

PROFESSIONELLER OBJEKTSCHUTZ VON FAAC

POLLER: FLEXIBLE ZUFAHRTSREGELUNG MIT DESIGNANSPRUCH

Mit den FAAC Poller- und Schrankensystemen können Zugänge zu Innenstädten, Parkplätzen sowie sicherheitstechnisch relevanten Bereichen flexibel und sicher gesteuert werden.

Das Thema Sicherheit, insbesondere die Zufahrtssicherheit, wird bei Städten und Gemeinden immer wichtiger. Einfach, flexibel und ästhetisch ansprechend lässt sich das mit Poller- und Schrankensystemen umsetzen.

KOMMUNAL hat darüber mit Thomas Vogel, Geschäftsführer der FAAC GmbH, dem Marktführer für Poller- und Schrankensystemen, gesprochen.

Herr Vogel, aufgrund der jüngsten Entwicklungen stehen auch mittlere und kleinere Gemeinden vor der Frage, wie ihre Infrastruktur und die Menschen ihrer Gemeinden vor Anschlägen geschützt werden könnten. Was sind aus Ihrer Sicht die Vorteile von Pollern?

Durch den Einsatz von Pollern können die Zufahrten zu Innenstädten, öffentlichen und privaten Plätzen sowie sicherheitstechnisch relevanten Bereichen flexibel und sicher gesteuert werden.

Poller fügen sich aufgrund ihrer kompakten und platzsparenden sowie optisch ansprechenden Bauform ideal in das Stadtbild oder die unmittelbare Umgebung ein. Halbautomatische und automatische Poller können versenkt und somit im Bedarfsfall unsichtbar gemacht werden.

Sicherheitspoller mit Anpralllasten von bis zu 7,5 t Gewicht, bei Geschwindigkeiten von bis zu 80 km/h, bieten einen zuverlässigen Schutz vor Angriffen mit Pkw bzw. Lkw. Diese Produkte kommen in der Regel an Hauptzufahrten von Gebäuden oder öffentlichen Plätzen, auch im Mix mit Standardverkehrspollern, zum Einsatz.

Jetzt lassen sich Gebäude oder auch historisch wertvolle Viertel einer Kommune durch Poller recht gut absichern, aber wie sieht es mit den Zugängen für Rettung oder auch Straßen- bzw. Zustelldiensten aus?

„Die Anforderungen des Kunden und insbesondere **die Vor-Ort-Bedingungen werden genauestens geprüft**."

Thomas Vogel, Geschäftsführer FAAC, über Maßnahmen für Zufahrtssicherheit in der heutigen Zeit.

Funktioniert das alles mit elektronischen Zugängen und der Vergabe von Berechtigungen?

Rettungsdienste und Feuerwehren bedienen sich spezieller Schließsysteme, um im Bedarfsfall unabhängig Zugang zu bekommen. Sie können sich das wie einen Zentralschlüssel vorstellen, der die Poller einer lokal definierten Anlage öffnen kann. Taxis bekommen in den meisten Fällen einen eigenen Handsender, um Poller über Funk zu öffnen. Zustelldienste hingegen können je nach Häufigkeit der Zustellung auch temporäre Key-Cards oder Zugangscodes bekommen. Poller können aber auch über entsprechende Schnittstellen in zentrale Zutrittsverwaltungssysteme eingebunden werden.

Stelle ich mir das so ähnlich wie bei automatischen Garagentoren mit Funkauslösern vor?

Ja, Funk wird üblicherweise auch bei Garagentoren und/oder Zufahrtstoren sowie Schranken verwendet. Jede Codierung ist von Hersteller zu Hersteller unterschiedlich. Um missbräuchliche Anwendung auszuschließen, ist die Codierung von FAAC patentiert.

Wenn eine Gemeinde einen 300 Meter langen „Hauptplatz" hat, der gleichzeitig auch verkehrsberuhigte Zone ist und auf dem sechs- bis siebenmal im Jahr lokale

FOTOS // FAAC

Salzburg zeigt vor, wie mit einem Mix aus fixen und beweglichen Pollern der flexible Zugang für Touristen, aber auch die kontrollierte Zufahrt für Anwohner und Lieferanten sichergestellt wird. (Großes Bild: Vor dem Festspielhaus, Bild rechts oben: In der Getreidegasse, Bild rechts unten: Am Mozartplatz)

MEHR INFOS

Die FAAC GmbH ist die deutsche und österreichische Tochtergesellschaft der italienischen FAAC-Gruppe. Die Fabbrica Automatismi Apertura Cancelli wurde 1965 von Giuseppe Manini in Bologna gegründet. Schon nach kurzer Zeit wurde das Kürzel FAAC zu einem Symbol für Zufahrtsautomationen.
Produktschwerpunkte sind Poller- und Schrankensysteme sowie elektromechanische und elektrohydraulische Tor-Antriebssysteme für den privaten, kleingewerblichen oder industriellen Bereich. Automatiktüren für den barrierefreien Durchgang runden das Produktportfolio ab.
Das Hauptaugenmerk liegt auf individualisierten Lösungen und der persönlichen Betreuung, die durch ein flächendeckendes Vertriebspartnernetzwerk garantiert werden.

Kontakt:
FAAC GmbH
Tel.: +43 662 853395-0
at.info@faacgroup.com
www.faac.at
www.zufahrtssicherheit.com

Veranstaltungen stattfinden, wie könnte der mit Pollern abgesichert werden?
Hier bietet sich ein Mix aus automatischen und fixen Pollern an. Während der Veranstaltungszeit sichern sie die Veranstaltungen gegenüber Kfz komplett ab. Außerhalb dieser Zeit können die automatischen Poller versenkt werden, sodass der Hauptplatz wieder weitestgehend freie Zufahrt bekommt. Gerade diese Art öffentliche Flächen können so ganz unterschiedlich und je nach Bedarf flexibel genutzt werden.

Im urbanen Gebiet kommt es durch die Enge relativ oft zu Parkschäden bzw. kleineren Blechschäden: Wie robust sind versenkbare Poller gegen solche Schäden? Oder muss man davon ausgehen, dass schon eine kleine Delle die Funktionsfähigkeit des Pollers beeinträchtigt?
Poller sind schon sehr robust. Im Inneren bestehen sie großteils aus Stahl. Die Hülle, also der sichtbare Zylinder, kann aus lackiertem Stahl oder Edelstahl mit unterschiedlich dicken Wandstärken sein. Eine kleine Delle schränkt die Funktionsfähigkeit bei weitem nicht ein. Es wird lediglich der Zylinder verkratzt, was rein optisch nicht schön ist.

Lässt sich ein Poller problemlos warten oder ist es für die Gemeinde ein großer Aufwand?
Die Wartung unserer Poller ist sehr kostengünstig. Z. B. kann der Austausch der Hydraulik von nur einer Person durchgeführt werden, ohne dass die gesamte Anlage herausgehoben werden muss. Reparaturen können sehr schnell durchgeführt werden, Zeit- und Personalaufwand und die damit verbundenen Kosten halten sich damit in Grenzen. Dieses Merkmal unterscheidet unsere Produkte von allen anderen Herstellern.

Ganz generell: Wie kann eine Gemeinde die richtigen Plätze für Poller Identifizieren? Oder gibt es vor einer Angebotslegung durch FAAC eine Begehung oder Beratung?
Genau hier unterscheiden wir uns auch von anderen Herstellern. Unsere kompetenten Projektberater stehen mit ihrem Fachwissen von Anfang an mit Rat und Tat zur Seite. Die Anforderungen des Kunden und insbesondere die Vor-Ort-Bedingungen werden genauestens geprüft. Erst danach erfolgen Auswahl und Angebotslegung in Zusammenarbeit mit unserem lokal ansässigen Vertriebspartner. Somit wird nichts vergessen und wir beraten von Anfang die optimale Lösung.

Information: Das Interview wurde redaktionell gekürzt. Auf www.kommunal.at unter folgendem Link lesen Sie die Langversion.

CYBER-KRIMINALITÄT

SORRY, ES GIBT **KEINE HEILUNG**

Wie bewahrt man seine Gemeinde und die kostbaren Daten der eigenen Bürger im digitalen Zeitalter vor Angriffen von Cyber-Kriminellen. Und welche Chancen der Rettung gibt es noch, wenn man bereits Opfer einer Attacke ist?

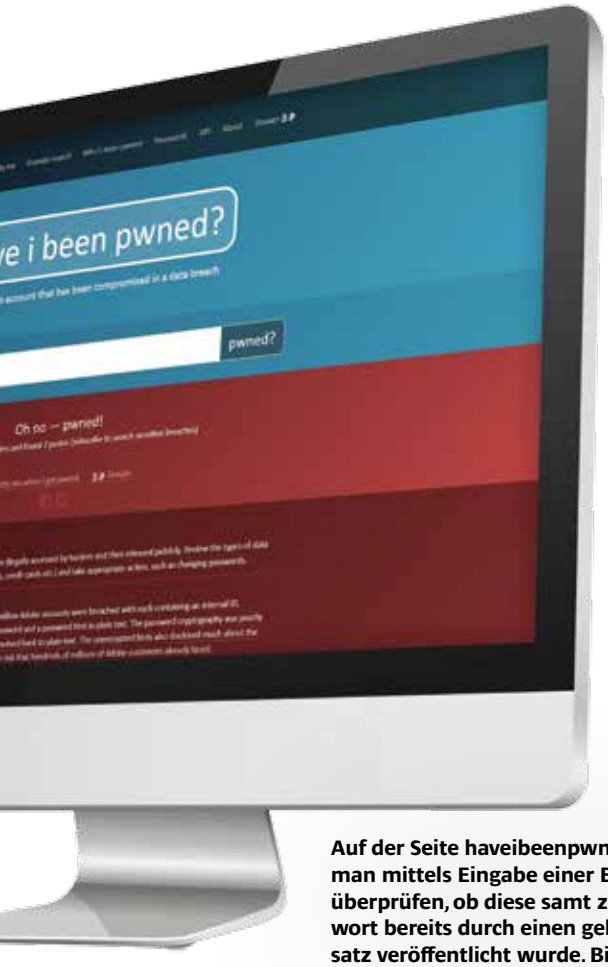
Vorbeugen ist besser als Heilen. Dieses Sprichwort passt häufig, aber nirgends trifft es so sehr zu, wie im Umgang mit der Datensicherheit. Wen es nämlich als Hacking-Opfer erwischt hat, für den ist eine „Heilung" praktisch ausgeschlossen. Die drei großen Ps der Datensicherheit lauten daher: Prävention, Prävention, Prävention. Das ist auch schnell begründet: Zwar benutzen die allermeisten von uns täglich viele Male den Computer, das Smartphone oder das Tablet und speichern darauf selbst ihre vertraulichsten Daten ab. Doch praktisch niemand durchschaut noch die Funktionsweisen dieser Geräte. Wer kann schon eine Programmiersprache? Die allermeisten werden sich eingestehen müssen, eine Cyberattacke nicht einmal im Ansatz zurückschlagen zu können. Gut möglich, dass sie nicht einmal bemerkt wird bzw. erst dann, wenn sie vorbei ist. Doch ist der kriminelle Akt einmal erfolgreich begangen, wird es selbst für die Polizei schwer.

Bei der Konferenz „Sicherheit im digitalen Zeitalter" des Kuratoriums Sicheres Österreich bestätigten Polizeibeamte der Betrugsgruppe der Kripo Graz, dass die Aufklärungsquote bei Internet-Betrugsdelikten „in Prozenten gar nicht messbar sei". Im Klartext: Sie liegt im Promillebereich.

Minicomputer, die aussehen wie USB-Sticks als Beispiel für das Einschleusen von Schadsoftware. Der angegiffene Computer glaubt, es wird eine Tastatur angesteckt, tatsächlich wird im Stillen Schadcode ausgeführt.
im Bild: USB Rubber Ducky Deluxe von Hak5. Straßenpreis: ca. 34 Euro.

Die Strategie muss folglich lauten, Angriffe zu verunmöglichen. Der Schlüssel dazu heißt Aufklärung und Mitarbeiterschulung. In der Privatwirtschaft ist Cyber-Security längst Chefsache und nicht nur ein Anliegen der IT-Abteilung. Das gleiche sollte in der Gemeinde gelten. Der größte Teil von Angriffen ist durch Achtsamkeit der Mitarbeiter vermeidbar. Rund ein Viertel aller Vorfälle ist eine Folge von eingeschleuster Malware, ein weiteres Viertel ist auf Phishing zurückzuführen. Auf den Plätzen folgen Social Engeneering (z. B: falscher Techniker ruft an, um Zugansdaten zu erfragen), veraltete Software mit Sicherheitslücken oder schlechte Passwörter. Das sind alles Umstände, die vermeidbar sind. Sensibilisierung und eine gesunde Skepsis der Mitarbeiter sind effektiver, als sich nur auf ein Sicherheitsprogramm zu verlassen.

Eine SWOT-Analyse über die kritische Infrastruktur in Österreich, im Auftrag von KMPG, einem weltweiten Netzwerk von Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen, zeigt nachdenklich stimmende Verhältnisse in der heimischen Privatwirtschaft auf. So geben 92% der befragten Unternehmen an, dass Cyber-Security kein Hype, sondern Alltag ist. Praktisch die Hälfte war bereits Opfer von Cyberangriffen, wobei 30% davon angaben, ernsthaften Scha-



Auf der Seite haveibeenpwned.com kann man mittels Eingabe einer E-Mail-Adresse überprüfen, ob diese samt zugehörigem Passwort bereits durch einen gehackten Datensatz veröffentlicht wurde. Bitte ausprobieren!

den für das Unternehmen erlitten zu haben. Gleichzeitig trauen sich nur 60% zu, den Schaden messen zu können. Die Dunkelziffer liegt daher vermutlich höher. Weniger als ein Viertel aller Befragten kann mit Sicherheit behaupten, Cyberattacken überhaupt zu erkennen. Bei den Befragten handelte es sich um 94 Unternehmen aus der österreichischen Privatwirtschaft.

Es darf angenommen werden, dass sich die Situation in öffentlichen Ämtern auf kommunaler Ebene nicht viel besser verhält. Dabei werden dort höchst sensible Daten verwaltet, jene der Bürger nämlich. Viele kleinere Gemeinden haben gar keinen eigenen Datenschutzbeauftragten und werden nicht einmal mit Einführung der neuen EU-Datenschutzverordnung einen eigenen benötigen. Das Speichern und Verarbeiten von personenbezogenen Daten der Bürger und auch die zunehmende Vernetzung mit anderen Behörden und Datenaustausch verstärkt gleichzeitig die Cyber-Risiken moderner Gemeinden. Daher gibt es bereits die Möglichkeit, zur Absicherung der finanziellen Folgen durch Cyber-Kriminalität speziell darauf zugeschnittene Versicherungen abzuschließen. „Cyber-Protect" ist der Name eines davon. Denn wer bei der Prävention versagt, muss mit saftigen Schadenersatzforderungen rechnen.

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER

Unsere Gemeinden sind Orte der Sicherheit

Diesmal setzt sich die Ausgabe des KOMMUNAL mit der sicheren Gemeinde auseinander. Sicherheit gilt als Universalvoraussetzung für beinahe alle Aspekte des täglichen Lebens. Der Sicherheitsbegriff ist für viele mit dem Schutz vor höherer Gewalt und Terror verbunden, für andere mit der Sicherheit in ihrem Alltag. Sicherheit spielt dabei etwa auch im Straßenverkehr eine bedeutende Rolle, die Gemeinden sind für die Bereitstellung einer geeigneten Infrastruktur (Beleuchtung, Schutzwege, Tempolimits, Einsatz von Räumdiensten) verantwortlich. In den Bereichen Energie, Wasser und sonstiger Grundversorgung nimmt die Versorgungssicherheit für die Bevölkerung eine wichtige Funktion ein. Zudem kann Sicherheit auch als Gefühl der Geborgenheit und Lebensqualität in den Gemeinden verstanden werden.

Es ist jedoch zu bedenken, dass ein hohes Sicherheitsdenken oftmals mit einer Einschränkung der individuellen Freiheit einhergeht. Wo Sicherheit durchgesetzt wird, wird auch die Freiheit beeinflusst oder beschränkt. Der aktuelle Pitters KOMMUNALTrend zeigt, dass es um eine ausgewogene Balance zwischen Sicherheit und Freiheit geht. Um diese künftig zu gewährleisten, sind die kommunalen Entscheidungsträger gefordert. Dazu zählen weitere Bereiche, in denen das Thema Sicherheit eine gewichtige Bedeutung einnimmt, etwa die wirtschaftliche Ebene (kommunaler Wirtschaftsstandort, Breitband) oder auch die persönliche Perspektive beispielsweise im Sozial- oder Bildungswesen (Pflege im Alter, Bildung, Fortbildung). All diese Aspekte sollen von den Verantwortlichen nicht defensiv-reaktionär abgehandelt, sondern proaktiv mit einer Zukunftsvision bearbeitet werden. Damit die Bevölkerung in jedem Lebensabschnitt mit möglichst sicheren, aber auch modernen und freien Rahmenbedingungen versorgt werden kann.

office@pitters.at
www.pitters.at

FOTO // FAAC

GMÜND SETZT AUF MODERNSTES ZEITMANAGEMENT

DIE POTENZIALE ENTDECKEN UND AUSSCHÖPFEN

Zeitmanagement ist eines der wichtigsten Handlungsfelder jeder Organisation, sei es ein Unternehmen oder eine Gemeinde. Zu wissen, wann und wo die Mitarbeiter am optimalsten eingesetzt sind, ist die halbe Miete.

Softwarelösungen wie das System ZEUS® der Unternehmensgruppe ISGUS werden hier oft als erste genannt, wenn man auf der Suche nach Lösungen für diese Frage ist. Und was im Jahr 1888 mit der Entwicklung der Stempeluhr begann, hat sich bei ISGUS durch kontinuierliche Innovation auf höchstem Niveau weiterentwickelt zu umfassenden Lösungskonzepten für alle Prozesse rund um die Zeit- und Datenerfassung.

ISGUS ist heute als Software- und Systemhaus gleich unter mehreren Aspekten führend im Bereich des Personal- und Zeitmanagements. „Mut und Weitsicht bei der Führung, engagierte Mitarbeiter und die Fähigkeit, immer wieder schnell auf Veränderungen und Trends reagieren zu können", charakterisiert Geschäftsführer Stefan Beetz die Gründe für den ISGUS-Erfolg.

Wie gerade kleinere Kommunen vom Zeitmanagement profitieren können, darüber hat KOMMUNAL mit Thomas Miksch, dem IT-Systembeauftragten der niederösterreichischen Stadt Gmünd im Waldviertel mit seinen rund 5600 Einwohnern gesprochen.

Wann begab man sich in Gmünd auf die Suche nach einer Zeiterfassung in Verbindung mit Zutrittskontrollen und anderen Modulen?
„Das war um das Jahr 2011, als Gmünd auf der Suche nach einer integrierten Zeit- und Betriebsdatenerfassung war", erzählt Thomas Miksch. „Das ganze Projekt entstand damals im Zuge einer Kooperation mit der Gemeinde Großdietmanns, die das gleiche System verwendet. Und das System ZEUS® von ISGUS war damals das einzige System, das beide Anforderungen integrieren konnte. Mitte 2017 wurde dann auf die „ZEUS® Software as a Service"-Lösung umgestellt. Mittlerweile ist das neue System in allen Abteilungen ausgerollt und läuft sehr gut. Bei der neuen Version ist der große Vorteil, dass es eine Software-Lösung ist. Das bedeutet, dass wir uns um die Hardware und die grundsätzliche Softwarekonfiguration nicht kümmern müssen, sondern das System webbasierend in der Gemeinde genutzt werden kann, was für uns von großem Nutzen ist", so Miksch. „Was mich fasziniert, ist die extrem gute Skalierbarkeit. Zu den anfangs 30 Mitarbeitern im Wirtschaftshof konnten wir problemlos die 30 Mitarbeiter des Rathauses integrieren. Und das System ist weiter ausbaufähig", schwärmt Miksch. „Man kauft die Lizenzen, die man braucht – und das war's."

„Die Tatsache, dass wir **alle Anwendungen zentral von einem Server aus steuern und warten** können, hat uns überzeugt."

Thomas Miksch,
IT-Systembeauftragter der Stadtgemeinde Gmünd

Verwendet wird die Zeit- und Betriebsdatenerfassung im Wirtschaftshof und demnächst auch im Wasserwerk, die beide an einem Standort sind und 30 Mitarbeiter beschäftigen. Die Zeiterfassung wird zusätzlich zum Rathaus selbst – hier erfolgt auch eine Zutrittskontrolle mittels elektronischem Transponder (ein elektronischer Schlüssel) – künftig auch in den Volksschulen und der Neuen Mittelschule verwendet.

Und wie kommen die Mitarbeiter mit Zutrittskontrolle und Zeiterfassung zurecht?
Das sei etwas, das sehr gut und umsichtig vorbereitet werden müsse, so Miksch. Grundsätzlich würden Veränderungen immer erst einmal skeptisch betrachtet und gerade eine Zeiterfassung schnell

Keine Angst vor Überwachung: „Als die Mitarbeiter erkannten, dass sie mit dem System aufzeigen können, was sie für Leistungen erbringen, wurde es schnell akzeptiert", so Thomas Miksch.

als Überwachung wahrgenommen. „Diese Ängste wurden den Mitarbeitern auch in Zusammenarbeit mit ISGUS-Team, die mit ihren Erfahrungen hilfreich zur Seite standen, genommen. Vor allem, als die Mitarbeiter erkannten, dass sie mit dem System aufzeigen können, was sie für Leistungen erbringen, wurde es schnell akzeptiert." Das funktioniert so, dass die Mitarbeiter am Handy aus einer großen Auswahlliste den bevorstehenden Job auswählen, ihn definieren und starten. Mit dem nächsten Auftrag wird neu gewählt und wieder gestartet. Bei Dienstende wird die ganze Buchung abgeschlossen.

Die meisten Mitarbeiter in Gmünd verwenden zur Zeiterfassung die App ZEUS® X mobile (das Smartphone wird von der Stadt zur Verfügung gestellt), über die sie die Dokumentation der Aufträge oder Tätigkeiten starten. „Das ist kein großartiger zeitlicher Aufwand, sondern erfolgt mit wenigen Klicks", erklärt Miksch die App. „Mit dem Handy können die Anforderungen auch mit Fotos hinterlegt werden, was ein weiterer Vorteil ist."

Mit der Betriebsdatenerfassung können auch Leistungen, die die Gemeinde für Vereine oder auch Kunden erbringt, auf Knopfdruck ausgelesen, ausgewertet und dokumentiert werden.

Über die Zusammenarbeit mit dem Partner ISGUS ist Miksch voll des Lobes: „Die sind wirklich vorbildlich. Mit ISGUS haben wir ein sehr gutes Einvernehmen. Sie reagieren auf Probleme sehr schnell, und die Kooperation ist ausgezeichnet."

Was hat sich durch den Einsatz der ZEUS® Module verändert? Können Sie schon jetzt eine Vorher-Nachher-Bilanz ziehen? „Ich denke, dass ein ganz anderes Verständnis entwickelt wird, wo und in welchem Maßstab Kosten anfallen." Miksch spricht damit an, dass die Mitarbeiter von sich aus sensibler darauf reagieren, wann für die Gemeinde Kosten entstehen und wo die Arbeitszeit wirklich hinfließt. Die Auswertung der Zeiterfassung erfolgt in Gmünd monatlich, die Ergebnisse werden dann auf die tatsächlichen Kostenstellen verbucht.

Als nächster Projektschritt ist geplant, die Kindergärten, die Volksschulen und die Neue Mittelschule mit einer Zutrittskontrolle auszustatten. In dieser Ausbaustufe werden dann rund 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der ZEUS® Zutrittskontrolle arbeiten.

Diese Möglichkeit des immer weiter führenden Ausbaus ist für Thomas Miksch auch der bestechende Vorteil von ZEUS®. „Das und die Tatsache, dass wir alle Anwendungen zentral von einem Server aus steuern und warten können."

MEHR INFOS

ISGUS entwickelt mit ZEUS® Komplettlösungen aus optimal aufeinander abgestimmten Hard- und Softwarekomponenten. Die webbasierte ZEUS® Zeiterfassung lässt sich mit hochflexiblen Workflows und den ZEUS® Modulen für Personaleinsatzplanung und Zutrittskontrolle, Leistungs-, Betriebs- und Maschinendatenerfassung, bis hin zur MES-Lösung beliebig kombinieren und ergänzen.

Mit ISGUS haben Sie einen verantwortlichen und kompetenten Ansprechpartner für die gesamte Lösung.

ISGUS GmbH
Zieglergasse 6
1070 Wien
Tel: 01/526 28 77
Mail: **info@isgus.at**
Web: **http://www.isgus.at**

KOMMUNALE BESCHAFFUNG

WELCHE VORTEILE BRINGT DER ONLINE-MARKTPLATZ?

Kommunalbedarf.at erfährt ein rasantes Wachstum. Der österreichische Online-Marktplatz für Gemeinden gewinnt laufend Kunden dazu. Hier erklären sie ihre Beweggründe.

Es ist gerade einmal ein Jahr her, dass sich die damalige Beschaffungsplattform Kommunalbedarf.at im Zuge eines grundlegenden Relaunches komplett neu erfunden hat. Als moderner Online-Marktplatz bietet das „Amazon für Gemeinden" sämtliche Güter an, die Kommunen für das Erledigen ihrer Aufgaben benötigen. Sei es vom profanen Kopierpapier, über Stadtmobiliar und Verkehrszeichen bis hin zu Winterdienstgerätschaften oder anderen Bauhof-Gütern. Über 100.000 Produkte werden über Kommunalbedarf.at gehandelt.

Mittlerweile sind hunderte Gemeinden in Österreich auf Kommunalbedarf.at aktiv. Eine davon ist das niederösterreichische Oberwaltersdorf. Die Marktgemeinde im Bezirk Baden war lange Jahre als Sitz der Europazentrale der Magna Holding AG bekannt. In Oberwaltersdorf kann man nicht nur gediegen Golf spielen, sondern auch kommod einkaufen, zumindest als Gemeindebediensteter, denn hier ist die Anschaffung über Kommunalbedarf.at Usus.

Christopher Nemetz ist bei der Gemeinde nicht nur für den Bürgerservice zuständig, sondern auch für den zentralen Einkauf. Darüber hinaus ist der 29-Jährige auch noch IT-Administrator. Eine perfekte Kombination um die Vorteile von Kommunalbedarf.at kompetent und aus der Praxis heraus beurteilen zu können. Erstmals auf die Online-Marktplatz aufmerksam geworden ist er über einen Link auf Kommunalnet.at. Seit zirka vier Monaten verwendet Oberwaltersdorf nun bereits Kommunalbedarf.at für die kommunale Beschaffung. „Einerseits", berichtet Nemetz, „benutzen wir die Plattform, um Informationen über Produkte zu finden, und andererseits um sie zu kaufen."

Auch vom intelligenten Benutzermanagement des Online-Marktplatzes profitiert die Gemeinde, denn „wir haben auch den Bauhof dazu angehalten, hier bei den Produkten nachzusehen und zu vergleichen", so Nemetz. Am besten gefällt dem Profi aus Oberwaltersdorf die Aufgliederung und die Vergleichbarkeit bei Kommunalbedarf.at, und er bekennt: „Aufgrund der guten Durchschaubarkeit und der leichten Handhabung kann ich Kommunalbedarf.at durchaus weiterempfehlen."

Mit dieser Empfehlung ist er nicht alleine. Der Erfolg des Online-Marktplatzes fußt zu großen Teilen auf der Mundpropaganda erfahrener Gemeindebediensteter. Diese Art der Werbung ist die ehrlichste, wirkungsvollste und nachhaltigste. Daher an dieser Stelle all jenen Fürsprechern ein aufrichtiges Dankeschön!

Die Marktgemeinde Oberwaltersdorf, unter anderem für den Golfplatz Fontana bekannt, nutzt eifrig Kommunalbedarf.at.

KOMMUNALBEDARF.AT
Einfach. Alles. Beschaffen.

MEHR INFOS

KOMMUNALBEDARF.AT ist seit 2003 eine wesentliche Anlaufstelle für die Beschaffung in Österreichs Gemeinden. Um alle Vorteile nutzen zu können, registrieren Sie sich schnell, einfach und kostenlos:

- Über 100.000 Produkte
- Kauf auf Rechnung
- Günstige Preise
- Flexibles Freigabeverfahren
- Zuweisen von Kostenstellen

www.kommunalbedarf.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

„SAUBERSTE REGION ÖSTERREICHS 2017“

DER PREIS GEHT **NACH WIEN**

Es ist offiziell: Wien ist die „Sauberste Region Österreichs 2017“. Das Siegerprojekt „Aktion Saubere Stadt“ konnte sowohl beim Publikum als auch bei der Jury punkten und die insgesamt höchste Gesamtpunkteanzahl erreichen.

Besonders überzeugt hat unsere Expertenjury aber auch die Kreativität der Gemeinde Himberg, die sich über den Kreativpreis und damit über EUR 3000 freuen darf! Der Award wurde in Kooperation mit dem Österreichischen Städtebund, der Österreich Werbung und dem Österreichischen Gemeindebund vergeben.

Die „Aktion Saubere Stadt“ hat bei der Expertenjury und beim Publikum gleichermaßen gepunktet: Mit dem zweiten Platz im Onlinevoting und dem ersten Platz bei der Jury konnte die Bundeshauptstadt die höchste Gesamtpunktezahl erreichen und den Sieg für sich verbuchen.

Neben Wien waren sieben Finalisten im Publikumsvoting. Sie lieferten sich in den letzten Wochen ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen. In alphabetischer Reihenfolge waren das Assling (Osttirol), Fels am Wagram (NÖ), Himberg (NÖ), Kirchdorf (OÖ), das Bundesland Niederösterreich mit „Sei ein Held, lass nichts liegen!“ und Wiener Neudorf (NÖ).

Mehr Infos über alle Preisträger unter www.reinwerfen.at

„**Abfallvermeidung und Ressourcenschonung** gehören für die Gemeinden mit zu den wichtigsten Agenden der heutigen Zeit.“

Walter Leiss, Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

TICKETS ALLER ART

DIE BESTE LÖSUNG FÜR GEMEINDEN

Bedürfnisse bleiben gleich, aber Services verändern sich. Bestes Beispiel für Kommunen: Parkschein-Automaten und Waschküchen-Tickets in kommunalen Wohnhausanlagen.

tobaccoland bietet einen einheitlichen Vertriebsweg für Tickets jeder Art. Mit E-Loading sind Trafiken und auch immer mehr Automaten vernetzt, sodass der Ausdruck von Tickets binnen Sekunden möglich ist. Jede Trafik und jeder Automat kann so Teil eines der dichtesten Distributionsnetze Österreichs werden. tobaccoland als größter Zulieferer der Trafiken in Österreich übernimmt das gesamte Handling und Abrechnung inklusive Ausfallsrisiko. Für die Kommunen heißt das klare Vorteile:

- Minimale Kosten
- Nur ein Vertrags- und Rechnungspartner – tobaccoland klärt alle Abläufe mit den Trafiken
- Keine Vorfinanzierung
- Kein Aufwand für Bestellungen, Reklamationen und Nachfragen

KONTAKT
tobaccoland Handels GmbH & Co KG
Paltaufgasse 12-14
1160 Wien
Tel.: +43 (0)1 49102 2280
Mail: **stefan.maurer@tobaccoland.at**
Web: **www.tobaccoland.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

VERSTEHEN SIE DIE ANLIEGEN IHRER BÜRGERINNEN?

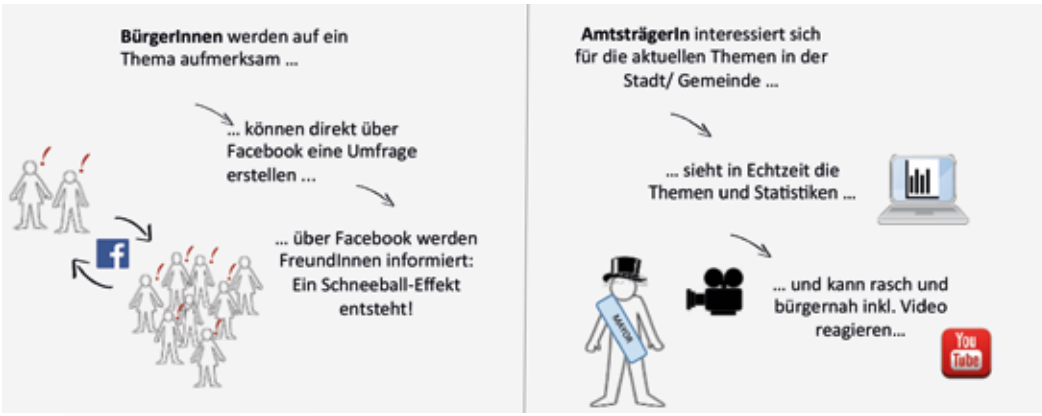
„MACH'S ZUM THEMA" HILFT IHNEN DABEI!

Die Teilnahme der BürgerInnen an Entscheidungsprozessen in der Stadt/Gemeinde gewinnt in der politischen Debatte immer mehr an Bedeutung.

Einerseits möchte man durch Bürgereinbindung ein Mittel gegen die Politikverdrossenheit finden und die Akzeptanz von Entscheidungen erhöhen, andererseits auch Ideen und Praxiswissen einholen, Meinungen und Stimmungen ausloten sowie die Bedürfnisse und Anliegen der BürgerInnen kennenlernen und berücksichtigen.

Genau hier setzt „Mach's zum Thema" an und bietet AmtsträgerInnen ein einfaches und effektives Instrument, um das Stimmungsbild in der Stadt/Gemeinde zu den verschiedensten Themen rasch zu erkennen und aktiv dazu Stellung zu nehmen. Zugleich können damit auch BürgerInnen ihre Anliegen zum Thema machen und mitgestalten.

Die große Besonderheit von „Mach's zum Thema" ist dabei, dass alles direkt in der gewohnten Facebook-Umgebung erfolgt: BürgerInnen haben so einen extrem niederschwelligen Zugang zur Bürgerbeteiligung. Facebook-Nutzer können direkt aus Facebook heraus nach Themen suchen, erhalten Themen vorgeschlagen, können sich an Umfragen beteiligen oder Umfragen zu eigenen Themen anstoßen. Amtsträger erfahren dabei zeitnah aus



Mach's zum Thema – Die Idee.

Facebook, welche Themen „heiß" sind (z. B. rasch eine große Verbreitung bei „friends of friends" finden). Und der Amtsträger kann sodann mittels einer Videobotschaft alle Themen-Abonnenten auf Facebook erreichen.

Um Anliegen zum Thema zu machen, registrieren sich BürgerInnen einfach über Facebook und beteiligen sich an einer Umfrage oder können eine Umfrage starten. Wer einmal an einer Umfrage teilgenommen hat, kann ähnliche Themen vorgeschlagen bekommen. Entscheidet sich ein Bürger, zu einem Thema eine Umfrage zu erstellen, so teilt er diese direkt auf Facebook in seinem Freundeskreis, der diese wiederum teilt. So verbreitet sich ein Thema rasch, und es entsteht ein Schneeball-Effekt mit großer Reichweite.

Amtsträgerfunktion. Durch die innovative und einzigartige Funktionalität von „Mach's zum Thema" können Amtsträger auf Knopfdruck in Echtzeit erfahren, welche Themen auf Facebook die Bevölkerungsgruppen mit welcher Stimmung („Sentiment-Analysis") positiv oder negativ bewegen und welche Meinungen es dazu gibt. Übersichtliche grafisch und einfach verständlich aufbereitete Zusammenhänge von Kernthemen und Meinungen helfen dem Amtsträger einen aktuellen Überblick zu gewinnen. Ganz einfach kann der Interessentenkreis auch mit Videobotschaften über Facebook erreicht werden.

Haben Sie auch Themen, die Sie gerne in Ihrer Gemeinde abfragen möchten? Möchten Sie Ihren BürgerInnen auch die Möglichkeit geben, ihre Anliegen zum Thema zu machen? Das Berater-Team der **Value Dimensions Management Service GmbH** begleitet Sie professionell bei der Erprobung und Einführung von „Mach's zum Thema" auch in Ihrer Gemeinde.

MEHR INFOS
Weitere Informationen zur „Mach's zum Thema"-App bzw. Einsatzmöglichkeiten erhalten Sie unter **www.machszumthema.at** ODER **https://apps.facebook.com/machszumthema/**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

SMART CITY: GRÜN, ATTRAKTIV, DIGITAL UND SICHER

DIE STADT DER ZUKUNFT

Laut UNO werden 2030 weltweit 60 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben. Die Smart City von morgen stellt schon heute die Weichen für ein urbanes Wachstum, ein attraktives Lebensumfeld der Stadtbewohner, eine flächendeckende digitale Anbindung im öffentlichen Umfeld und natürlich auch die Sicherheit ihrer Bürger. Die Smart City der Zukunft ist grün, attraktiv, digital und sicher.

The Future is now!
Philips Lighting ist einer der Begleiter des Wandels der Städte – mit einer Blaupause für die nötige Beleuchtung und deren Vernetzung mit dem Internet der Dinge (IoT), die den Menschen und die Bedürfnisse der Smart City der Zukunft in den Mittelpunkt stellt.

Mit CityTouch und netzwerkfähigen Außenleuchten (SystemReady) können bereits heute die Grundbausteine für die Smart Cities von morgen gelegt werden. Instandhaltungskosten und Zeitaufwand verringern sich deutlich, da zentral auf Echtzeit-Informationen zu jedem einzelnen Lichtpunkt zugegriffen werden kann. Dies macht die Fehleranalyse aus der Ferne und den effizienten Einsatz von Wartungsteams möglich.

Mit Einsparungen die Zukunftsfähigkeit (re-)finanzieren – Schritt für Schritt
Die Anforderungen an Beleuchtung sind von Stadt zu Stadt verschieden. Auch wenn rund um den Globus bereits auf LED umgerüstet wird, ist noch nicht jede Kommune ad-hoc bereit für die Vernetzung der Beleuchtung. Damit der Umstieg in Phasen und zum jeweils richtigen Zeitpunkt erfolgen kann, entwickelte Philips speziell für Haupt- und Nebenstraßen die DigiStreet SystemReady-Leuchtenfamilie. Sie macht es Städten und Kommunen leichter denn je, auf LED-Beleuchtung umzustellen, weil diese Leuchten konsequent auf Zukunftssicherheit bauen. Mit zwei standardisierten Steckkontakten ausgerüstet, können sie jederzeit zur Anbindung an Lichtmanagementsysteme oder mit Sensoren zur Datenerfassung mit Plug & Play nachgerüstet werden. Welche Sensoren die intelligenten Städte der Zukunft auch immer benötigen, mit der DigiStreet SystemReady sind sie gut vorbereitet.

Zur späteren Vernetzung muss an der Oberseite jeder Leuchte lediglich ein Konnektor eingesetzt werden. Die Leuchten verbinden sich per Mobilfunk mit dem CityTouch-Lichtmanagement-System im Handumdrehen automatisch. Derart aufgerüstet, lässt sich die Straßenbeleuchtung aus der Ferne überwachen, steuern und verwalten. Diese Vernetzung führt üblicherweise zur Reduzierung des Energieverbrauchs um weitere 30 Prozent.

Der Clou an der Sache:
Durch die Einsparungen der LED-Technologie finanziert sich die digitale Infrastruktur fast von selbst.

System-Ready und flexibel skalierbar
DigiStreet SystemReady-Leuchten verfügen über eine System-Ready-Architektur. Dafür sind bereits Philips Xitanium SR-Treiber integriert. Außerdem verfügen sie über einen ZHAGA zertifizierten Universalanschluss, über den später Sensoren oder Controller nachgerüstet werden können und sich funktionsfähig einfach an die Leuchten anschließen lassen. Diese Lösungen sind flexibel skalierbar.

DigiStreet-Leuchten sind in verschiedenen Baugrößen mit zahlreichen Lichtverteilungen erhältlich. Damit sind sie in nahezu allen Anwendungen perfekt einsetzbar. Ausgestattet sind sie mit modernster LED-Lichttechnik. Damit lassen sich in der Regel, im Vergleich zu konventioneller Straßenbeleuchtung, vom ersten Tag der Inbetriebnahme Energieeinsparungen von bis zu 75 Prozent erzielen. Die hohe Qualität des weißen LED-Lichts sowie die gleichmäßige Beleuchtungsstärke sorgen für ein Plus an Sicherheit in städtischen Quartieren und werten sie auf. Das macht die Städte nicht nur lebenswerter für die Bürger, sondern auch attraktiver für den Stadtbewohner, den Tourismus und den Handel.

FIT FÜR DIE ZUKUNFT IM ÜBERBLICK

- Mit SystemReady: LED-Leuchtenreihe für die Straßenbeleuchtung mit integrierter Erweiterung für die spätere Vernetzung der Beleuchtung mit Sensoren und zentraler Steuerung.
- Mit SystemReady: Maximal flexibel und investitionssicher durch eine offene Plattform und standardisierte Schnittstellen. Kabellose Konnektivität und Anbindung von Sensoren wird spielend leicht.
- Mit CityTouch: Hier legt Philips Lighting bereits heute die Grundbausteine für die Smart Cities von morgen.

www.philips.at/digistreet

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

INTELLIGENTE STRASSENLATERNEN FÜR INTELLIGENTE KOMMUNEN

STRASSENLAMPEN ALS **TEIL DER DIGITALEN WELT**

Sicherheit ist nicht nur eine Frage der Überwachung oder der Abschirmung. Sicherheit ist auch verbunden mit der Frage „Licht“ oder besser „Beleuchtung“. Das ist aber bei weitem noch nicht alles. „Beleuchtung“ kann heutzutage sehr viel mehr sein als nur „Beleuchtung“.

TEXT / Hans Braun

Wie viel mehr Beleuchtung könnte oder schon kann, wird klar, wenn man es konsequent durchdenkt. Im März 2017 stellt das Deutsche Institut für Normung (DIN) zusammen mit „[ui!] – the urban institute®“[1] und weiteren Konsortialpartnern auf der CeBIT den weltweit einzigartigen technischen Standard (DIN SPEC 91347) inklusive einer Klassifikation für „integrierte multifunktionale Straßenlampen“ vor. Im Grundsatz ist die integrierte multifunktionale Straßenlampe ein Kernstück zukünftiger smarter Städte und Kommunen.

Das Herzstück des Standardisierungsprojekts sind 14 digitale Use Cases, die zeigen, wie Städte und Gemeinden profitieren können, wenn Sie die aktuelle Chance nutzen: Nicht nur veraltete Leuchtmittel gegen LED austauschen, sondern ein modulares System aufstellen. Mit gezielten neuen Funktionen wird den Ansprüchen und Herausforderungen moderner Städte zu begegnet. Mit Sensorik für die Verkehrserfassung und Grundlagen für automatisiertes Fahren. Mit WLAN-Routern für öffentlichen Internetzugang. Mit Ladestationen für Elektrofahrzeuge.

„Entscheidend ist, die Straßenlaterne und ihre zusätzlichen Bausteine nicht isoliert zu

1 [ui!] - the urban institute® wurde 2012 gegründet um Städte aus Deutschland, anderen europäischen Staaten, USA und Australien in ihren Bemühungen zu unterstützen, innovative Konzepte und Lösungen gemeinsam zu erarbeiten und sinnvoll einzusetzen. www.ui.city

FOTO /shutterstock/ Ayay Tvm

betrachten, sondern ein integriertes System der digitalen Stadt zu schaffen“, sagt Lutz Heuser, Leiter des Konsortiums und [ui!] CEO. Sensoren, können Parkplätze und Verkehr erkennen, Umweltdaten können erhoben werden, öffentliches W-LAN bereitgestellt werden und bedarfsgerechte Lichtsteuerung integrieren. Mit den gewonnenen Daten können neue Dienstleistungen für Bürger und Stadtverwaltungen und neue Geschäftsmodelle für Start-ups und Unternehmen geschaffen werden.

„Unsere Arbeit soll die Planungssicherheit für die zukünftige Ausgestaltung der digitalen Transformation verbessern und zugleich den Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft anstoßen“, betont Bernhard Kempen, DIN Projektmanager des DIN SPEC Projektes.

Digitale Use Cases machen die „integrierte multifunktionale Straßenlaterne aus. Der erste Nutzen ist schnell gefunden: LED-basierte Leuchtenköpfe versprechen hohe Energieeinsparungen – für sich allein ein Grund für viele Städte und Gemeinden, sich damit zu beschäftigen.

Nutzungsmöglichkeit 2: Die Ereignisgesteuerte Beleuchtung kommuniziert mittels Lichtmanagementsystem und spart dadurch weiter Energie. Gemeint ist damit, dass Licht dort zur Verfügung gestellt wird, wo sie gebraucht wird.

Möglichkeit 3: Verkehrsdatenerfassung. In diesem Anwendungsfall werden die Straßenlampen als Informationsquelle für das Verkehrsmanagement und die Verkehrsteilnehmer genutzt. Denkbar ist, dass die integrierte multifunktionale Straßenlampe (imHLas) künftig autonomen Fahrzeugen zusätzliche Daten wie Höhe des Verkehrsaufkommens übermittelt und diese darauf reagieren.

Viertens: Öffentliches WLAN. Die Lampe stellt den Internetzugang für die Bürgerinnen und Bürger sicher. Auch flächendeckende Vernetzung ist hier denkbar.

Fünftens:Umweltdatenerfassung. Die Messung von Kohlendioxid, Stickoxide, Feinstaub oder auch Lärm würden durch imHLas durchgeführt und würden einer Leitstelle beispielsweise ermöglichen, den Verkehr bei Bedarf von belasteten Regionen wegzuleiten.

Sechstens und siebentens: Ladestation und Energiespeicher. Die imHLas kann genutzt werden, um (mit der Integration von Lademöglichkeiten) e-Autos oder e-Räder als Ladestation zu dienen. Im gleichen Atemzug könnten sie auch als Energiespeicher dienen.

Achtens und neuntens: Öffentliche und private Sicherheit und Überwachung. Die Bandbreite dieser möglichen Funktion reicht von Videoüberwachung bis hin zu Notrufen. Die Identifikation von Ansammlungen, die Aktivierung von Rettungssystemen auch mittels Lichtzeichen. Die imHLas hätte auch die Möglichkeit, Anomalien der Umgebung zu iIdentifizieren.

Zehntens:Beschilderung und Werbung. Die imHLas kann künftig auch als Informationsträger und Werbeplattform genutzt werden.

Elftens: Funknetzunterstützung. Dieses Szenario stellt die zukünftige Nutzung von imHLa mit einer Piko- oder Mikrofunkzelle dar, die für eine flächendeckende Funkverbindung genutzt werden kann.

Fazit: Um die Herausforderungen der ehutigen zeit bei gleichbleibendem Wunsch nach Lebensqualität zu stemmen, ist eine nachhaltige Digitalisierungsstrategie nötig. Ziel ist nicht einfach „nur“ der Technologieeinsatz, sondern auch die klare Identifizeirung kommunaler Zielen. Die Vorteile sind greifend und schaffen bei gleichzeitiger Beachtung des Datenschutzes viele neue Möglichkeiten. Letztendlich muss immer der Bürgernutzen dieTriebfeder für die Installation intelligenter digitaler Technologien sein, nicht ein von oben verordnetes akademisches Gebilde.

Heuser, Weis, Schonowski, Kappenstein; Deutsches Institut für Normungen (Hrsg.): „Die integrierte multifunktionale Straßenlaterne – Humble Lamppost – Erläuterungen zu DIN SPEC 91347“; ISBN 978-3-410-26890-1 Beuth Verlag Berlin-Wien-Zürich **www.beuth.de**

DESIGNLICHTMASTE UND -STADTMOBILIAR VON SEE U BY FONATSCH

DIE STADT IN FORM GEBRACHT

Individuelle Lebensstile prägen die Landschaft und die kommunale Erscheinung, die Architektur ist ein Spiegelbild der Gesellschaft. Mit den unterschiedlichen Bedürfnissen entwickeln sich auch Lebensräume, die dem Charakter der Menschen entsprechen.

In vier verschiedenen Lebens-Atmosphären (Historic, Wood, Style und Swing) bietet Fonatsch aufeinander abgestimmte Designprodukte – von Lichtmasten, Auslegern, Wandhalterungen bis zu Stadtmobiliar wie Parkbänken, Wegweisern, Poller, Mülleimern und einem energieautarken Meetingpoint. Als Treffpunkt für Junge und Junggebliebene stellt der „Meeting Point" die ideale Kombination aus Funktionalität und neuester Technik dar. Energieautark durch ein Photovoltaik-Modul, ausgestattet mit USB-Ladebuchsen und einem optionalen WLAN-Hotspot sowie neuester LED-Technik, lädt der „Meeting Point" zum Verweilen und Surfen ein. Mit zwei bis fünf Sitzplätzen ist er flexibel einsetzbar, schnell zu errichten und durch sein elegantes Design ein echter Hingucker.

Zu bestaunen gibt es den neuen Meeting-Point in Melk an der Donau. Mit Blick auf das Stift Melk lässt es sich herrlich verweilen, noch rasch die „Batterien aufladen" bevor es weitergeht!

KONTAKT
Fonatsch GmbH
Industriestraße 6
3390 Melk
Tel. 02752/52723-0
E-Mail: s**eeu@byfonatsch.com**
www.seeubyfonatsch.com

FOTOS: JOHANN PERGER

see u
BY FONATSCH
Lichtmasten und Stadtmobiliar

Individuelle Lebensstile prägen die Landschaft und die kommunale Erscheinung, die Architektur ist ein Spiegelbild der Gesellschaft. Mit den unterschiedlichen Bedürfnissen entwickeln sich auch Lebensräume, die dem Charakter der Menschen entsprechen.

Überzeugen Sie sich persönlich von unserer neuen Produktfamilie

SEE U BY FONATSCH
Lichtmasten und Stadtmobiliar
#zeitlos #geerdet #puristisch #modern

In vier verschiedenen Lebens-Atmosphären bieten wir aufeinander abgestimmte Designprodukte – von Lichtmasten, Auslegern, Wandhalterungen bis zu Stadtmobiliar wie Parkbänken, Wegweisern, Poller, Mülleimern und einem energieautarken Meetingpoint.

HISTORIC – zeitlos schön
WOOD – geerdet und reduziert
STYLE – ein puristisches Statement mit klaren Linien
SWING – modern und formschön

Alle Details auf www.seeubyfonatsch.com

Fonatsch GmbH
A-3390 Melk
Industriestraße 6
T +43 / 27 52 / 527 23-0
F +43 / 27 52 / 52723-20
E seeu@byfonatsch.com

Alle Details auf
www.seeubyfonatsch.com

heindldesign

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KRAFTVOLLE AUSSICHTEN

AKKU-POWER MADE IN AUSTRIA

Leise, nachhaltig und voller Energie ersetzen Akkus nach und nach alte Antriebssysteme und erleichtern so die Arbeit im Grünen in österreichischen Gemeinden um ein Vielfaches.

Der Einsatz von Akkugeräten in der Gemeindearbeit macht unabhängig, frei und flexibel.

Akkus von STIHL zeichnen sich durch ihre universellen Einsatz- und Austauschmöglichkeiten aus.

Österreichische Qualität gepaart mit Effizienz und Leistungsvermögen: Das macht die AkkuSysteme von STIHL zum Energiesystem von morgen. Mit den steigenden Anforderungen an professionelle Grünpfleger, geht auch die stetige Weiterentwicklung moderner Antriebssysteme einher, wobei auch die Nachhaltigkeit eine entscheidende Rolle spielt. VIKING, die Tochtergesellschaft der STIHL International GmbH, hat sich dieser Mission angenommen und widmet sich in Langkampfen in Tirol ganz der Entwicklung und dem Vertrieb neuer Akku-Technologien.

Mit Akkuleistung mehr erreichen. Der Einsatz von Akkugeräten in der Gemeindearbeit macht unabhängig, frei und flexibel. Die Lärmbelästigung und der Kabelsalat sind Geschichte. Die Verwendung von Akkugeräten ist nicht nur vielfältig, sie hat auch viele Vorteile. Eine wesentliche Rolle spielen dabei das Gewicht und die Größe. So sind Akku-Geräte nicht nur leichter, auch das Handling ist besser und ermöglicht die Arbeit an selbst schwer zugänglichen Stellen. Die geringe Lärmbelästigung ist ein weiterer großer Vorteil, der den Einsatz von Akku-Geräten auch in heikler Umgebung wie Krankenhäuser, Schulen und Kirchen zulässt und so nicht nur eine umweltfreundliche, sondern auch eine zeit- und kosteneffiziente Lösung bietet.

Zuverlässige Flexibilität. Akkus von STIHL zeichnen sich durch ihre universellen Einsatz- und Austauschmöglichkeiten aus. Denn sofern der Akku nicht fix mit dem Gerät verbaut ist, kann er auch für viele andere STIHL-Produkte verwendet werden. Egal in welches Gerät der Akku eingesetzt wird, die Leistung bleibt dabei konstant bis zur letzten Arbeitssekunde, selbst wenn er nicht mehr vollständig geladen ist. Das ermöglicht effizientes Arbeiten auch auf großen Flächen.

Die perfekte Lösung für jedes Problem. Das Angebot an akkubetriebenen Systemen wächst stetig und STIHL trägt einen wesentlichen Beitrag dazu bei. Egal ob für das Mähen von Grünflächen, die Säuberung der Gehwege von Laub, das Stutzen von Hecken oder das Häckseln von Gartenabfällen. Von Blasgeräten bis hin zu Motorsägen, für jede Situation bietet das Unternehmen die passende Akku-Lösung – von der Idee bis zur Produktion Made in Austria!

KONTAKT
STIHL Ges. m. b. H.
Fachmarktstraße 7
2334 Vösendorf
Tel. 01/865 96 37-20
Fax 01/865 96 37-97
www.stihl.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Reflexmaterialien sollen in der Höhe des Streuwinkels des Abblendlichtes getragen werden. Bei Kindern sollte der ganze Körper, von den Schuhen bis zum Oberkörper, reflektierende Elemente aufweisen.

Jetzt ist die **gefährlichste Zeit für Fußgänger**

Ein Blick auf die Unfalldaten zeigt: Im Vorjahr ereigneten sich in Österreich 1271 Fußgängerunfälle bei schlechten Sichtverhältnissen, wie Dämmerung oder Dunkelheit bzw. schlechter Straßenbeleuchtung, rund 59 Prozent davon in den Monaten Oktober bis Jänner. Schuld an der oftmals schlechten Erkennbarkeit von Fußgängern und Radfahrern ist, dass sich bei Dämmerung und im Dunkeln die Fähigkeit des menschlichen Auges, Objekte wahrzunehmen, erheblich verringert. Autofahrer können besonders Fußgänger im Dunkeln nur sehr schlecht erkennen und daher erst spät reagieren. Ein Fußgänger mit reflektierender Kleidung ist bei Abblendlicht bereits aus rund 150 Metern Entfernung deutlich zu erkennen – ein dunkel Gekleideter erst aus etwa 20 bis 30 Metern. „Durch das Tragen von sichtbarer, heller Kleidung und Reflektoren kann das Unfallrisiko um beinahe 50 Prozent gesenkt werden“, so KFV-Verkehrssicherheitsexperte Dipl.-Ing. Klaus Robatsch. Infos unter: **www.kfv.at**

FOTO // KFV

CTX CONTAINEX

Raum zum Wohlfühlen!

Ihre Vorteile:
- Flexible Raumlösungen für Kindergärten / Schulen / Sportvereine / Jugendzentren
- Wärmedämmung mit modernsten Materialien
- Attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort

Anwendungsbeispiele:
- Gruppenräume
- Aufenthalts- und Sozialräume
- Umkleideräume und Garderoben

RAUM sofort CONTAINEX www.containex.com

Kontaktieren Sie uns
Telefon: +43 2236 601-0 • E-Mail: ctx@containex.com
www.containex.com

PARTNER DER BBG BUNDESBESCHAFFUNG

BEST PRACTISE IN ALLER KÜRZE

ARA hält Tarife für 2018 stabil

Ab 1. Jänner 2018 gelten die neuen Tarife der Altstoff Recycling Austria AG (ARA). Trotz des hohen Drucks auf die europäischen Altstoffmärkte hält der Marktführer im Verpackungsrecycling seine Tarife größtenteils auf Vorjahresniveau. Die ARA-Tarife für Haushaltsverpackungen aus Glas (–3,6%) und Eisenmetall (–1,8%) werden ab 1. Jänner 2018 gesenkt.

Die ARA-Tarife ab 1. Jänner 2018 sind unter **www.ara.at** abrufbar.

Richtungweisende **Gründung**

Gemeinsam mit rund 450 Weggefährtinnen und Weggefährten aus Wirtschaft, Forschung, Politik, Medien und Zivilgesellschaft feierte der Klima- und Energiefonds Anfang Oktober sein zehnjähriges Bestehen in Wien. Es ist eine Erfolgsgeschichte im Kampf für die Energie- und Mobilitätswende und heimische Forschung, die internationalen Vorbildcharakter hat, sowie für einen innovativen Wirtschaftsstandort. Ins Leben gerufen wurde der Fonds von der Bundesregierung, die durch das Umweltministerium (BMLFUW) und das Infrastrukturministerium (BMVIT) vertreten wird. Seit der Gründung vor zehn Jahren haben diese beiden Ministerien rund eine Milliarde Euro Förderbudget aufgewendet. Damit brachte der Klima- und Energiefonds mehr als 110.000 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 3,2 Milliarden Euro auf Schiene.

Unter den zahlreichen Ehrengästen und Gratulanten war auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der in seiner Eröffnungsrede auf die ökonomischen und sozialen Folgen des Klimawandels verwies und die Bedeutsamkeit des Fonds unterstrich.

FOTO // Gerhard Buchacher

Sektionschef Günter Liebel, BMLFUW, Theresia Vogel, Geschäftsführerin Klima- und Energiefonds, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Ingmar Höbarth, Geschäftsführer Klima- und Energiefonds, und Bundesminister Jörg Leichtfried, BMVIT, bei der Jubiläumsfeier.

Mehr Infos unter: www.klimafonds.gv.at

Ein Markenzeichen Österreichs:
SICHERES ERDGAS.

ÖVGW
GEPRÜFT

DIE ÖVGW ZERTIFIZIERUNG IN DER ERDGASVERSORGUNG:
Leitungs- und Rohrsysteme • Armaturen • Heizkessel
Gasthermen • Regel-, Sicherheits- und Steuereinrichtungen

ÖVGW
ÖSTERREICHISCHE VEREINIGUNG
FÜR DAS GAS- UND WASSERFACH
www.ovgw.at

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

DIE VISITENKARTE DER GEMEINDE

Das erfolgreiche Besetzen einer Stelle ist keinen Glücksfall, sondern das Ergebnis einer professionellen und effizienten Vorgehensweise. Wie also geht man in der Gemeinde am besten vor, um den optimalen Mitarbeiter zu bekommen?

Nur ein von Anfang an strukturierter Auswahlprozess verhindert, dass die Personalsuche in der Gemeinde holprig verläuft oder gar zum Ärgernis wird. Die Recruiting-Werkzeuge und -methoden im öffentlichen Sektor müssen daher mindestens so gut sein wie die der Privatwirtschaft – am besten noch kreativer und wirkungsvoller.

Aktuell und tatsächlich neu ausschreiben!
Unbedingt sollte man kritisch auf bereits vorhandene Unterlagen, die schon seit Jahren oder Jahrzehnten im Einsatz sind, blicken, denn Aufgaben und Tätigkeiten verändern sich im Laufe der Zeit, und dementsprechend müssen auch Stellenausschreibungen angepasst werden. Es ist der klassische Fehler, veraltete Stellenaus-

FOTO /shutterstock/ LStockStudio

Recruiting-Methoden im öffentlichen Sektor müssen mindestens so gut sein wie in der Privatwirtschaft.“

Nicht nur der Bewerber muss gefallen, auch der Arbeitgeber sollte attraktiv wirken, um das beste Personal zu gewinnen.

schreibungen als Basis zu nehmen. Nach dem Motto: „Hauptsache, wir haben die Ausschreibung schnell erstellt“ wird oftmals von anderen Gemeinden einfach „abgeschrieben“.

Betroffene mit einbinden! Stattdessen sollte man sich Zeit nehmen und beim Erstellen der Stellenausschreibung unterschiedliche Personen mit einbinden, damit der Inhalt der auch die Realität widerspiegelt. Oftmals werden die Aufgaben nicht konkret angeführt und nicht klar und deutlich formuliert. Die Stellenausschreibung ist kein Ratespiel. Potenzielle Interessenten sollen rasch herauslesen können, was sie erwartet.

Anforderungen priorisieren! Wesentlich ist auch, rechtssicher auszuschreiben, sprich die rechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten. Das, was man an Anforderungen ausschreibt, ist auch für den nachfolgenden Ausschreibungsprozess gültig. Daher sollte man sich gut überlegen, welche Anforderungen unbedingt erforderlich, welche „nur“ erwünscht sind usw. Dabei gilt: Überzogene Ansprüche wirken auf Bewerber abschreckend, daher besser realistisch »

Verstehen Sie die Anliegen Ihrer **BürgerInnen**?

- **Nutzen Sie Facebook**
- **Antworten Sie Ihren BürgerInnen – auch mit Video-Botschaft**

Mach's zum Thema

➢ Rasche Erkennung der aktuellen Themen & Meinungen der BürgerInnen

www.machszumthema.at

Ein Projekt der VALUE DIMENSIONS MANAGEMENT SERVICES GMBH

bleiben. Die festgehalten Anforderungen müssen jedenfalls im späteren Auswahlprozess beobachtbar und beurteilbar sein.

Optimal verbreiten! Es ist bekannt, dass Gemeinden meist nicht über eine prall gefüllte Geldtasche verfügen, daher muss das Insertionsbudget effektiv und klug eingesetzt werden. Mit der Stellenausschreibung möchten man möglichst viele potenzielle Bewerber informieren. Doch welche Ausschreibungskanäle nutzt man am besten? Da gäbe es die Gemeinde-Website und eventuell auch jene der Nachbargemeinden, oder die Gemeindezeitung. Auch bieten sich Aushänge an oder aber die Online-Insertion, die Print-Insertion oder sogar die Verbreitung über Social Media wie z. B. Facebook. Klar ist, die Ausschreibungskanäle haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Irgendeine Form der Online-Insertion (regional/überregional) sollte auf alle Fälle genutzt werden. Damit ist es auch möglich, das knappe Budget einzuhalten.

Der Ton macht die Musik! Viele Stellenausschreibungen sind sehr förmlich und „steif" formuliert und gestaltet, sodass man sich fragt, was eine solche Ausschreibung z.B. von einer Kundmachung für eine Bauverhandlung unterscheidet. Der Leser sollte sich nicht denken: „So, wie sich diese Ausschreibung liest und klingt, möchte ich dort wirklich nicht arbeiten!" Deshalb auf allgemein verständliche Formulierungen und zeitgemäße Sprache achten. Beim Erstellen der Ausschreibung kann man sich fragen: „Wie will ich als Gemeinde wirken? Wie eine moderne Verwaltung oder wie eine Ärmelschonerverwaltung mit dem Touch des klassischen Amtsschimmels?"

Bernhard Winkler ist Geschäftsführer von Trescon, einer der führenden österreichischen Personalberatungen, die auch eine Expertise im öffentlichen Sektor aufweist.

Eine attraktive Beschreibung der Gemeinde und der Gemeindeverwaltung zeigt „Für was stehen wir, wo wollen wir hin?" Die Gemeinde muss sich als attraktiver Arbeitgeber positionieren. Das ist für Unternehmen ganz selbstverständlich. Die öffentliche Verwaltung hingegen muss hier noch massiv aufholen und beginnen, vertrieblich zu denken. Nur auf diese Weise wird sie die bestmöglichen zukünftigen Mitarbeiter auf sich aufmerksam machen und gewinnen können.

ZUKUNFTSTHEMA: PERSONAL

PERSONALARBEIT IN GEMEINDEN WIRD DIGITAL

Eine österreichweite Befragung gewährt Einblicke in die Praxis der Personalarbeit in den Gemeinden. Die Digitalisierung der Ausschreibungs- und Bewerberverwaltung ist bereits bei jeder zweiten Gemeinde wesentliches Thema.

Der Kommunal-Experte TRESCON (www.trescon.at bzw. www.kommunalservice.at) befragte im Frühjahr 2017 in Zusammenarbeit mit dem Kommunal-Verlag kommunale Entscheidungsträger (BügermeisterInnen und AmtsleiterInnen in ganz Österreich) nach deren jetzigen und künftigen Handlungsfeldern in den Bereichen Personal, Organisation und Kooperation. Nun liegen die Detailergebnisse der Studie vor – mit teils überraschenden Resultaten.

Den größten Handlungsbedarf sehen Gemeinden in den nächsten beiden Jahren bei Personalthemen – angefangen von der Professionalisierung der Personalagenden über konkrete Stellenbesetzungen bis hin zu Teamentwicklung und Mitarbeiterbefragung.

Bei mehr als 70% aller Gemeinden ist eine konkrete Stellenbesetzung in den kommenden beiden Jahren relevant; dabei stellt die Personalsuche im Bereich Kindergarten (PädagogInnen und HelferInnen) für über 40% der Befragten die häufigste (und oftmals herausforderndste) Suche dar. Interessant ist zudem, dass unabhängig von Gemeindegrößen alle mit denselben Herausforderungen bei Stellenbesetzungen kämpfen: Die lückenlose Gesamtdokumentation eines Auswahlprozesses fordert mehr als 50% der Gemeinden heraus. Fast ebenso viele haben Schwierigkeiten, eine Stellenausschreibung passgenau zu erstellen. Auffallend ist, dass sich über 50% der teilgenommenen Gemeinden eine Unterstützung von einem externen Kommunal-Profi vorstellen können.

Dass die Digitalisierung Einzug in Österreichs Gemeinden hält, ist auch an der erfreulichen Zahl der Gemeinden ersichtlich, die ihre Bewerbungen elektronisch verwalten. Aufholbedarf besteht in Niederösterreich; mit 37% bildet Niederösterreich das Schlusslicht.

KOMMUNOS ist DIE Software-Lösung für Österreichs Gemeinden, denn diese Software wurde speziell für die Spezialanforderungen im kommunalen Umfeld entwickelt.

Wesentliche Anforderungen von Österreichs Gemeinden an ein Bewerbermanagementsystem (in Prozent)

Damit steht dem kommunalen Umfeld ein qualitativ hochwertiges und professionelles, digitales Ausschreibungs-Instrument zur Verfügung, um in Zukunft zeitgemäßes Personalmanagement auf höchstem Niveau zu betreiben.

„Die Ergebnisse der Befragung bestätigen unsere Idee, eine Ausschreibungs-, Bewerbermanagement- und Auswahlsoftware zu entwickeln, die sich ausschließlich an den Bedürfnissen der Gemeinden orientiert. Mit KOMMUNOS bieten wir ein solches maßgeschneidertes Tool, das schnell, professionell und rechtssicher ist und echten Mehrwert bietet", so Bernhard Winkler, Geschäftsführer von TRESCON und einer der Köpfe hinter KOMMUNOS. Die Software wurde mit dem Technikpartner creative BITS (www.creativebits.com) optimal auf die Anforderungen im kommunalen Umfeld hin entwickelt und zugeschnitten.

Die Digitalisierung bietet die einmalige Chance, Prozesse und Abläufe in der Ausschreibungs- und Bewerberverwaltung in Gemeinden zu optimieren und zukunftsorientiert zu gestalten. Es liegt nun ganz eindeutig an den Gemeinden, diesen Weg (weiter) zu gehen.

KOMMUNOS

NEUGIERIG AUF KOMMUNOS?
Mehr Informationen zur innovativen Ausschreibungs-, Bewerbermanagement- und Auswahlsoftware finden Sie unter **www.kommunos.at**
Mail: **office@kommunos.at**

T-MOBILE BRINGT PERFEKTE HARMONIE VON KULTUR UND TECHNOLOGIE

INNOVATIVE KOMMUNIKATION IN DER STADT HORN

Die Stadt Horn im Waldviertel zeigt: Vergangenheit und Zukunft müssen keine Gegensätze sein. Das regionale Zentrum für Kultur und moderne Technologie beweist, dass Geschichte und Innovation vereinbar sind – man muss bloß wissen wie.

Der Piaristensteg (oben) und das Höbarthmuseum (unten) in Horn.

Moderne Technologie kommt zum Einsatz, um eine sichere und qualitativ hochwertige Kommunikation zwischen den Mitarbeitern der Stadt zu gewährleisten. Dazu setzt Horn auf die Dienste von T-Mobile. Die Stadt nutzt die Festnetz-Lösung All In Communication und zusätzlich kommt auch eine M2M-Lösung des Technologiepartners zum Einsatz, um die Pumpwerke der Kläranlage der Stadt permanent zu überwachen.

Innovative Lösungen von T-Mobile. In puncto Kommunikation wird in Horn mit der Festnetz-Lösung All In Communication auf innovative Konzepte gesetzt – perfekt angepasst an die individuellen Anforderungen. „Grundlegendes Medium für unsere Kommunikation ist das Mobiltelefon, da viele Mitarbeiter im Außendienst tätig sind und ständig erreichbar sein müssen", erklärt Dr. Matthias Pithan, Stadtamtsdirektor der Stadt Horn. Nach dem Rathaus und dem Kunsthaus wird die Lösung nun in immer mehr öffentlichen Einrichtungen, wie etwa dem Kindergarten oder den Museen, benutzt – somit werden alle Außenstellen mit einer gemeinsamen Telefonanlage vernetzt. „Es war in den Kindergärten und Schulen immer ein Thema, dass die zuvor verwendeten Schnurlostelefone nur eine begrenzte Reichweite hatten. Das ist jetzt kein Problem mehr, und mit den Mobiltelefonen sind die Pädagoginnen bzw. Betreuerinnen auch bei Ausflügen mit den Kindern erreichbar", sagt Dr. Pithan. Die Stadt setzt zudem bei der Wasseraufbereitung auf eine M2M-Lösung von T-Mobile, um das hohe Servicelevel aufrechterhalten zu können.

Die All-In-Communication-Lösung von T-Mobile bietet ausgewählte Annehmlichkeiten der Mobil- und Festnetztelefonie durch die Erreichbarkeit unter einer zentralen Nummer auf allen Geräten. Ein weiterer bequemer Aspekt – Telefonate innerhalb des Netzwerks sind durch den VPN-Tarif kostenlos. Für die Stadt Horn erweist sich zudem die Möglichkeit der selbstständigen Verwaltung ihrer Telefonlage als sehr vorteilhaft, welche sich durch das neuartige Konzept der innovativen Telekommunikationslösung ergeben hat. Dr. Matthias Pithan schätzt zudem sehr die kompetente Unterstützung durch Mitarbeiter von T-Mobile. „Wir sind mit dem Kundenservice sehr zufrieden, unsere Ansprechpartner sind immer für uns erreichbar und bemüht, rasch Lösungen zu finden", so der Stadtamtsdirektor.

MEHR INFOS
Erfahren Sie, wie T-Mobile auch Ihre Gemeinde unterstützen kann. Vereinbaren Sie noch heute ein persönliches Beratungsgespräch unter 0676 20 333 oder auf **business.t-mobile.at/aic**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

BÜRGERBEFRAGUNG

WER RECHTZEITIG FRAGT, IST IN JEDEM FALL DER GEWINNER

Mit der Bürgerbefragung der Österreichischen Post kommen Sie schnell und kostensparend zu mehrheitlich abgesicherten Entscheidungen.

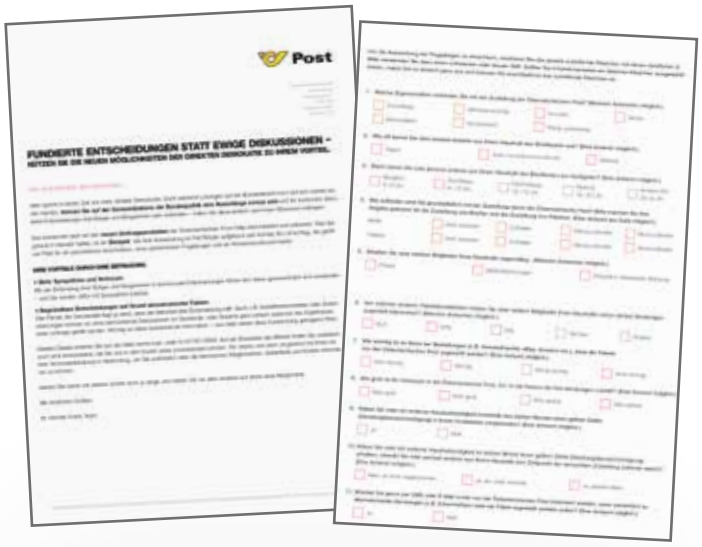
Alle paar Jahre an die Wahlurne zu treten reicht vielen Bürgerinnen und Bürgern heute nicht mehr. Sie erwarten, dass der Gemeinderat sie aktiv in Entscheidungen einbindet. **Direkte Demokratie** steigert die Legitimation von politischen Entscheidungen. Die Post hat dafür eine einfache Lösung: Mit der **Bürgerbefragung** erfahren Sie, was Bürger, Mitarbeiter oder Kunden zu bestimmten Themen denken: schnell und unkompliziert, effizient und kostengünstig.

Wie läuft eine Bürgerbefragung über die Post ab?
Zunächst beraten wir Sie umfassend, wie Sie den für Ihr Anliegen optimalen Fragebogen inhaltlich zusammenstellen. Anhand einer Vorlage gestalten Sie Ihren individuellen Fragebogen und liefern uns die fertigen Druckdaten. Bei Bedarf übernehmen wir auch die Gestaltung oder stellen Ihnen die Adressen für den Versand zur Verfügung. Wir kümmern uns anschließend um Druck und Versand der Kundenbefragung inkl. Anschreiben, Fragebogen und Antwortkuvert. Außerdem sorgen wir dafür, dass Sie die Antwortsendungen der Befragten erhalten.

Um Ihnen das manuelle Sichten der Antworten zu ersparen, liefern wir Ihnen optional alle Antwortsendungen als PDF, um diese bequem am PC zu sichten. Sie möchten die Ergebnisse ohne manuellen Erfassungsaufwand direkt digital auswerten? Kein Problem! Mittels OCR-Erkennung liefern wir Ihnen alle Ergebnisse Ihrer Befragung als elektronischen Datensatz.

Ihre Vorteile durch eine Bürgerbefragung:

- **Mehr Sympathien und Vertrauen:** Mit der Einbindung der Bürger in kommunale Entscheidungen fühlen sich diese wertgeschätzt und verstanden und Sie werden dafür mit Sympathien belohnt.
- **Begründbare Entscheidungen aufgrund demokratischer Fakten:** Entscheidungen, die von der Mehrheit einer Gemeinde getroffen wurden, werden von der jeweiligen Minderheit leichter akzeptiert als eine Verordnung des Gemeinderates.
- **Schnelle und unkomplizierte Produktion:** Wir beraten Sie kostenlos von der Idee bis zur Ausführung und kümmern uns um die Abwicklung Ihrer Befragung.



So könnte Ihre Umfrage aussehen: Ein persönliches Anschreiben mit beigefügtem Fragebogen. Die Post unterstützt Sie gerne bei der Gestaltung und stellt Ihnen Adressen für den Versand zur Verfügung.

MEHR INFOS
Mehr zur Bürgerbefragung erfahren Sie bei unserer Business Hotline 0800 212 212, unter **gemeindetag@post.at** oder **www.post.at/parteienfolder**.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

In Zwischenwasser passen hochwertige Architektur und Energieeffizienz perfekt zusammen.

Zwischenwasser gewinnt zum zweiten Mal „Staatspreis für Architektur & Nachhaltigkeit“

Von Dezember 2014 bis Ende Oktober 2015 wurde das Gemeindeamt der Vorarlberger Gemeinde Zwischenwasser umgebaut und auf höchstem ökologischen Standard generalsaniert.

Nun wurde dieses Amtsgebäude unter vier anderen besonders nachhaltigen Architekturprojekten unter den 78 Einreichungen durch Bundesminister Andrä Rupprechter in Innsbruck als Staatspreis ausgezeichnet.
Der Staatspreis für Architektur und Nachhaltigkeit ist die höchste Auszeichnung der Republik Österreich für zukunftsfähiges Bauen. Damit würdigt das BMLFUW herausragende Gebäude und ermutigt zu Weiterentwicklungen und Innovationen.
„Hochwertige Architektur und Energieeffizienz passen perfekt zusammen. Alle nominierten Projekte leisten einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele bis 2050 und tragen dazu bei, die österreichische Baukultur nachhaltig weiterzuentwickeln“, so Rupprechter anlässlich der Verleihung.

Mehr Bilder und Infos unter: www.klimaaktiv.at/bildgalerie/2017/staatspreis-verleihung.html

„Nun haben wir **als wahrscheinlich einzige Gemeinde Österreichs** mit dem generalsanierten Gemeindeamt und dem neuen Kindergarten in unmittelbarer Nähe im Dorfzentrum **zwei staatspreisgekrönte kommunale Gebäude**.“

Kilian Tschabrun,
Bürgermeister von Zwischenwasser

Optische Täuschung soll Straßen sicherer machen

Ísafjörður ist ein Städtchen an der Nordwestküste Islands. Mit knapp 2.500 Einwohner*innen ist sie gerade klein genug, um innovative Ideen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auszutesten, ohne – im Falle eines Misserfolgs – zu viel Chaos anzurichten. Plan diesmal: den Zebrastreifen durch eine optische 3D-Illusion neu interpretieren.

Die Idee zu der kreativen Sicherheitsmaßnahme hatte Ralf Trylla, Umweltbeauftragter des kleinen Fischerdorfs. Er hatte ein ähnliches Projekt in Neu-Delhi in Indien gesehen und wollte die Idee für Ísafjörður übernehmen.

SCREENSHOT: Gústi Productions/Youtube

Mehr Infos unter: http://ze.tt/diese-optische-taeuschung-soll-strassen-sicherer-machen/

BEST PRACTISE IN ALLER KÜRZE

3,6%

Der Baukostenindex (Basis 2015) für den Wohnhaus- und Siedlungsbau betrug für September 2017 104,6 Punkte. Damit lag der Index um 3,6 Prozent über dem Wert von September 2016 und um 0,4 Prozent höher als noch im August 2017.

QUELLE: Statistik Austria

Mit Ultraschall **gegen Kaugummis**

Hartnäckige Verschmutzungen wie plattgetretene Kaugummis verschandeln öffentliche Plätze und sind ein großes Problem für die Straßenreinigung. Nur mit viel Zeit- und Personalaufwand können diese entfernt werden. Das Institut für Allgemeinen Maschinenbau der TH Köln und die Metras P+U GmbH forschen an einem Straßenreiniger, der extreme Verschmutzungen wie Kaugummis oder Ölspuren per Ultraschall schnell und großflächig entfernen kann.

Prof. Dr. Axel Wellendorf, Metras-Werkstattleiter André Schudok, Metras-Geschäftsführer Herbert Schulte und der wissenschaftlicher Mitarbeiter André Prinz (v. l.) (Foto: Peter Krempin / TH Köln)

„In unserem Projekt koppeln wir die mechanische Straßenreinigung durch Bürste oder Hochdruck mit Ultraschall. Diese Technik soll in einen Standard-Straßenreinigungswagen eingebaut werden, der so eine Breite von 150 Zentimetern porentief säubern kann“, erläutert der Projektleiter Prof. Dr. Axel Wellendorf vom Campus Gummersbach der TH Köln. In Vorversuchen hat sich die Kombination der beiden Methoden bereits als sehr effektiv erwiesen und soll jetzt in einem Demonstrator zum Einsatz kommen. Bei herkömmlichen Reinigungsmethoden erreichen die Lösungsmittel nur die obersten Schichten, sodass auch nur diese abgetragen werden. Es verbleiben Rückstände der Extremverschmutzungen im Grund. Bei Ölen und Fetten dringen diese mit der Zeit an die Oberfläche und machen den Boden wieder rutschig. Bei Extremverschmutzungen sind auch nach der Reinigung unansehnliche Rückstände oder sogenannte Schatten zu sehen.

www.th-koeln.de/

Starke Regionen, starkes Europa

Die regionale Vielfalt anzuerkennen und auszubauen ist ein grundlegender Ansatz der europäischen Regionalpolitik.

Das Buch der drei österreichischen Autoren Johannes Ausserladscheiter, Joseph Miedl und Martin Reiter widmet sich der Geschichte der europäischen Regionalpolitik und fokussiert sich im Wesentlichen auf das LEADER-Projekt in der Region Triestingtal. Zusatz in der zweiten Auflage, die im Jahr 2015 erschien, sind noch weitere Best-Practice-Beispiele aus anderen Regionen.

Fazit: Das Buch ist für alle mit dem Thema Regionalpolitik befassten Politiker ein guter Einstieg. Es gibt eine Übersicht über die Themenlage und zeigt auch, dass Zusammenarbeit über die eigenen Gemeindegrenzen hinweg einen großen Mehrwert haben kann.

Erscheinungsjahr: 2015
Verlag: Edition Tirol
ISBN: 978-3-85361-170-8
Eine Bestellung ist nur mehr bei den Autoren möglich:

Europa Studien
c/o Martin Reiter
St. Gertraudi 16

FOTOS // Peter Krempin/TH Köln //Zwischenwasser

mall
umweltsysteme

ÖNORM B2506-3
geprüft und registriert

Gewässerschutzfilter ViaGard

Zur Entfernung von feinen AFS, Schwermetallen, Pestiziden, PAK und MKW

- Einfacher Filtertausch
- Einfacher Filteraufbau
- Geringer Wartungsaufwand

Sorptionsmaterial ViaSorp

ViaSorp sorgt für eine dauerhafte Aufnahme und Rückhaltung von

- Abfiltrierbaren Stoffen (Partikelretention)
- Schwermetallen in gebundener und gelöster Form
- mineralischen Kohlenwasserstoffen

www.mall-umweltsysteme.at
info@mall-umweltsysteme.at

LAND & LEUTE

KOMMUNALWAHLEN
Keine großen Umstürze im Burgenland
Seite 72

SCHULE & VERKEHR
Verkehrssicherheit vor Schulen ist gefragt
Seite 75

Fabio Halb hat die Fußball-Akademie des GAK absolviert, ist gelernter Stürmer und seit kurzem der jüngste Bürgermeister Österreichs im südburgenländischen Mühlgraben.

NAME:	**FABIO HALB**
ALTER:	**20**
GEMEINDE:	**MÜHLGRABEN**
EINWOHNERZAHL:	**391** (1. Jänner 2017)
BÜRGERMEISTER SEIT:	**10. OKTOBER 2017**
PARTEI:	**SPÖ**

NAHAUFNAHME: FABIO HALB

DER JUNGE STÜRMER SCHAFFT VERTRAUEN

Herr Halb, wie sind Sie in die Politik gekommen?
Die Politik hat mich grundsätzlich schon immer interessiert. In der Familie war sie immer ein Tagesthema. Bei der letzten Gemeinderatswahl war ich allerdings noch nicht wahlberechtigt und auch noch kein möglicher Wahlwerber, aufgrund dessen habe ich vor zwei Jahren den Schriftführerposten in der Ortspartei übernommen. Damit, dass der bisherige Bürgermeister nach drei Amtsperioden nicht mehr antritt und damit eine große Veränderung kommt, habe ich selbst nicht gerechnet.

Wie erklären Sie sich Ihren Erfolg?
Wir sind eine kleine, feine Gemeinde, mit rund vierhundert Einwohnern, und ich respektiere jeden einzelnen. Das ist das Allerwichtigste. Es geht aber auch sehr viel um Vertrauen. Das muss man sich als Junger umso härter erarbeiten, und das ist mir in den letzten Monaten sehr gut gelungen. Ich habe keine Vorurteile, kann dadurch in jedes Haus hineingehen und mich mit allen Leuten unterhalten. Darauf kommt es an.

> „DIE LEUTE MERKEN ES, WENN MAN SICH **ZEIT FÜR SIE NIMMT**."

Wie vereinbaren Sie Ihren Beruf als Bankangestellter und das Bürgermeisteramt?
Das trenne ich sehr streng. Das eine ist der Vollzeit-Job in der Bank. Auch in diesem geht es um Vertrauen,und nicht selten um sehr, sehr viel. Die Bank ist sicher kein Gemeindeamt, und da wird auch nicht über die Politik geredet. Was man außerhalb des Berufes macht ist privat. Dieses „Private" ist für mich der Bürgermeisterjob. Zeitlich sollte das auch möglich sein. Ich hab ja eine Banklehre gemacht, und weil ich beim GAK gespielt habe, bin ich seit meiner Hauptschulzeit über sechs Jahre hinweg immer nach Graz gependelt. Seit eineinhalb Jahren arbeite ich in Jennersdorf. Das ist um vieles angenehmer, weil ich nur zehn Minuten in die Arbeit fahre und durch die Zeitersparnis eine ganz andere Lebensqualität und genügend freie Ressourcen habe.

Welche Schwerpunkte möchten Sie zukünftig setzen?
Wir haben ein Zehn-Punkte-Programm erstellt: von „Attraktives Dorf" bis „Zusammenhalt" Bei letzterem habe ich in den vergangenen Jahren gesehen, dass es nicht mehr so wie früher ist.

Was fehlt Mühlgraben?
Ein Manko, das es noch bei uns gibt, ist das Fehlen eines sozialen Treffpunkts. Ein sozialer Mittelpunkt, an dem sich Jung und Alt trifft, wo man Karten spielen kann und wo man sich austauscht. Das haben wir leider momentan nicht. Dafür haben wir einen sehr aktiven Pensionistenverband, der ständig Treffen und Ausflüge veranstaltet. Erst vor zwei Wochen war ich bei einem solchen Treffen zu Besuch. Bei der Veranstaltung habe ich aber die Gelegenheit gehabt zu überzeugen, noch einmal auf jeden einzugehen, und ich glaube, das hat es dann im Endeffekt ausgemacht.

Mit 80 Prozent haben Sie die Wahl sehr eindeutig gewonnen.
Die Leute merken es, wenn man sich Zeit für sie nimmt. Wenn man mit ihnen redet, kann man einfach am besten überzeugen, am meisten hineinhorchen, verstehen, wo die Menschen der Schuh drückt und was sie gerne hätten.

Der **Mensch** hinter dem Bürgermeister

ZUHAUSE IST FÜR MICH ...
meine Gemeinde: Mühlgraben

ICH WÜNSCHE MIR ...
Gesundheit. Die ist das Allerwichtigste.

DAS WILL ICH UNBEDINGT NOCH ERLEBEN ...
Als junger Mensch so viel wie nur möglich! Von Reisen, über diverse Aktivitäten, einfach alles!

WOVOR HABEN SIE ANGST?
Es mag immer wieder individuelle Ängste geben. Genau beschreiben lassen sich diese mitunter gar nicht.

WIE WÜRDEN SIE SICH SELBST BESCHREIBEN?
Als ein Lebensmensch, der voller Freude und sehr offen ist.

MEIN LEITSPRUCH:
Zusammenkunft ist ein Anfang, Zusammenhalt ist ein Fortschritt, Zusammenarbeit ist der Erfolg. (von Henry Ford)

Mehr über Fabio Halb http://kommunal.at/artikel/der-junge-stuermer-schafft-vertrauen/

KOMMUNALWAHLEN IM BURGENLAND

KEINE UMSTÜRZE IN DEN GEMEINDEN

Der erste Durchgang der Kommunalwahlen im Burgenland brachte keine großen Veränderungen. Bei der Anzahl der Bürgermeister gibt es einen Gleichstand zwischen SPÖ und ÖVP. Beide Parteien stellen nun – Stichwahlen stehen noch aus – 74 Ortschefs.

TEXT / Helmut Reindl

Der erste Durchgang der Bürgermeisterwahlen im Burgenland endete vorerst mit einem Gleichstand bei den Ortschefs: Sowohl die SPÖ als auch die ÖVP stellen nun jeweils 74 Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister. In vier Gemeinden kommt es zu einem Bürgermeistertausch zwischen SPÖ und ÖVP. Bocksdorf (Bezirk Güssing) und Neuhaus am Klausenbach (Bezirk Jennersdorf) gingen von der ÖVP an die SPÖ und Großmürbisch (Bezirk Güssing) und Tadten (Bezirk Neusiedl am See) von der SPÖ an die ÖVP. In vier Gemeinden waren Listen siegreich. In 19 Gemeinden kommt es am 29. Oktober zu einer Stichwahl – KOMMUNAL wird in der kommenden Ausgabe über die Stichwahlen berichten.

Mehr Blau in den Gemeinderäten. Auch bei der Anzahl der Gemeinderatsmandate gab es kaum Verschiebungen. SPÖ und ÖVP verloren landesweit leicht, liegen aber beide stabil bei über 40 Prozent.

- Die SPÖ stellt künftig 1461 Gemeinderäte, das bedeutet ein Minus von 50 Mandaten.
- Die ÖVP hält bei 1364 Mandaten und hat gegenüber 2012 ein Mandat gewonnen.
- Die FPÖ gewann 63 Mandate und kommt auf 144.
- Die LBL verzeichnet ein Plus von sechs Mandaten und hält bei 45.
- Die Grünen bleiben bei ihren 27 Mandaten, die NEOS schafften in Pinkafeld ihr erstes Mandat.

„Die Regelung ist **bürgernah und unbürokratisch.“**

Erich Trummer, Präsident des GVV Burgenland über den vorgezogenen Wahltag.

- Auf sonstige Listen entfallen 101 Mandate – das sind um 21 weniger als 2012.

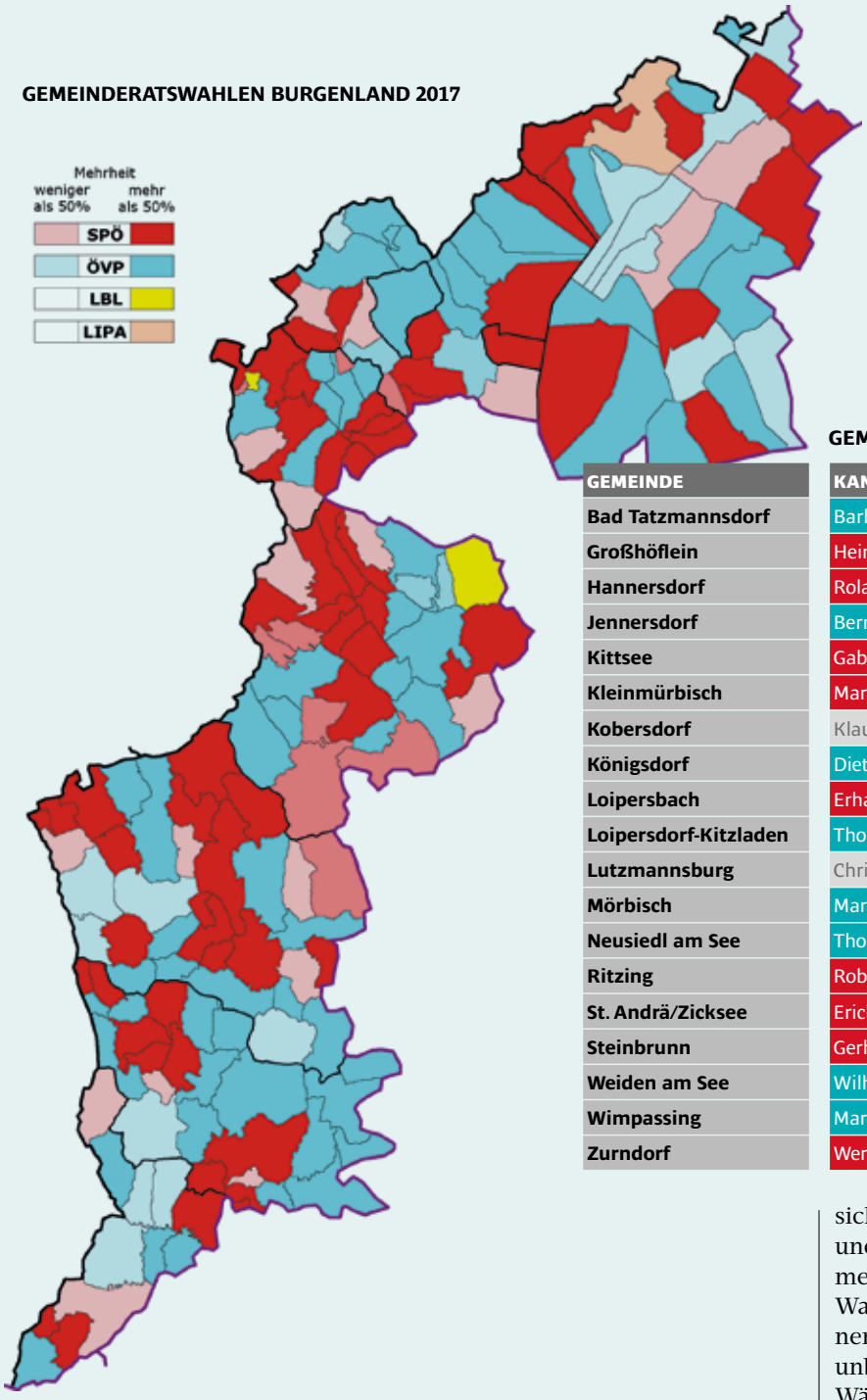
Die Chefs der beiden Gemeindevertreterverbände sind mit den Ergebnissen ihrer jeweiligen Parteien zufrieden. „Ich bin zuversichtlich, dass wir auch nach den Stichwahlen die Bürgermeisterpartei Nummer eins im Burgenland sein werden“, meint Erich Trummer, Präsident des SP-Verbandes und Bürgermeister von Neutal. „Bei den Gemeinderäten waren wir schon bisher auf einem hohen Niveau und haben nur etwas über einem Prozentpunkt verloren.“

Leo Radakovits, Präsident des Burgenländischen VP-Gemeindebundes und Bürgermeister im südburgenländischen Güttenbach, freut sich wiederum, dass die ÖVP bei den Bürgermeistersesseln mit der SPÖ gleichgezogen hat. An einen Rückenwind aus dem Nationalratswahlkampf glaubt er nicht. „Das war höchstens in den größeren Städten der Fall, aber meistens haben lokale Themen entschieden“, meint Radakovits.

ÖVP siegt in Eisenstadt. In der Landeshauptstadt Eisenstadt konnte die ÖVP ihren ersten Platz ausbauen. ÖVP-Landesparteiobmann und Bürgermeister Thomas Steiner legte um 6,8 Prozentpunkte auf 60,3 Prozent zu und setzte sich damit im ersten Wahlgang durch.

Unterschiedliche Meinungen über vorgezogenen Wahltag. Erstmals gab es bei Gemeinderatswahlen einen vorgezogenen Wahltag. Bei der Einschätzung über dessen Sinnhaftigkeit sind

GEMEINDERATSWAHLEN BURGENLAND 2017



GEMEINDEN IN DER STICHWAHL

GEMEINDE	KANDIDAT 1	KANDIDAT 2
Bad Tatzmannsdorf	Barbara Baldasti (VP)	Gert Polster (SP)
Großhöflein	Heinz Heidenreich (SP)	Maria Zoffmann (VP)
Hannersdorf	Roland Gabriel (SP)	Gerhard Klepits (VP), in
Jennersdorf	Bernhard Hirczy (VP)	Reinhard Deutsch (JES)
Kittsee	Gabriele Nabinger (SP)	Johannes Hornek (VP)
Kleinmürbisch	Martin Frühwirth (SP)	Wolfgang Wolf (VP).
Kobersdorf	Klaus Schütz	Martina Pauer (VP)
Königsdorf	Dieter Wirth (VP)	Maria Trinkl (SP)
Loipersbach	Erhard Aminger (SP)	Roman Amring (FP)
Loipersdorf-Kitzladen	Thomas Böhm (VP)	Jürgen Zimara (SP
Lutzmannsburg	Christian Rohrer (ADL)	Roman Kainrath (SP)
Mörbisch	Markus Binder (VP)	Jürgen Marx (SP)
Neusiedl am See	Thomas Halbritter (VP)	Elisabeth Böhm (SP)
Ritzing	Robert Trimmel (SP)	Ernst Horvath (VP), in
St. Andrä/Zicksee	Erich Goldenitsch (SP)	Andreas Sattler (VP)
Steinbrunn	Gerhard Frasz (SP)	Thomas Kittelmann (VP)
Weiden am See	Wilhelm Schwartz (VP)	Heinrich Hareter (SP)
Wimpassing	Marion Pöschl (VP)	Ernst Edelmann (SP)
Zurndorf	Werner Friedl (SP)	Werner Falb-Meixner (VP)

sich die Chefs der Gemeindevertreterverbände uneinig. „Das hat sich voll und ganz bewährt“, meint Erich Trummer und verweist auf eine Wahlbeteiligung von 12 Prozent am vorgezogenen Wahltag. „Die Regelung ist bürgernah und unbürokratisch – und auch sicherer als etwa das Wählen per Wahlkarte.“

Die gesamte Wahlbeteiligung konnte aber nicht gesteigert werden. Leo Radakovits ist daher deutlich skeptischer. Er kritisiert die zusätzlichen Personalkosten, die der zweite Wahltag mit sich bringt. „Mein Vorschlag wäre gewesen, den zweiten Wahltag nur in der Sitzgemeinde zu machen, wo dann verschiedene Wahlurnen für die jeweiligen Ortsteile aufgestellt werden.“ Radakovits’ Fazit: „Angesichts des großen Aufwands sehe ich – vor allem angesichts der Möglichkeit, drei Wochen lang durch Briefwahl zu wählen – den vorgezogenen Wahltag nicht als Erfolg.“

„Angesichts des großen Aufwands sehe ich den **vorgezogenen Wahltag nicht als Erfolg.“**

Leo Radakovits

HELMUT REINDL IST REDAKTEUR BEI KOMMUNAL
helmut.reindl@kommunal.at

GRAFIK // Von Steindy (Diskussion) 00:56, 2 October 2017 (UTC) - Eigenes Werk self drawn, CC-BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=63032618

SCHULE UND TIERSCHUTZ

KIND UND HUND – **ABER SICHER**

Mit der Präsentation von zwei neuen Ratgebern bringt der Verein „Tierschutz macht Schule“ und das zuständige Mnisterium Eltern, Schulen und Kindern mehr Wissen im Umgang mit Tieren näher.

Der Ratgeber „Kind und Hund, aber sicher“ richtet sich an Erwachsene. Eltern, aber auch Betreuer, die mit Kindern im Alltag fremden Hunden begegnen und dabei unsicher sind, erhalten wertvolle Tipps, die leicht anzuwenden sind. „Mir ist es ein großes Anliegen, dass Kinder und Erwachsene fachlich fundiertes Tierschutzwissen erhalten. Der Verein ‚Tierschutz macht Schule‘ leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Tierschutz“, so Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagner.

Für den sprachsensiblen Unterricht. Eine neue Ausgabe des Unterrichtshefts „Sprechen wir dem WELL-KA-HU-KAMEER-PLOPP über Tierschutz“ soll Volksschulkindern mit Deutsch als Zweitsprache zeigen, was Tierschutz bedeutet. Nebenbei erfahren die Kinder, was ein Tierheim ist, wie die verschiedenen Tier-Körperteile genannt werden und warum das Wegwerfen von Müll in der Natur für Wildtiere gefährlich ist.

Als Gesundheitsministerin auch für den Tierschutz zuständig: Pamela Rendi-Wagner präsentiert eine der neuen Broschüren.

Lea Mirwald, Geschäftsführerin vom Verein „Tierschutz macht Schule“, empfiehlt das Heft für die gesamte Schulklasse. Denn „viele Kinder sind an Tieren interessiert. Über sie zu sprechen, kann sehr verbindend sein.“

Das Lehrmaterial ist für den sprachsensiblen Unterricht geeignet und wurde von Expertinnen der Pädagogischen Hochschule Niederösterreich und dem Österreichischen Sprachen-Kompetenz-Zentrum geprüft.

Die Broschüren sind in Schulklassen-Stückzahl kostenlos (Porto muss aber bezahlt werden) beim Broschürenservice des Bundesministerium für Gesundheit erhältlich. www.bmgf.gv.at www.tierschutzmachtschule.at

SACHBUCH: ALLZU VIEL IST UNGESUND

Der neue Ratgeber „Allzu viel ist ungesund – Hunde-Beschäftigung und ihre notwendigen Grenzen“ hält alltagstaugliche Tipps für tierschutzgerechte Trainings- und Beschäftigungsansätze für den Hund bereit.
Dieses Buch richtet sich an Hundebesitzer und Tierfreunde, die auch an ihrem Zugang zu Hunden und Hundehaltung arbeiten wollen. Die Autoren erklären, worauf geachtet werden sollte, und geben eine Fülle praktischer Tipps, um ein tägliches Leben mit einem Hund und all seinen unterschiedlichen Bedürfnissen harmonischer zu gestalten.
Die im Buch angeführten Ratschläge sind umso wichtiger, wenn man die Schlagzeilen im Hinterkopf hat, wonach immer wieder – vor allem und leider – Kinder von Hunden gebissen werden. Wenn man sich die einzelnen Fälle ansieht, ist es sehr oft so, dass die Hunde nach dem Spiel keinen oder zu wenig Raum haben, um sich zurückzuziehen.

Ein Beispiel: Das allseits beliebte „Hol’s Balli“-Spiel weckt im Hund den Jagdtrieb und versetzt ihn in einen Zustand erhöhter Erregung. Je länger das Spiel dauert, desto mehr und höher die Erregung. Nach diesem Spiel ist es dann umso wichtiger, dem Hund zu Hause Ruhe zu gönnen. Dann sind Kinder, die weiter spielen und vielleicht auch dem Hund das „Balli“ (die Beute!) aus dem Maul nehmen wollen, gefährdet. Wenn dann die Kommunikations-Vorstufen Knurren („Lass mich in Ruhe!“) oder weggehen („Lass mich!“) ignoriert werden, sind Zwischenfälle vorprogrammiert.
Dieses Buch gibt viele verschiedene Anregungen, beispielsweise dass es nicht nur das „Hol’s Balli“-Spiel gibt, sondern noch vieles mehr, was man mit Hunden gemeinsam spielen kann.

Adler; Braun; Ganslößer
„Allzu viel ist ungesund – Hunde-Beschäftigung und ihre Grenzen“
ISBN: **978-3-275-02092-8**

KINDER UND SCHULWEG

VERKEHRSSICHERHEIT IM SCHULUMFELD

An jedem Schultag verunglücken in Österreich im Schnitt drei Schüler im Alter zwischen sechs und 15 Jahren auf ihrem Schulweg.

Der alltägliche Straßenverkehr stellt hohe Ansprüche – profunde Kenntnisse der Verkehrsregeln, vorausschauendes Denken und ständige Aufmerksamkeit werden dabei auch von Seiten junger Verkehrsteilnehmer erwartet. Gefährliche Situationen am täglichen Weg in die Schule sind daher keine Seltenheit. Wer jedoch der Ansicht ist, Schulwegsicherheit wäre ein nur für die Zielgruppe der Volksschüler relevantes Thema, der irrt. Eine vom KFV durchgeführte aktuelle Beobachtung unter Schülern im Alter von zehn bis 14 Jahren zeigt, dass 50 Prozent der beobachteten Einzelpersonen beim Queren von Fahrbahnen erkennbar abgelenkt waren. Bei den in Gruppen erfassten Schülern betrug der Anteil an abgelenkten Personen sogar 92 Prozent.

Spezifische Lösungen für individuelle Bedürfnisse. Konflikte und Gefahren auf dem Schulweg gehen zumeist vom Kfz-Verkehr aus, häufige Problemstellen sind Kreuzungen, Querungsstellen sowie die Parksituation vor der Schule. Für die Verbesserung der Verkehrssicherheit im Schulumfeld bietet sich – je nach Zielgruppe und konkreter Situation vor Ort – eine Reihe an möglichen Maßnahmen an. Die Palette reicht dabei von der Schulwegsicherung durch Schülerlotsen über bauliche Maßnahmen wie zum Beispiel Fußgängerzonen bis hin zu Elternhaltestellen für den sogenannten „Pedibus“ – dem von Erwachsenen begleiteten, gemeinsamen Schulweg mehrerer Kinder entlang einer fixen Route. Doch nicht immer fällt es leicht, die passenden Maßnahmen zu identifizieren, um die Anforderungen des Straßenraumes bestmöglich mit jenen des Schulumfeldes in Einklang zu bringen.

Konflikte und Gefahren auf dem Schulweg gehen zumeist vom Kfz-Verkehr aus, häufige Problemstellen sind Kreuzungen, Querungsstellen sowie die Parksituation vor der Schule.

„Bei den in Gruppen erfassten Schülern betrug der Anteil an **abgelenkten Personen sogar 92 Prozent.**“

Risiken identifizieren – Maßnahmen setzen. Hier setzt die RVS-Richtlinie 03.04.14 „Gestaltung des Schulumfeldes“, herausgegeben von der Forschungsgesellschaft Straße – Schiene – Verkehr (FSV) an. Die darin beschriebenen Maßnahmen zielen darauf ab, eine selbstständige Mobilität aller Kinder zu ermöglichen und dem Bewegungsdrang der Schüler nach Unterrichtsschluss sicheren Raum zu geben. Nicht zuletzt kann dadurch für alle Anrainer eine Verbesserung der Umfeldqualität erzielt werden. Für jede der angeführten Maßnahmen ist angegeben, inwiefern sie zur Optimierung des Sichtfeldes, zur Geschwindigkeitsreduktion und zur Reduktion des motorisierten Verkehrsaufkommens beiträgt.

Die RVS-Richtlinie richtet sich an Gemeindevertreter, Direktoren, Lehrer und Eltern gleichermaßen und ist sowohl auf städtische als auch auf ländliche Siedlungsräume anwendbar.

FOTO // shutterstock/Newman Studio

familienfreundlichegemeinde

Gemeinsam für mehr Familienfreundlichkeit:

Gemeinsam mehr erreichen - wenn mehrere familienfreundliche Gemeinden zusammen an einem Strang ziehen tieren bereits von familienfreundlichen Maßnahmen.

Die Möglichkeit zur guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wesentlicher Punkt, wenn es um die Attraktivität eines Standortes geht. Um Herausforderungen wie Abwanderung und Fachkräftemangel erfolgreich meistern zu können, wird es immer wichtiger, dass Gemeinden aber auch Unternehmen, an einem Strang ziehen. Familienfreundlichkeit ist dabei ein zentraler Faktor für den Erfolg eines Standort. Denn wenn den Familien vor Ort ein attraktives Umfeld geschaffen wird, in dem sie sich wohl fühlen können, ist die Wahrscheinlichkeit der Abwanderung gering. Hier können Gemeinden, die sich der Wichtigkeit eines familienfreundlichen Angebots bewusst sind, Synergien nutzen und zusammenhelfen. Das Audit *familienfreundlicheregion* bietet Gemeinden dabei die Möglichkeit, durch systematischer interkommunaler Zusammenarbeit noch mehr zu erreichen und sich so einen zentralen Vorsprung im Standortwettbewerb zu schaffen.

Von familienfreundlichen Maßnahmen profitieren alle. (c) Stadtgemeinde Wr. Neustadt

Das Audit *familienfreundlicheregion*

Das Audit *familienfreundlichegemeinde/region*, gilt als kommunalpolitischer Prozess und Evaluierungs-Controllinginstrument für österreichische Gemeinden/Regionen. Mit Hilfe von Workshops und aktiver Bürgerbeteiligung wird das vorhandene Angebot an familienfreundlichen Maßnahmen festgestellt und darauf basierend passgenaue, bedarfsgerechte Verbesserungen entwickelt. Dadurch soll die Attraktivität der Gemeinde als Wohn- und Wirtschaftsstandort langfristig gesteigert und das Familienbewusstsein verankert werden. Das Audit kann auf einen langjährigen Erfolg bei Gemeindeprojekten verweisen: insgesamt nehmen schon rund 450 Gemeinden, das sind rund 21 Prozent aller österreichischen Gemeinden teil und somit haben bereits über 2,4 Millionen Bürger/innen, also ein Drittel der Gesamtbevölkerung, von den familienfreundlichen Maßnahmen profitiert. Durch eine Kooperation innerhalb der Region für mehr Familienfreundlichkeit, können die Gemeinden von den Synergieeffekten profitieren, Doppelgleisigkeiten abbauen und ein familienfreundliches Netzwerk schaffen. Das bringt entscheidende Vorteile im Standortwettbewerb.

Best Practice Triestingtal

Im Jahr 2009 stellten sich insgesamt zwölf familienfreundliche Gemeinden dem Auditprozess *familienfreundlicheregion* und wurden 2012 als erste familienfreundlichen Region Österreichs mit dem staatlichen Gütezeichen von Familienministerin Dr. Sophie Karmasin ausgezeichnet. In der *familienfreundlichenregion* Triesting-

Familienfreundlichkeit lohnt sich! Für jeden.

Familie & Beruf
Management GmbH

www.familieundberuf.at
E-Mail: audit@familieundberuf.at

Folgen Sie uns:
www.facebook.com/familieundberufat
www.instagram.com/familieundberufat

Audit
familienfreundlicheregion

Das Audit *familienfreundlicheregion*

verbessert sich die Familienfreundlichkeit in der gesamten Region! - Über 450 Gemeinden und Regionen profi-

tal, bestehend aus den zwölfGemeinden Kaumberg, Pottenstein, Berndorf, Hernstein, Hirtenberg, Enzesfeld-Lindabrunn, Leobersdorf und Günselsdorf sowie Altenmarkt, Furth, Weissenbach und Schönauch an der Triesting, wird ganz besonders der Austausch der Familie untereinander gefördert. Mit dem regionsübergreifenden Eltern-Kind-Zentrum in Hirtenberg konnte mehr Raum für den Informations- und Erfahrungsaustausch für Eltern mit Kleinkindern geschaffen werden. Das EKIZ-Zentrum ist ein Zentrum der Begegnung, des Lernens, der Vernetzung – eine Plattform für werdende Eltern und Eltern mit Kindern bis zum Pubertätsalter. Auch unterschiedlichste Kurse beispielsweise zur Geburtsvorbereitung, Gesundheitsvorsorge, Informationen rund ums Baby bzw. Kind, sowie eine Eltern-Beratung und Diskussionsrunden stehen zur Verfügung. So wird nicht nur die Hilfe untereinander, sondern auch die Bindung zur Region durch das gegenseitige Kennenlernen gestärkt.

(c) Stadtgemeinde Wr. Neustadt

Best Practice Wiener Neustadt

Auch heuer wird im Rahmen der Zertifikatsverleihung *familienfreundlichegemeinde* wieder eine familienfreundliche Region ausgezeichnet. Unter dem Namen „Stadt & Land mitanand" - familienfreundliche Region Wiener Neustadt setzen die Stadt Wiener Neustadt, die Marktgemeinde Bad Erlach, Marktgemeinde Bad Fischau-Brunn, Gemeinde Katzelsdorf, Marktgemeinde Lanzenkirchen und die Marktgemeinde Wöllersdorf – Steinabrückl ein gemeinsames Zeichen für ein Mehr an Familienfreundlichkeit in Österreich. Die Region steht dabei ganz im Zeichen der Nutzung von Synergien. Von der Vernetzung von Ferienbetreuungsangeboten, Vereinen und Sporteinrichtungen für Jugendliche über eine Webplattfrom für Ehrenamtliche bis hin zu regelmäßige Treffen der Regionsgemeinden und der Forcierung von generationsübergreifenden Projekten „Alt und Jung mitanand"- gemeinsam wird den Bürger/innen der Region ein umfassendes familienfreundliches Portfolio angeboten - mit dem Ziel die Attraktivität innerhalb der gesamten Region als Lebens- und Wirtschaftsstandort zu steigern und die regionale Identität der Bürger/innen zu stärken.

Interesse bekommen?

Wollen auch Sie von den Vorteilen einer familienorientierten Kommunalpolitik profitieren? Dann machen Sie es den 450 Gemeinden und vier Regionen in Österreich gleich und starten Sie noch heute mit dem Audit. Setzen Sie ein Zeichen und leisten Sie ein Beitrag dazu, Österreich noch ein Stück familienfreundlicher zu machen. Davon profitieren nämliche alle - auch Sie!

Alle Informationen finden Sie auf **www.familieundberuf.at**

Machen Sie mit und starten Sie noch heute mit dem Audit!

Sind Sie schon dabei?

UNTERNEHMEN FÜR FAMILIEN

www.unternehmen-fuer-familien.at

bmfj
BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIEN UND JUGEND

Bezahlte Anzeige

WIE GENOSSENSCHAFTSPROJEKTE ERFOLGREICH SEIN KÖNNEN

„BARTLE – ÜSER WIRTSHUS“

Würde man in Österreich fragen, welche Einrichtung in Gemeinden das soziale Leben am meisten prägt, so wäre das Wirtshaus wahrscheinlich ganz weit vorne. Was aber, wenn das Wirtshaus zusperrt?

TEXT / Carina Rumpold

Vorarlberg gilt als eine der wirtschaftlich und touristisch stärksten Regionen Österreichs. Dennoch haben auch hier Gemeinden mit den Problemen zu kämpfen, die in ganz Österreich Thema sind. Als 2011 das Café Grabherr aufgrund des viel zu frühen Ablebens des Betreibers seine Pforten schloss, fehlte mit einem Schlag ein wichtiger sozialer Treffpunkt in der Vorderwälder Gemeinde Riefensberg. „Es gibt zwar noch ein Wirtshaus in der Gemeinde, das hat aber nicht immer offen. Es fehlte zum Beispiel der Mittagstisch oder ein Ort, an dem sich die Jugend treffen kann“, erinnert sich der 37-jährige Bürgermeister Ulrich Schmelzenbach. Daher dauerte es nicht lange, bis der Wunsch nach einem stärkeren Engagement der Gemeinde laut wurde. „Manche wollten, dass die Gemeinde das Gebäude kauft. Aber wir alle wissen, dass kaufen nicht das Problem ist, sondern jemanden zu finden, der das betreibt,“ betont der Ortschef, der 2015 ins Amt gewählt wurde.

Es folgten viele Sitzungen, in denen über mögliche Lösungen diskutiert wurde. „Es lag auch schon eine Kaufsumme auf dem Tisch. Auf Initiative unseres jetzigen Genossenschaftsobmanns Richard Bilgeri wurde ein Ausschuss gegründet, um sich näher mit dem Modell der Genossenschaft auseinanderzusetzen.“ Die Gruppe schaute sich Projekte im Schwarzwald an, erkundigte sich nach möglichen Förderungen bei der Regionalentwicklung und bei LEADER. Auch mit der Raiffeisen-Bank trat man in Gespräche. „Noch vor Ende der Verhandlungen wurden 130 Anteilsscheine zu 1000 Euro für Erwachsene und zu 500 Euro für Jugendliche ausgegeben. Das war mit der Absichtserklärung verbunden, dass, wenn wir die benötigte Summe zusammenbekommen, die Leute das Geld tatsächlich bereitstellen.“ Diese Aktion war so erfolgreich, dass selbst die von der Gemeinde zugesicherten 40 Anteile verkauft hätten werden können. „Es war uns wichtig, dass auch die Gemeinde ein Zeichen setzt und das Projekt unterstützt“, erzählt Schmelzenbach. Die Beteiligten erhielten dafür weder Zinsen noch die Aussicht, das Geld je wieder zurück zu bekommen. „Sie erhielten dafür ein Gasthaus“, meint Bilgeri lapidar.

Als man die 300.000 Euro für den Kauf des Kaffeehaus-Gebäudes beisammen hatte, wäre das Projekt beinahe gescheitert: „Bei der entscheidenden Sitzung war die Stimmung schon fast so, dass alle der Mut verlassen hat, dieses Projekt auch wirklich umzusetzen. Diese Zweifel waren durchaus berechtigt, denn es gibt ja viele Gemeinden, in denen so ein Genossen-

„Es ist uns schon wichtig, dass sich **auch am Wochenende im Ort was tut.**“

Ulrich Schmelzenbach, Bürgermeister von Riefensbach

Das Team des Bartle setzt sich aus fünf Angestellten und zahlreichen freiwilligen Helfern zusammen.

schaftsprojekt gescheitert ist. Mein Vorvorgänger Leopold Willi hat aber dann das Wort ergriffen und sehr für das Projekt gesprochen. Ich glaube, nur durch seinen Einsatz ist das Votum am Ende für das Projekt ausgegangen."

Fragt man den jungen Ortschef, was das Besondere an seiner Gemeinde ist, so antwortet er ohne Zögern, dass es der einzigartige Zusammenhalt in der 1100-Einwohner-Gemeinde ist. Dieser Zusammenhalt wurde auch bei der Sanierung des Hauses sichtbar: „Für den Umbau musste zwar ein Kredit aufgenommen werden, die umliegenden Firmen haben das benötigte Material aber eins zu eins, also ohne Gewinnspanne, weitergegeben. Die Arbeit haben viele Handwerker sogar ehrenamtlich erledigt. Der Richard war sicher ein halbes Jahr jeden Samstag um 6 Uhr vor Ort und hat gearbeitet. Also da haben wirklich viele ihren Idealismus und ihren Ehrgeiz investiert." Seit der Eröffnung von „Bartle – üser Wirtshus" im Sommer 2014 ist das Projekt auch wirtschaftlich erfolgreich.

Was lässt dieses Projekt strahlen, während andere scheitern? Zum einen ermöglicht eine vermietbare Wohnung über dem Kaffeehaus regelmäßige Einnahmen, die wirtschaftliche Schwankungen ausgleichen. Außerdem sind immer noch viele ehrenamtlich dabei. Am Samstag zwischen 14 und 17 Uhr helfen immer Ehrenamtliche beim Servieren. Diese 15 bis 20 Personen wechseln sich in ihrem Einsatz ab. Es gibt aber auch fünf Angestellte. Schmelzenbach berichtet über Überlegungen, dem Genossenschaftsobmann ein Gehalt zu zahlen: „Richard sagte aber, dass er kein Geld will, solange man noch die Bank bedienen muss."

Ein weiterer Faktor für das Gelingen ist, dass Bartle in das touristische Angebot eingebunden wird. „Früher war es so, dass wir die Busse, die die Juppenwerkstatt besucht haben, zum Einkehren immer in Nachbarorte schicken mussten. Nun wird der Besuch gerne mit einem kleinen Zwischenstopp im Bartle verbunden", so Schmelzenbach. Dieses Angebot wird auch aktiv auf der Homepage der Juppenwerkstatt angeboten.

Damit im Bartle was los ist, wird aber nicht nur auf die Touristen geschaut. Der Hauptkundenstamm sind die Einheimischen. „Es ist uns schon wichtig, dass sich auch am Wochenende im Ort was tut. Bartle leistet hier einen großen Beitrag. Die Mitglieder der Genossenschaft sind sehr aktiv und kreativ. So gibt es einen Mittagstisch, ein Abo-Menü, Dämmerschoppen, Frühschoppen, Salatbuffets, Steakabende." Gleichzeitig wird aber auch darauf geschaut, dass die Sitzungen der Vereine nicht nur im Vereinslokal stattfinden. „Wir sagen schon, dass sie zumindest nach einer Vereinssitzung noch ins Wirtshaus gehen sollen. Auch wir von der Gemeindevertretung machen das so", betont Schmelzenbach, der hier auf eine gleiche Aufteilung zwischen dem örtlichen Wirtshaus und dem Bartle achtet. „Auch in den Öffnungszeiten achtet man darauf, dass sich das Wirtshaus und unser Bartle nicht gegenseitig Konkurrenz machen."

Probleme in der Gemeinschaft anzugehen, hat sich nicht nur beim Wirtshaus-Projekt bewährt. So wurde der Spielplatz, der mitten im Ort steht, erst wieder genutzt, als er gemeinsam mit Eltern, Kindergarten- und Schulvertretern neu konzipiert wurde. „Vorher hatten wir einen schicken Spielplatz, der von einem Architekten entworfen wurde. Da sind die Mütter mit ihrem Kindern aber extra zu den Spielplätzen der Nachbarorte gefahren. Heute ist in Riefensberg am Samstag viel los, denn nun können die Kinder spielen, während die Mütter zum benachbarten ADEG einkaufen gehen", freut sich Schmelzenbach.

MAG. CARINA RUMPOLD
IST REDAKTEURIN BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND
carina.rumpold@gemeindebund.gv.at

FILMTOUR KOMMT IN GEMEINDEN

DIE ZUKUNFT **IST BESSER ALS IHR RUF**

Der neue Kino-Dokumentarfilm macht Mut, den Lauf der Dinge selbst mitzugestalten. Mit innovativen Begleitveranstaltungen bietet das Filmteam jetzt die Möglichkeit, einen inspirierenden Zukunftsimpuls in die Gemeinde einzuladen.

Laut einer aktuellen Studie des Marktforschungsinstituts IMAS blickt ein Großteil der ÖsterreicherInnen mit Skepsis und Sorge in die Zukunft. Kein Wunder, denn wo man auch hinschaut: Berichte über Krisen und globale Herausforderungen. Angesichts der komplexen Probleme fühlen sich viele Menschen ohnmächtig. Was können wir diesen Zukunftsängsten entgegensetzen?

Das fragte sich auch der Filmproduzent Michael Kitzberger von der Nikolaus Geyrhalter Filmproduktion. „Ich habe selbst oft die Erfahrung gemacht, dass ein Gespräch mit engagierten Menschen am besten über das Ohnmachtsgefühl angesichts der Krisen dieser Welt hinweghilft.“ Daraus entstand die Idee für „Die Zukunft ist besser als ihr Ruf“, ein Kinodokumentarfilm über sechs dieser ermutigenden Menschen. Sie engagieren sich in Österreich für lebendige politische Kultur, für regionale Lebensmittelversorgung, für nachhaltige Lösungen beim Bauen, für Klarheit im Denken über Wirtschaft und für soziale Gerechtigkeit. Die gezeigten Beispiele machen Mut, dass wir alle den Lauf der Dinge selbst mitgestalten können.

Nachdem „Die Zukunft ist besser als ihr Ruf“ im Frühjahr erfolgreich in den österreichischen Kinos gelaufen ist, geht das Team nun auf Tour in die Gemeinden – begleitet von einem innovativem Rahmenprogramm. „Wir haben sechs ProtagonistInnen für unseren Film ausgewählt, aber in allen Orten gibt es jene Menschen, die gerade in Zeiten wie diesen ganz selbstverständlich die Ärmel aufkrempeln. Es tut den Engagierten und dem Ort gut, wenn dieses oft ungesehene Wirken vor den Vorhang kommt. Außerdem machen sich schon viele Menschen Gedanken, was sie selbst tun könnten. Oft fehlt da nur ein kleiner ermutigender Anstoß, und den möchte ich mit unserem Film und den Veranstaltungen gerne in die Gemeinden bringen“, erklärt die Filmemacherin Teresa Distelberger.

Das Heft zum Film gibts auf www.kommunal.at

Bei einem „ZUKUNFTSABEND“ simuliert Distelberger daher nach der Filmvorführung in interaktiven Dialogen mit dem Publikum einen fiktiven Fortsetzungsdreh für „Die Zukunft ist besser als ihr Ruf“ mit lokalen AkteurInnen. „Ich frag mich im Publikum durch, wer hier vor Ort eigentlich auch filmreife Sachen macht oder gerne selbst aktiv werden möchte.“

Für einen ausführlicheren „ZUKUNFTSTAG“ bietet sich die Kooperation mit einer Höheren Schule an. Die SchülerInnen des SZE St. Pölten haben beispielsweise – inspiriert vom Film –

selbst Kurzfilme und Plakate gestaltetet über ermutigende Menschen in ihrem eigenen Umfeld. Diese Menschen (u. a. eine Feuerwehrfrau, ein pensionierter Entwicklungshelfer, eine interkulturelle Tanzgruppe, eine Kinderdorfmama) kamen dann zu einer Ausstellung mit moderierter Open-Space-Konferenz in die Schule, wo die für die SchülerInnen brennenden Themen gemeinsam diskutiert wurden.

Die ermutigende Wirkung solcher Begegnungen mit engagierten Menschen war der Ausgangspunkt des Films „Die Zukunft ist besser als ihr Ruf“ und setzt sich nun in den begleitenden Veranstaltungen fort. „Die Rückmeldungen bestätigen uns, dass sich viele Menschen bestärkt fühlen in ihrem Tun oder ihren ersten Schritten weil sie sehen, wie viele andere auch aktiv sind“, erzählt Teresa Distelberger. „Das passt zu den Schlussworten von Walter Ötsch, der im Film als Kulturhistoriker viele Beispiele aufzählt und uns daran erinnert, dass die Zukunft offen ist. Es liegt an uns, sie zu gestalten.“

Mehr Informationen zum Film:
www.diezukunftistbesseralsihrruf.at
Rückfragen und Buchung:
distelberger@geyrhalterfilm.com

„Ich will **kompostierbare Architektur schaffen**.“

Anna Heringer,
Architektin

ECKDATEN FÜR IHREN ZUKUNFTSIMPULS VOR ORT

- Raumanforderung: Möglich in Gemeindesaal, Pfarrsaal, Turnsaal etc. mit Bestuhlung für ca. 50 – 150 Personen
- Technische Anforderung: Beamer, Leinwand, Boxen, DVD-/Bluray-Player. Bei Bedarf wird Kontakt zu regionalen Leihfirmen hergestellt.

Kosten:
- Filmleihgebühr: 3,-/Person, Minimalpauschale 150,- für 50 Personen
- Publikumsgespräch: 300,-
- Moderation Zukunftsabend: 600,-
- Moderation Zukunftstag: 1200,-
- Honorare zuzüglich Reisespesen und Unterkunft.

Link zum Trailer:
www.diezukunftistbesseralsihrruf.at/#film

WASSERAKTIV FOTOWETTBEWERB

OH DU MEIN **WASSERLAND**

Der Fotowettbewerb 2017 von Wasseraktiv – der Informationsplattform des BMLFUW – ist entschieden. KOMMUNAL stellt eine Auswahl der Preisträger vor.

Matthias Millauer

FOTOS // Emma Sommer // Anton Posseger // Kurt Wieser // Johann Frank // Eva Bodingbauer

BILDERGALERIE
Alle Preisträger auf **www.bmlfuw.gv.at/wasser/wasser-oeffentlich/wasseraktiv/fotowettbewerb2017.html**

SÜDTIROL

„LICHT **FÜR SENIOREN**“

„Licht für Senioren“ nennt sich ein sozialer Verein, der es sich zum Ziel gesetzt hat, mit Hilfe eines Spendenfonds bedürftigen Südtiroler Senioren auf unbürokratischem Wege zu helfen.

Die vom Verein gesammelten Spenden kommen bedürftigen Senioren zugute, die das 65. Lebensjahr überschritten haben und aus dem sozialen und gesellschaftlichen Netz fallen.

Der Verein ist eine Initiative von Menschen, die seit Jahren in der Altenarbeit tätig sind und die soziale Lage in den Dörfern des Landes kennen. Auch in Südtirol, das in den letzten Jahren aufgrund der florierenden Wirtschaft eine überaus positive Entwicklung gemacht hat, gibt es immer noch Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen.

Dies gilt in besonderem Maße für Senioren. Für Menschen, die am Ende ihres Lebens stehen und nur geringe Unterstützung vonseiten der Familienangehörigen oder der sozialen Einrichtungen erhalten. Oft handelt es sich um Personen, die nur eine kleine Rente bekommen, weil sie nach dem Krieg nicht versichert waren. Dabei war es diese Generation, die maßgeblich zum Aufbau unseres Landes beigetragen hat.

Besonders betroffen sind alleinstehende Frauen. Nicht selten handelt es sich um versteckte Not, weil sich die Personen schämen, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dabei geht es auch nicht ausschließlich um finanzielle Nöte, vielfach leiden diese Personen auch unter Einsamkeit und fehlenden sozialen Kontakten.

Die vom Verein gesammelten Spenden kommen bedürftigen Senioren zugute, die das 65. Lebensjahr überschritten haben und aus dem sozialen und gesellschaftlichen Netz fallen. Dabei sind es die Bürgermeister oder Sozialreferenten der Gemeinden, die dem Verein soziale Härtefälle unterbreiten können. Eine Kommission entscheidet über die Höhe der finanziellen Unterstützung. Das Geld wird den Betroffenen dann auf unbürokratischem Wege von den Bürgermeistern vor Ort übergeben. Dabei gilt als oberstes Gebot die Diskretion und Verschwiegenheit.

„Mit unserem Verein möchten wir keinesfalls die bestehenden Einrichtungen, die seit Jahren im sozialen Bereich tätig sind und dies mit Erfolg und Engagement tun, in Frage stellen“, erklärt der Präsident des Vereins, Karl Schaly Pichler. „Wir helfen dort, wo die öffentliche Hand nicht greift.“ Häufig geht es um unvorhergesehene Ausgaben aufgrund von Notsituationen oder Schicksaalschlägen. Eine kaputte Waschmaschine, ein medizinisches Hilfsmittel oder ein leerer Heizöltank vor dem Winter können für den Einzelnen oft zu einem riesigen Problem werden.

Dem Verein gehören Personen aus allen gesellschaftlichen Schichten an, auch zahlreiche Prominente wie Altlandeshauptmann Luis Durnwalder oder Jodel-Königin Anneliese Breitenberger unterstützen den Verein. Neben Spenden finanziert sich der Verein über Veranstaltungen seiner Mitglieder. Diese reichen von Geburtstags- und Firmenfeiern bis hin zu Benefizkonzerten und Golfturnieren. Trotzdem ist es äußerst schwierig, ausreichend Spenden zu sammeln, weil immer noch viele die Augen vor der Not im eigenen Land verschließen.

MEHR INFORMATION

Südtiroler Gemeindenverband
Tel. +39 0471 304655
Mail: presse@gvcc.net
Web: www.gvcc.net

FOTO // shutterstock/Babble

FOTO/Shutterstock/Robert Kneschke

BURGENLAND

Die Gemeinde Wiesen wurde von Landeshauptmann Hans Niessl und Landesrätin Verena Dunst für das Projekt „Kirchenplatz " ausgezeichnet.

Dorferneuerungspreis wurde vergeben

Der Dorferneuerungspreis 2017 wurde in vier Kategorien vergeben.

In der „Kategorie 1" für die **Realisierung von Dorferneuerungsmaßnahmen** oder Projekten zur Dorfentwicklung wurde der Preis heuer geteilt: Jeweils 3000 Euro gingen an das mittelburgenländische Projekt „Nachbarschaftshilfe Plus" sowie an die Marktgemeinde Wiesen für das Projekt „Kirchenplatz". Der Anerkennungspreis ging an die Marktgemeinde Schattendorf für das Projekt „Volksschulzubau".

Für die Errichtung, Adaptierung oder **Revitalisierung von besonders ortsbildprägenden Gebäuden** und Nutzung durch die Bevölkerung wurde in der „Kategorie 2" der Dorferneuerungspreis in Höhe von 500 Euro an die Marktgemeinde Schattendorf für das Projekt „Schuh-Mühle" vergeben. Der Anerkennungspreis ging an die Marktgemeinde Rohrbach bei Mattersburg für das Projekt „Meierhofstadl".

In der Kategorie 3 für die **Errichtung von ortsbildgerechten und zentrumsorientierten Siedlungsanlagen,** wie beispielsweise zentrumsnahen Wohnhausanlagen oder Reihenhausanlagen, wurde heuer kein Preis vergeben. Mit Anerkennungspreisen wurden die Stadtgemeinde Güssing für das Projekt „Betreubares Wohnen" bzw. ein EBSG-Projekt in Neusiedl am See prämiert.

Der Preis für eine ortsbildgerechte Umgestaltung oder **Sanierung von Gebäuden** oder Ensembles wurde an die Pfarre Mischendorf, Ortsteil Neuhaus i. d. Wart, für das Projekt „RK Kirche" vergeben.

KÄRNTEN

VCÖ-Mobilitätspreis für **Bahnhof-Shuttles**

Die Touristische Mobilitätszentrale Kärnten ist Gesamtsieger des diesjährigen VCÖ-Mobilitätspreises Österreich. Bei dem Projekt haben sich acht Kärntner Tourismusregionen zusammengeschlossen, um Gästen eine autofreie Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen.
Im Jahr 2016 wurden landesweit Bahnhof-Shuttles eingeführt, die eine öffentliche Verbindung vom Bahnhof direkt zum Ziel ermöglichen. Ausgehend von zehn Zielbahnhöfen können Gäste zu mehr als 4300 Nächtigungsbetrieben und 260 Ausflugszielen fahren. Ziel ist es, in den nächsten Jahren mit dem Bahnhof-Shuttle landesweit mindestens 50.000 Personen zu transportieren und das Angebot von den derzeit acht Regionen auf ganz Kärnten auszuweiten. Das Angebot steht auch den Einheimischen zur Verfügung.

Willi Nowak (VCÖ), Georg Overs (Region Villach Tourismus), Ursula Zechner (bmvit), Reinhard Mang (Generalsekretär bmlfuw), Markus Reisner (Region Villach Tourismus), Michaela Findenig (Kärnten Werbung), Evelyn Palla (ÖBB-Personenverkehr).

Nachmittagsbetreuung wird einfacher

Gemeinden soll es künftig leichter möglich sein, Gruppen zur Nachmittagsbetreuung einzurichten. Landeshauptmann Peter Kaiser: „Die Auszahlung der nur in Kärnten zusätzlich zur Bundesförderung vorgesehenen Landesförderung in Höhe von 8000 Euro für eine Gruppe zur Nachmittagsbetreuung in ganztägigen Schulformen wird neu geregelt." Konkret heißt das, das Angebot muss zwar an fünf Tagen der Woche bestehen, die Mindestanzahl von zehn Kindern muss jedoch nur an drei und nicht wie bisher an fünf Tagen gegeben sein.

NIEDERÖSTERREICH

Vertreter der acht Marchfeld-Gemeinden bei der Präsentation des Projekts mit den Landesräten Stephan Pernkopf und Petra Bohuslav sowie ecoplus-Chef Helmut Miernicki.

Kooperation
statt Konkurrenz

Im Marchfeld wollen acht Gemeinden aus dem Bezirk Gänserndorf ihre Betriebsgebiete gemeinsam vermarkten. Dadurch soll die ganze Region für die Wirtschaft attraktiver und Standortkonkurrenz vermieden werden.
Durch die Kooperation der Gemeinden Aderklaa, Deutsch-Wagram, Gänserndorf, Obersiebenbrunn, Markgrafneusiedl, Parbasdorf, Raasdorf und Strasshof gibt es hier erstmals eine koordinierte Raumentwicklung, die ein nachhaltiges Haushalten mit Grund und Boden leichter macht.

250.000 Stunden in Bewegung

Über drei Monate wurde im Zuge der „NÖ-Challenge“ gelaufen, gewandert und mit dem Rad gefahren. In diesem Zeitraum suchte das SPORT.LAND. Niederösterreich mithilfe von „Runtastic“ und in Kooperation mit den beiden Gemeindevertreterverbänden die aktivste Gemeinde des Landes.

- In der Kategorie „0 – 2500 Einwohner“ war Weissenbach an der Triesting die aktivste Gemeinde, gefolgt von Annaberg und Hernstein.
- Bei den 2501 – 5000 Einwohner-Gemeinden konnte sich Oberwaltersdorf vor Sierndorf und Ardagger durchsetzen.
- Schrems war in der „Kategorie 5001 – 10.000 Einwohner“ die aktivste Gemeinde und gewann vor Vösendorf und Berndorf .
- In den Gemeinden über 10.000 Einwohnern erreichte Waidhofen an der Ybbs den ersten Platz. Ebenfalls am Podest: Bad Vöslau und Zwettl.

OBERÖSTERREICH

Ortsbildmesse
in Natternbach

Einen beeindruckenden Einblick in die Vielzahl an Ideen, Projekten und Aktivitäten in Sachen Dorf- und Stadtentwicklung in Oberösterreich gab die Ortsbildmesse in der Innviertler Gemeinde Natternbach. Rund 150 Aussteller, von Vereinen über Gemeinden bis hin zu Institutionen, präsentierten ihre Initiativen und Beiträge zur Dorf- und Stadtentwicklung.
Neu in die Familie der Dorf- und Stadtentwicklungsgemeinden aufgenommen wurden Neumarkt im Hausruckkreis, Obernberg am Inn, Geretsberg, Hirschbach, Pattigham, Brunnenthal, Geiersberg und Gosau.

Landeshauptmann-Stellvertreter Michael Strugl eröffnete die Messe.

Flüchtlinge dürfen Schülerlotsen sein

Der oberösterreichische FPÖ-Verkehrslandesrat Günther Steinkellner hatte per Erlass vorgeschrieben, dass Schülerlotsen einen B-Führerschein brauchen. Das sorgte in Gemeinden, in denen Asylwerber diese Aufgabe übernehmen, für Verwirrung. Nun sorge der Verfassungsdienst des Landes für Klärung.
Die neue Verordnung hätte für Projekte, in denen Asylwerber als Schülerlotsen im Einsatz sind, in einigen Gemeinden das Aus bedeutet, da die Flüchtlinge meist keinen Führerschein besitzen. Der Verfassungsdienst des Landes stellte jetzt aber klar:

- der Erlass gilt nur für Bundes- und Landesstraßen (Bezirksstraßen)
- der Erlass gilt nicht auf Gemeindestraßen
- auf den Gemeindestraßen bestimmt der/die Bürgermeister/in und legt fest, wer geeignet ist.

FOTOS: Bgld. Landesmedienservice, VCÖ/APA-Fotoservice/Hautzinger, NLK Burchart, Land OÖ/Kauder

SALZBURG

Präsentation der neuen Fahrradabstellanlage am Bahnhof Muntigl/ Bergheim. Bgm. Markus Kurcz (Elixhausen), Bgm. Franz Hutzinger (Bergheim), Paul Lovrek (Regionalverband), Landesrat Hans Mayr, Bgm. Gabriele Gehmacher-Leitner (Anif), Bgm. Johann Mühlbacher (Anthering) und Bgm. Richard Hemetsberger (Grödig)

Pendlerräder
bleiben trocken

In den vergangenen Monaten wurden im Flachgau 30 überdachte Radabstellanlagen mit 228 Radständern an Bus- und Lokalbahnhaltestellen errichtet. Der Regionalverband Salzburg-Stadt und Umgebungsgemeinden mit den Gemeinden Anif, Anthering, Bergheim, Elixhausen, Elsbethen, Grödig, Großgmain und Hallwang bemüht sich um eine Attraktivierung der lokalen Radinfrastruktur und eine bessere Verknüpfung von öffentlichem Verkehr mit dem Radverkehr. Die Gemeinden wollen mehr Berufspendler und Schüler motivieren, verstärkt mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Landeshauptstadt zu fahren.

Kabellose Breitbandoptionen

Einen wichtigen Schritt ergänzend zum Breitbandausbau im Land Salzburg stellt der Bericht „Kabellose Breitbandoptionen begleitend zum Infrastrukturausbau“ dar. Wenn aktuell in einem Gebiet mit kabelgebundenen Lösungen keine ausreichende Versorgung gewährleistet werden kann, bleibt der Wechsel zu drahtlosen Technologien, heißt es in dem Bericht der Landesforschungsgesellschaft. Vier verschiedene Kategorien möglicher Lösungen sind dabei zu unterscheiden: mobiles Internet der Mobilfunkanbieter, lizenzfreies Internet über WLAN-Technologien (kabellos), lizenziertes Internet im 3,5-Gigahertz-Bereich von lokalen Anbietern sowie Internet über Satellit.

STEIERMARK

Urteil verunsichert
Kindergärtnerinnen

Ein Urteil des Obersten Gerichtshofes sorgt in der Steiermark für Aufregung. Ein Vater hatte Schadensersatz zugesprochen bekommen, weil sich seine Tochter beim Fallen von einer Bankrutsche einen Arm gebrochen hatte. Die Kindergartenpädagogin habe ihre Aufsichtspflicht verletzt, urteilte der OGH. „Wenn mich meine Arbeit jeden Tag vor Gericht bringen kann, ist es das wert?“ zitiert die „Kleine Zeitung“ eine Kindergärtnerin. Viele Studien würden belegen, wie wichtig es sei, Kindern etwas zuzutrauen. Auch Gesundheitsexperten wollen den verunsicherten Kindergärtnerinnen den Rücken stärken und warnen vor „amerikanischen Verhältnissen“, wo Kinder auf der Rutsche bei der Hand genommen werden müssen, um keine Klage zu riskieren.

Muss man Kinder zukünftig beim Rutschen an die Hand nehmen?

Förderung für Bahnübergänge

Nach Niederösterreich hat nun auch die Steiermark die Richtlinie zur Gewährung von Kostenbeiträgen an Gemeinden für Investitionen in Eisenbahnkreuzungen auf Gemeindestraßen beschlossen. Anders als Niederösterreich verzichtet die Landesregierung in der Steiermark auf eine Deckelung. Sie behält sich aber vor, dies bei Notwendigkeit zu ändern. Die anderen Bundesländer haben noch keine entsprechenden Richtlinien beschlossen. Auch für die Auflassung von Eisenbahnkreuzungen gewähren NÖ und die Steiermark eine finanzielle Unterstützung. Förderfähig sind die Kostenanteile der Gemeinden an den Projektkosten.

TIROL

Gemeindeverbands-Präsident Ernst Schöpf und Landesrat Johannes Tratter laden zur Teilnahme am GEKO 2018 ein.

Der GEKO geht in die **zweite Runde**

Um die Bereitschaft zur gemeindeübergreifenden Kooperation zu fördern sowie gelungene Beispiele aus der Praxis vor den Vorhang zu holen, wurde der Gemeindekooperationspreis – kurz GEKO – ins Leben gerufen. Der erste GEKO für die beste gemeindeübergreifende Initiative ging heuer an den Planungsverband 36 – Lienz und Umgebung.
2018 wird der Preis nun wieder verliehen. Der offizielle Startschuss zur Bewerbung fiel Anfang November mit einem Einladungsschreiben an alle Tiroler Gemeinden.

Ein Bauamt für sechs Gemeinden

Sechs Gemeinden aus dem Bezirk Innsbruck-Land haben sich auf das erste überregionale Bauamt in Tirol geeinigt. Das neue Amt wird bis 2018 im ehemaligen Polizeigebäude in Kematen entstehen und dann für sämtliche Bauordnungs-Agenden zuständig sein. Die „Baurechtsverwaltung Region an der Melach“ ist eine Verwaltungsgemeinschaft der Gemeinden Kematen, Unterperfuss, Polling, Ranggen, Gries im Sellrain und St. Sigmund. Für Bürgerinnen und Bürger, die ein Anliegen an das Bauamt ihrer Gemeinde haben, wird sich im Prinzip nichts ändern. Anträge für Bauvorhaben, Bauanzeigen und Belange der örtlichen Raumordnung werden weiterhin auf der Gemeinde eingereicht. Der jeweilige Bürgermeister wird auch weiterhin Baubehörde sein. „Der Bescheid wird beim Bauamt verfasst, dann vom jeweiligen Bürgermeister unterschrieben“, erklärt der Kemater Bürgermeister Rudolf Häusler.

VORARLBERG

Hohenems setzt auf **Inspiration**

Nach einem rund einjährigen Prozess hat Hohenems nun ein neues Logo präsentiert. Das neue Markenversprechen der Stadt lautet: Inspiration!
Das Logo selbst präsentiert sich zweistöckig und symbolisiert damit, dass ein Besuch in Hohenems buchstäblich auf höhere Ebenen befördert. Auffälligstes Merkmal des neuen Logos ist die sogenannte „Inspirationsleiter“ aus sechs gelben Balken, welche die „E“s in Hohenems darstellen. Die gelben Balken lassen sich ideal in verschiedensten Variationen im öffentlichen Erscheinungsbild darstellen und integrieren: in Form von echten gelben Leitern, gelben Stufen, Markierungen, Straßenmöblierungen etc.

Der Leiter der Kommunikationsabteilung Johannes Neumayer und Bürgermeister Dieter Egger stellten das Logo der Öffentlichkeit vor.

Entlastung für Gemeinden

Die Vorarlberger Landesregierung und der Gemeindeverband haben ein Gemeindefinanzpaket vereinbart, das eine Entlastung der Gemeinden im Sozialfonds und eine Neuregelung der Aufteilung der Bedarfszuweisungen bringt. Vor allem strukturschwache Gemeinden werden stärker unterstützt. Zugleich war es ein wichtiges Ziel, dass keine Gemeinde etwas verliert, betonen Landeshauptmann Markus Wallner und Gemeindeverbandspräsident Harald Köhlmeier. Kleingemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern etwa erhalten einen Pauschalbetrag von jeweils 100.000 Euro als Sockelbetrag zur Finanzierung ihrer Grundausstattung. Für Gemeinden unter 10.000 Einwohner mit mehreren selbstständigen Ortsteilen gibt es 150.000 Euro.

FOTOS: LMZ Salzburg/Franz Neumayr, Shutterstock/Eskanderr, Land Tirol

PERSONALIA

EHRUNG

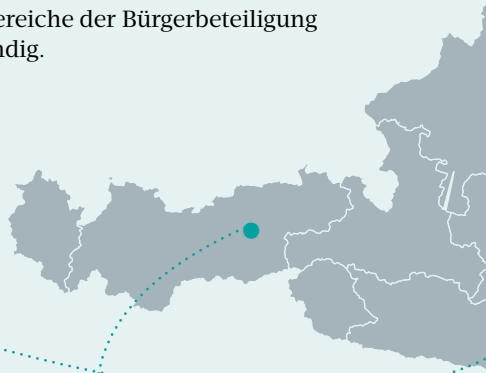
Helmut Mödlhammer und Hans Ferlitsch **ausgezeichnet**

KLAGENFURT / KIEL // Gleich zwei Ehrungen erhielt der langjährige Präsident des Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer, dieser Tage.
Zum einen wurde ihm gemeinsam mit dem Alt-Präsidenten des Kärntner Gemeindebundes, Hans Ferlitsch, das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Kärnten überreicht (Bild oben). Die Leistungen Mödlhammers in seiner Funktion als Gemeindebund-Präsident und auch seine fraktionsübergreifende Arbeit sowie den Ausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden würden damit ausgezeichnet, so LHStv. Gaby Schaunig in iher Laudatio. „Helmut Mödlhammer“, so der Präsidentz des Kärntner Gemeindebundes, Peter Stauber, „war eine der schillerndsten Persönlichkeiten der Kommunalpolitik und ein unermüdlicher Streiter für die Interessen der Gemeinden. Viele Verbesserungen im Finanzausgleich für den ländlichen Raum tragen seine Handschrift.“

Zum anderen überreichte Roland Schäfer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Mödlhammer die Ehrenmedaille des deutschen Schwesterverbandes (Bild links).

64. Bürgermeisterin für Niederösterreich

GROSS-ENZERSDORF // Mit Monika Obereigner-Sivec hat Niederösterreich schon 64 Bürgermeisterinnen bzw. 11,2 Prozent Frauen an der kommunalen Macht. Sie trat am 27. September 2017 die Nachfolge von Hubert Tomsic an, der am 15. September 2017 von seinen Funktionen zurückgetreten ist.
1995 wagte sie den Einstieg in die Kommunalpolitik als Gemeinderätin. Seit 2008 war sie als Stadträtin und Vizebürgermeisterin für die Bereiche Bürgerservice, Zentralkläranlage, Friedhöfe, Sport und Spielplätze, Öffentliche Beleuchtung, Gemeindewald und Grünraum sowie alle Bereiche der Bürgerbeteiligung zuständig.

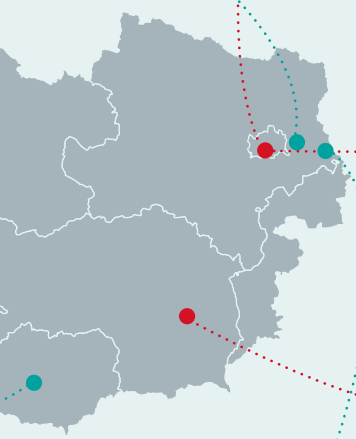


Neuer Ortschef mit Riesen-Mehrheit

HART IM ZILLERTAL // Die Gemeinde Hart in Tirol hat mit Johann Flörl einen neuen Bürgermeister. Mit überragenden 608 Wahlstimmen setzte er sich gegen seinen Mitbewerber Gerhard Gruber durch. Die Wahlbeteiligung in der 1580-Einwohner-Gemeinde lag bei 68 Prozent.
Nach dem Ableben des Altbürgermeisters Alois Eberharter im April 2017 übernahm Flörl stellvertretend das Bürgermeisteramt. Seit 2004 war er bereits für die „Harter Bürgerliste für Fortschritt und Zukunft“ im Gemeinderat und seit 2010 Vizebürgermeister der Gemeinde im Bezirk Schwaz.

FOTOS // Österreichischer Gemeindebund // Kärntner Gemeindebund

HERBST & WINTER // **TERMINE**



16-17/ November

10. Internationaler FM-Kongress

Die Themen „Neue Arbeitswelten", „Immobilienbetrieb der Zukunft" oder „Das neue Vergaberecht" stehen im Zentrum dieser Tagung. Ein hochkarätig besetzter Pool an internationalen und heimischen Experten und Fachleuten – unter anderem Wissenschaftler der Unis London, Tokio und Madrid oder der Züricher Hochschule – berichtet nicht nur über internationale Entwicklungen, sie stehen den Besuchern auf für Diskussionen zur Verfügung.

https://institute.tuwien.ac.at/ifm/10_ifm_kongress_2017/DE/
Ort: Wien.

30/ November

Fachtagung für **kommunales Facility Management**

Die Fachtagung, die heuer erstmals stattfindet, versteht sich als Plattform für Wissenserweiterung, Vernetzung und Erfahrungsaustausch im kommunalen Facility Management. Entlang des Themas „Alles im grünen Bereich? Kommunale Immobilien nachhaltig bewirtschaften" zeigen wir anhand erfolgreicher Umsetzungsbeispiele den enormen Nutzen von Facility Management auf.
Vier programmatische Themenblöcke beleuchten die Felder: „Grazer Investitionsprogramm für den Pflichtschulausbau" (GRIPS), „Energie", „neue Finanzierungsformen und Investitionsmodelle" sowie den „nachhaltigen Umgang mit Leerstand".

www.fm-forum-styria.at/
Ort: Graz.

28/ Februar - 2/ März 2018

Urban Future

Die Urban Future Global Conference ist der jährliche Treffpunkt von Menschen, die mit Leidenschaft und Einsatz ihre Städte nachhaltiger machen wollen. Rund 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus aller Welt werden bei der von 28. Februar bis 2. März 2018 stattfindenden Veranstaltung erwartet.

Wie sich weltweit beobachten lässt, werden Städte mehr und mehr zu Treibern einer nachhaltigen Entwicklung. Immer öfter stellen sie nationale Regierungen vor vollendete Tatsachen, indem sie konkrete Maßnahmen – wie etwa Fahrverbote von Autos im Stadtzentrum – rasch umsetzen. So haben etwas Londons Bürgermeister Sadiq Khan und die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo dem Straßenverkehr als Hauptverursacher von Feinstaub den Kampf angesagt.
Die URBAN FUTURE Global Conference bietet die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung.

www.urban-future.org/de
Ort: Wien.

ERRATUM

Leider ist uns in der letzten Ausgabe ein peinlicher Fehler unterlaufen. Wir haben in der Hektik der Produktion die niederösterreichische Gemeinde BERG mit der Bezirkshauptstadt PERG in Oberösterreich verwechselt. Wir bedauern diesen Fehler.

„UNNÜTZES“ WISSEN

WAS SIE NOCH NIE WISSEN WOLLTEN

Studie: **Wir bestehen aus Sternenstaub**

Es stimmt anscheinend wirklich. Wir Menschen bestehen zu 97 Prozent aus Sternenstaub. Das ergab eine Analyse von 150.000 Sternen. Kohlenstoff, Wasserstoff, Stickstoff, Sauerstoff, Phosphor und Schwefel werden nicht nur als die Elemente des Lebens bezeichnet, zum ersten Mal haben Astronomen diese Elemente in einer riesigen „Sternen-Stichprobe“ katalogisiert.

Durchgeführt wurde das Ganze mit dem APOGEE-Spektrografen (Apache Point Observatory Galactic Evolution Experiment) am Foundation Telescope im Apache Point Observatorium in New Mexico. Dieses Instrument sammelt Licht im Nah-Infrarot-Bereich des elektromagnetischen Spektrums und zerstreut es wie ein Prisma, um Signaturen verschiedener Elemente in den Atmosphären von Sternen aufzudecken. Das Ergebnis: Die Elemente, aus denen sich unser Körper zu 97 Prozent zusammensetzt, sind in der Mitte unserer Milchstraße reichlich vorhanden. Sie entstanden in ferner Vergangenheit im Inneren von Sternen und haben uns nach einer langen Reise erreicht, um das aus uns zu machen, was wir heute sind – Menschen. Übrigens: Wer sich jetzt fragt, was die anderen drei Prozent unseres Körpers ausmachen: Es sind Calcium, Chlor, Kalium, Natrium, Magnesium.

https://at.galileo.tv/science/studie-belegt-menschen-bestehen-zu-97-prozent-aus-sternenstaub/

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL** *

Kommunale Finanzierung

Der Gemeindefinanzbericht 2017 wirft seinen Schatten voraus. Das Thema «Finanzierung» ist auch für Gemeinden eine eminent wichtiges. Um so mehr, als nach den Nationalratswahlen eine neue Bundesregierung ins Haus steht. KOMMUNAL versucht Antworten zu finden.

KOMMUNAL 12/2017 erscheint am 4. Dezember 2017

* Angekündigte Themen und Termine können sich aufgrund aktueller Entwicklungen ändern.

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at **Geschäftsführung** Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 37 andreas.hussak@kommunal.at
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at
oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:
http://kommunal.at/leserservice/

Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at
Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at
Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at
Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Johann Drabek (BM für Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Michael Kallinger (Bundeskanzleramt), Daniel Kosak (Österreichischer Gemeindebund), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alexander Marakovits (BM für Inneres), Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen), Prof. Dietmar Pilz (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Dominik Rumler (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft), Mag. Christian Rupp (IKT-Board im Bundeskanzleramt), Mag. Brigitte Trinkl (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage KOMMUNAL: 35.116 (2. Halbjahr 2016)
Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

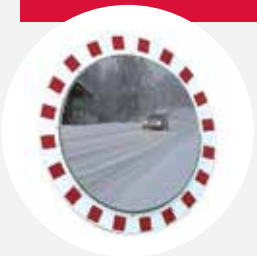
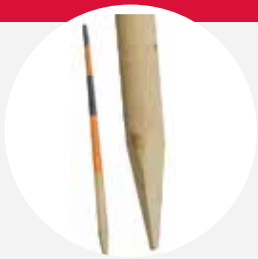
Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

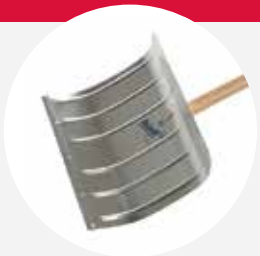
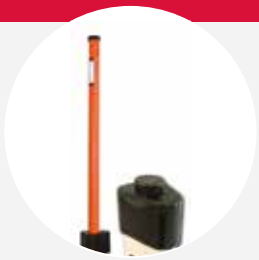
FOTOS // shutterstock / Number1411 / Avigator Thailand

DER ONLINE MARKTPLATZ FÜR GEMEINDEN

KOMMUNALBEDARF.AT

DER WINTER KANN KOMMEN

Blicken Sie dem Winter entspannt entgegen! Auf **KOMMUNALBEDARF.AT** finden Sie alles was Sie für einen sorgenfreien Winterdienst benötigen.

KOMMUNALBEDARF.AT ist der Online Marktplatz für Gemeinden - wir informieren Sie gerne, wie Sie ihn für sich nutzen können:

Christian Sonnenberg
+43 1 / 532 23 88 40
info@kommunalbedarf.at

Meine Gemeinde soll sich entwickeln. Wer verschafft mir den Spielraum?

RUND
50%
ALLER GEMEINDEN SIND KUNDEN DER BANK AUSTRIA

Führende Public Sector-Expertise

Fragen Sie uns, wir sind für Sie da!

Wer seine Gemeinde weiterentwickeln will, braucht einen kompetenten Partner. Nahezu jede zweite österreichische Gemeinde vertraut dabei auf die Bank Austria. Unsere innovativen Service-Tools, wie der „Praxisplaner“, erleichtern kommunale Aufgaben und helfen dabei den Handlungsspielraum heute und in Zukunft zu erhöhen. Und das nachhaltig. Denn, wenn es um die Zukunft einer ganzen Gemeinde geht, muss die Lösung vor allen Dingen eines sein: zukunftssicher.

publicsector.bankaustria.at

Das Leben ist voller Höhen und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der Bank Austria
Member of UniCredit